

ISSN 0259-7446

€ 4,40

medien

Kommunikation in Vergangenheit und Gegenwart

& zeit

Thema:
**Judentum und
Journalismus II**

**Der Kischinewer Pogrom
und die Öffentlichkeit
des Jüdischen
Arbeiterbundes**

**Kein Kriegsheld, aber
Kämpfer – Georg Breuer**

**Der beharrliche
Rollenspieler –
Kurt Tucholsky**

**Remigration jüdischer
Journalistinnen und
Journalisten**

**Verstummt
Kommunikatorin –
Käthe Leichter**

**Glauchau – Zentrum
früher sozialdemo-
kratischer Presse**

1/2004

Jahrgang 19

medien & zeit

Inhalt

Der Kischinewer Pogrom von 1903 und die Öffentlichkeit des Jüdischen Arbeiterbundes (1902 – 1906)	4
Susanne Marten-Finnis	
Kein Kriegsheld, aber Kämpfer Lebenserinnerungen eines jüdischen Journalisten	10
Georg Breuer	
Der beharrliche Rollenspieler Gedanken zu Kurt Tucholsky (1890 – 1935)	16
Susanne Böhme-Kuby	
Remigration und Wiedereingliederung ab 1933/34 bzw. 1938 emigrierter und nach 1945 nach Österreich zurückge- kehrter jüdischer Journalistinnen und Journalisten	
Ein Werkstattbericht	23
Christiane Pernold	
Käthe Leichter – eine Kommunikatorin, die verstummen musste	33
Agnes Broessler	
Glauchau – ein Zentrum der sozialdemokratischen Presse am Vorabend bzw. während des Sozialistengesetzes	38
Matthias John	
Rezensionen	46

Impressum

Medieninhaber.

Herausgeber und Verleger:

Verein „Arbeitskreis für historische Kommunikationsforschung
(AHK)“, A-1180 Wien, Postfach 442
<http://muz.pub.univie.ac.at>
WAP: <http://muz.pub.univie.ac.at/wap/>

© Die Rechte für die Beiträge in diesem Heft liegen beim
„Arbeitskreis für historische Kommunikationsforschung (AHK)“

Redaktion:

Wolfgang Duchkowitzsch, Gaby Falböck,
Fritz Hausjell, Bernd Semrad

Lektorat und Layout:

Gaby Falböck, Bernd Semrad

Korrespondenten:

Prof. Dr. Hans Bohrmann (Dortmund),
Univ.-Prof. Dr. Hermann Haarmann (Berlin),
Univ.-Prof. Dr. Ed Mc Luskie (Boise, Idaho),
Univ.-Prof. Dr. Arnulf Kutsch (Leipzig),
Dr. Edmund Schulz (Leipzig),
Dr. Markus Behmer (München),
Prof. Dr. Rudolf Stöber (Bamberg)

Druck:

Buch- und Offsetdruckerei Fischer,
1010 Wien, Dominikanerbastei 10

Erscheinungsweise:

Medien & Zeit erscheint vierteljährlich

Bezugsbedingungen:

Einzelheft (exkl. Versand): € 4,40
Doppelheft (exkl. Versand): € 8,80

Jahresabonnement:

Österreich (inkl. Versand): € 16,—
Ausland (inkl. Versand auf dem Landweg): € 21,80

StudentInnenjahresabonnement:

Österreich (inkl. Versand): € 11,60
Ausland (inkl. Versand auf dem Landweg): € 17,40

Bestellung an:

Medien & Zeit, A-1180 Wien, Postfach 442
oder über den gut sortierten Buch- und Zeitschriftenhandel

ISSN 0259-7446

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz:

Grundlegende Richtung:

Medien & Zeit ist eine wissenschaftliche Fachzeitschrift für
historische Kommunikationsforschung. Sie will Forum für eine
kritische und interdisziplinär ausgerichtete Auseinandersetzung über
Methoden und Probleme der Kommunikationsgeschichte sein.

Medieninhaber.

Herausgeber und Verleger:

Verein „Arbeitskreis für historische Kommunikationsforschung
(AHK)“, A-1180 Wien, Postfach 442

Vorstand des AHK:

Univ.-Doz. Dr. Wolfgang Duchkowitzsch (Obmann),
a.o. Univ.-Prof. Dr. Fritz Hausjell (Obmann-Stv.),
Mag. Fritz Randl (Geschäftsführer),
Mag. Bernd Semrad (Geschäftsführer-Stv.),
Mag. Claudia Spitznagel (Schriftführerin),
Christian Schwarzenegger (Schriftführer-Stv.),
Mag. Wolfgang Monschein (Kassier),
Marion Linger (Kassier-Stv.)

Editorial

Das Jahr 2004 bringt für die Wissenschaft in Österreich tiefgreifende Änderungen. Die Neuorganisation der Universitäten bedeutet auch eine teilweise Neuordnung der Forschung und ihrer Finanzierung. Organisatorische Unschärfen und bürokratische Untiefen bringen es mit sich, dass der Strukturwandel bislang allzu oft zu einer Erstarrung der forschungsleistenden Personen und Institutionen führt, bedingt durch ein Einfrieren der finanziellen Förderungen – insbesondere im Bereich der Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaft. Viele ambitionierte Forschungsbemühungen müssen sich deshalb geradezu zwangsläufig in einem Mikrokosmos bewegen, ehe sie mit dem nötigen personellen und organisatorischen, theoretischen und methodischen Rüstzeug in abstraktere Regionen auf der Meso- und Makro-Ebene aufbrechen (können).

Wie auch in dem vorliegenden Heft von *medien & zeit* deutlich wird, sind es aber gerade diese „Aufbrüche“, die essentiell für spätere weitreichendere Erkenntnisse sind – und das beschränkt sich nicht auf Forschungsleistungen österreichischer WissenschaftlerInnen. Die Fortsetzung des in Heft 2/2003 begonnenen thematischen Schwerpunktes „Judentum und Journalismus“ bietet weniger abgeschlossene Projekte als vielmehr einen Streifzug durch aktuelle Forschungsgebiete, die mit dieser Thematik korrespondieren.

So berichtet Susanne Marten-Finnis über die Öffentlichkeit des Jüdischen Arbeiterbundes in der Zeit von 1902 bis 1906. Dieser ab 1903 von der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei losgelöste Bund entwickelte im Zuge des Kischinewer Pogroms von 1903 ein umfangreiches Konzept zur „Öffentlichkeitsarbeit“ und belegt damit frühe multidimensionale Ausrichtungen innerhalb einer berufsständischen Organisation. Besonders beachtenswert ist der Aspekt der aktiven Sprachenpolitik: Galt anfangs das Jiddische als zentrale Sprache in der „Presse“ des Bundes, wurde es in weiterer Folge immer mehr in eine randständige Position gedrängt – bedingt durch die multilinguale Ausrichtung der „Öffentlichkeitsarbeit“ des Bundes.

Susanne Böhme-Kuby subsummiert bisherige Ansätze literatur- und kommunikationshistori-

scher Überlegungen zur Kategorisierung des Wirkens von Kurt Tucholsky. Ob am Werk orientierte Versuche als Lyriker, Satiriker, Kabaretttexter, Essayist, Humorist, Literat oder politischer Kritiker, ob an seiner weltanschaulichen Haltung angelehnte erratische Zugänge zur Verortung des Publizisten Tucholsky oder ob am Privaten, am Menschen hinter den vielen Homunculi festgemachte Annäherungen – der vielschichtige Rollenspieler lässt sich nicht in ein Schema pressen.

Die Geschichte seines Lebens erzählt der jüdische Journalist Georg Breuer. 1919 in Wien geboren, war er nicht nur Zeitzeuge des politischen Aufstiegs der faschistischen und nationalsozialistischen Kräfte in Europa, sondern bemühte sich, dieser Entwicklung durch die Mitarbeit in einer kommunistischen Schülerorganisation entgegenzuwirken. Dieser frühe Wille zur aktiven, politischen Gestaltung wurde im Laufe seines Lebens zur treibenden Kraft und zum Antriebsmotor: Nach dem „Anschluss“ 1938 zur Emigration gezwungen, galt sein Streben als Chefredakteur der in England publizierten Exilzeitschrift „Young Austria“, das Bild eines anderen Österreich zu zeichnen. Nach seiner Remigration 1945 stand die Mitarbeit an der Konstitution eines neuen Österreichs im Zentrum seines Lebens. Seiner Distanzierung von der kommunistischen Weltanschauung im Zuge der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ 1968 folgte das intensive Engagement in der Anti-Atombewegung. Die im vorliegenden Heft knappen Ausführungen können übrigens in der 2003 erschienenen Autobiographie Georg Breuers nachgelesen werden.

Der Beitrag von Christiane Pernold zeigt, dass studentische Forschung einen wesentlichen Beitrag zum Erkenntnisgewinn innerhalb der Kommunikationsgeschichte leistet. Sie skizziert ihr Diplomarbeitvorhaben, in dem sie die Remigration österreichischer jüdischer Journalistinnen und Journalisten untersucht. Ausgehend von biographischen Handbüchern fragt Pernold nach den Karriereverläufen, nach den Gründen der Remigration und den Fragen der Wiedereingliederung in die österreichische Gesellschaft. Im vorliegenden Beitrag werden methodische Fragen erläutert – Pernold operiert weitgehend aus einer kollektivbiographischen Perspektive – und ein erstes Sample an Journalistinnen und Journali-

sten, sortiert nach deren Remigrationsdaten, vorgestellt. Es ist geplant, die Ergebnisse dieser quantitativ wie auch qualitativ angelegten Studie nach Fertigstellung in einem noch nicht näher bestimmbareren Heft von *medien & zeit* vorzustellen.

Agnes Broessler reichert das Bild, das die Forschung bisher zur jüdischen Publizistin, Frauenrechtlerin und Sozialwissenschaftlerin Käthe Leichter zeichnen konnte, um eine weitere Facette an. Broessler Recherchen zu einer der wichtigsten Frauenpolitikerinnen der Ersten und Zweiten Republik, Wilhelmine Moik, förderten bislang unbekannte Dokumente zu Tage. Im Bundesarchiv Berlin (Bestand des ehemaligen Berlin Document Center) stieß sie auf nachgerade erschütternde Briefe von Leichters Söhnen – die freilich unbeantwortet bleiben mussten. Die Adressatin bekam diese nie zu Gesicht, da sie zu diesem Zeitpunkt bereits inhaftiert war und kurz darauf deportiert wurde.

Außerhalb des thematischen Schwerpunkts angesiedelt ist der Aufsatz von Matthias John. Er ist als Beitrag zur Methodologie des Faches zu verstehen und verdeutlicht anhand der Erforschung der Geschichte der sozialdemokratischen Presse in Sachsen Ende des 19. Jahrhunderts die Wichtigkeit und den Ertrag lokaler Archive für die kommunikationshistorische Forschung. John macht anhand seiner Rechercheergebnisse deutlich, dass es selbst wenn die betreffenden Zeitungen nur noch fragmentarisch erhalten oder sogar gänzlich dem Zugriff entzogen sind, Wege und Quellen für die Forschung gibt. Von besonderer Bedeutung sind die lokalen Archive, um biographische Daten, Unternehmensaufzeichnungen sowie (im vorliegenden Fall der frühen sozialdemokratischen Zeitungen in Sachsen) etwaige behördliche Erlässe und Verbote rekonstruieren zu können. Kommunikationsgeschichte unterliegt ebenso wie die Geschichte per se einem (Re-)Konstruktionsprozess – und hier ist das Auffinden und die Wahl adäquater Quellen vonnöten.

WOLFGANG DUCHKOWITSCH
GABY FALBÖCK
FRITZ HAUSJELL
BERND SEMRAD

Der Kischinewer Pogrom von 1903 und die Öffentlichkeit des Jüdischen Arbeiterbundes (1902-1906)¹

Susanne Marten-Finnis

Pogrom! Ot dos slawishe vort, vos batayt – ,tshesh-terung’, ,gzeyleray’, ,tseyushetkeyt’, hot ... in yene tragishe teg zikh arayngerisn in breytn gebroykh un zikh ayngefundevet in fil leshoynes ... un plutsem hot men genumen redn vegn Keshenev oyf ale shprakhn fun di tsivilizirte lender“²,

heißt es 100 Jahre nach dem Kischinewer Pogrom von 1903 in der jiddischen Zeitung *Forverts*.³ „Di psure hot vi a duner zikh tsetrogn iber der velt, un di shtot aley n iz mitamol bakant gevorn vi di shkhite-shtot“,⁴ so der *Forverts* an anderer Stelle.⁵ Welche Rolle dabei der Jüdische Arbeiterbund spielte und inwiefern der Pogrom von Kischinew die Pressearbeit und Öffentlichkeit des Bundes beeinflusste, und zwar auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene, soll im folgenden Beitrag untersucht werden.

Der Bund war 1897 im litauischen Wilna von jüdischen Intellektuellen und Arbeitern gegründet worden. War vor der Gründung des Bundes – etwa seit Mitte der 1880er Jahre Russisch die Sprache der Propaganda und politischen Schulungen jüdischer Arbeiter gewesen, so wurde in der zweiten Hälfte der 1890er Jahre Jiddisch zur Sprache der Revolution. Den Auftakt dazu gab eine Konferenz in Minsk im Juni 1895, auf der beschlossen wurde, ein Organ in jiddischer Sprache herauszugeben, das in erster Linie als Verbindungsglied zwischen den einzelnen revolutionären Zellen in den nordwestlichen Provinzen des Russischen Reiches dienen sollte – mit dem

Ziel, diese Zellen schließlich in einer einzigen starken Organisation zu vereinigen. Diese Organisation wurde der Bund. Hingewiesen sei in diesem Zusammenhang auf die Verbindungs- und Vereinigungsfunktion der hier entstehenden bundistischen Presse, die neben den üblicherweise in der jüdischen Presse vorherrschenden Bildungsanspruch trat.

Doch nicht die besonderen Normen der jüdischen Presse sollen im Folgenden zur Diskussion stehen, sondern die öffentlichkeitswirksame Pressearbeit des Bundes, und im Zusammenhang damit auch dessen Sprachenpolitik im Zeitraum 1902-1906, da der Bund eine gezielte Politik der Mehrsprachigkeit betrieb, während er in den ersten fünf Jahren seines Bestehens 1897-1902 vorwiegend Jiddisch als Sprache der Propaganda eingesetzt hatte, um die jüdische Arbeiterschaft zu erreichen und Massenanhänger zu gewinnen.

Diese geplante Politik der Mehrsprachigkeit ging auf eine Resolution des vierten Bund-Parteitag im Mai 1901 zurück, der beschlossen hatte, enger mit der russischen, polnischen und deutschen Arbeiterbewegung zusammenzuarbeiten und die Ausgabe von Parteiliteratur in russischer, deutscher und polnischer Sprache empfohlen hatte, die in erster Linie über die jüdische Arbeiterbewegung informieren sollte.⁶ Rechnung getragen wurde dieser Empfehlung in zweierlei Hinsicht: zum einen durch das Genfer Bund-Auslandskomitee, das ab Frühjahr 1901 das russische Informationsbulletin *Poslednie Izvestiia* [Neueste Nachrichten] und ab Januar 1904 die russische

¹ Bei diesem Beitrag handelt es sich um die erweiterte Fassung meines Referates auf dem VI. Symposium für Jiddische Studien in Deutschland, Universität Trier, vom 22. September 2003.

² Pogrom! Das Wort stammt aus dem Slawischen und bedeutet so viel wie ‚Zerstörung‘, ‚Plündern‘, ‚Wütere‘. In jenen tragischen Tagen hat es sich in unsere Sprache gedrängt, in viele Sprachen, ... und über Kischinew spricht man seitdem in allen Sprachen der zivilisierten Welt.

³ Mikhail Khazin (Boston): *Tsorn un mitlayd fun Amerike*, In: *Forverts* No 31,439 vom 4. April 2003, 16.

⁴ Gleich einem Donnerschlag ging die Nachricht um die Welt, und im Nu war Kischinew bekannt als ‚die Stadt der Judenmetzeleien‘. [Vermutlich auch zurückzuführen auf

Chaim Nachman Bialiks Gedicht ‚Be-ir ha-Haregah‘ bzw. ‚In shekhite shtot‘; engl. Übersetzung: ‚The city of slaughter‘. Bialik schrieb das Gedicht auf Hebräisch und Jiddisch; siehe Abraham Birman (Hg.): *An Anthology of Modern Hebrew Poetry*. London/New York 1968, 107-108].

⁵ Di shteyner fun sine fli‘en oykh fun Keshenev, 1903, *Forverts* No 31,439 vom 4. April 2003, 4.

⁶ Ruslander sotsyaldemokratische arb.-partay (Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei): Fun tsentraln komitet fun algemeynem yidishn arbayter bund in Lite, Poyln un Rusland (Aufruf des Bund-Zentralkomitees) ‚Oyfruf tsu ale arbayter un mitfilnde fun der gezelschaft‘ (Aufruf an alle Arbeiter und Mitfühlende in der Gesellschaft), Wilna (November 1901).

Intellektuellenzeitschrift *Vestnik Bunda* [Bote des Bundes] sowie die polnische Zeitschrift *Głos Bunda* [Stimme des Bundes] publizierte, zum anderen durch das in Wilna ansässige Zentralkomitee, das neben der Herstellung von Propagandamaterial in Jiddisch die Ausgabe von Aufrufen und Flugblättern in russischer, polnischer und deutscher Sprache verantwortete. Letztere erschienen allerdings nicht regelmäßig, sondern ausschließlich in der Folge von gravierenden Ereignissen, waren also im Gegensatz zu den Zeitschriften des Genfer Komitees, die weite Wege zurücklegen mussten, höchst aktuell. Möglich wurde diese Aktualität durch die unmittelbare Nähe zur Bewegung, während das Genfer Komitee praktisch losgelöst von den jüdischen Massen in Russland in einer Art Mikrokosmos lebte und arbeitete.

Im Berichtszeitraum 1902 bis 1906 gab es vier solcher Ereignisse:

- 1) die gewaltsame Auseinandertreibung einer Mai-Demonstration in Wilna durch die von Gouverneur von Wahl entsandten Truppen im Jahre 1902,
- 2) den Kischinewer Pogrom von 1903 und die folgenden Pogrome in Smelia und Homel,
- 3) den Austritt des Bundes aus der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (RSDAP) im Sommer 1903,
- 4) die Ereignisse vom Oktober 1905.

Kennzeichnend für die Jahre 1902-1906 ist überdies, dass sich der Bund von seiner anfangs praktizierten Taktik der Vermittlung von (politischer) Bildung verabschiedet hatte und ab 1902 die Anwendung von Gewalt als Mittel des politischen Kampfes propagierte.

Ab 1903 geriet er zusätzlich unter Druck durch die zionistischen Parteien, die mit ihm um Anhängerschaft konkurrierten, und schließlich drohte er durch die Trennung von den Russischen Sozialdemokraten, die ihm ein gewisses internationales Image verliehen hatten, gänzlich ins politische Abseits zu geraten.

Doch ehe der Bund noch seine geplante Politik der Mehrsprachigkeit zwecks Zusammenarbeit mit den ‚christlichen‘ Arbeiterbewegungen, wie er sie damals nannte, umsetzen konnte, geriet er durch den Kischinewer Pogrom unter Handlungsdruck und wurde praktisch zur Ausgabe von aktuellem Informationsmaterial gezwungen, das zu Solidarität und Protest aufrief, und zwar

nicht nur innerhalb der Grenzen Russlands, sondern weltweit. Der Pogrom von Kischinew von 6.-8. April 1903 markierte den Beginn einer Welle von Pogromen, die in den darauf folgenden Monaten mehrere Städte in der Ukraine und in Weißrussland erfassen sollte. Waren die Pogrome der 1880er Jahre Plünderungen gewesen, so veränderte sich die Situation in den 1890er Jahren; damals kam es zu Massakern, die Anfang des 20. Jahrhunderts ihren ersten Höhepunkt erreichten.

Im Folgenden soll untersucht werden, inwieweit der Kischinewer Pogrom von 1903

- a) eine Akzentverschiebung in den öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen des Bundes innerhalb und außerhalb der Grenzen Russlands herbeiführte und
- b) zur Schaffung von Informationsmechanismen beitrug, auf welche die Propagandisten des Bundes bei ihren gezielten Internationalisierungsbestrebungen nach der Trennung von den russischen Sozialdemokraten zurückgreifen konnten.

Die vom Bund infolge des Pogroms ausgegebenen Aufrufe richteten sich an drei Zielgruppen. Da waren zum ersten jene Aufrufe in Jiddisch, die für die jüdischen Arbeiter in den eigenen Reihen bestimmt waren und zur Gegenwehr aufriefen.

Auf Gewalt dürfen auch wir mit Gewalt reagieren... Nicht mit Ermahnungen, sondern mit Gewehren müssen wir den wilden Pogromschicks begeben. Nicht auf dem Dachboden verkriechen, sondern hinaus auf die Straße und kämpfen! Möge der Pogrom von Kischinew nicht den Glauben an unser heiliges Ideal schwächen! Mit Haß, mit einem dreifachen Fluch weben wir das Leichentuch für den russischen Absolutismus, für die antisemitische Bande, für die ganze kapitalistische Welt!... Mögen die Reihen der klassenbewußten und aktiven Kämpfer schwellen, möge die Solidarität mit den Arbeitern unserer Brudervölker wachsen.⁷

Mit ‚Brudervölkern‘ waren in erster Linie die russischen und polnischen Arbeiter gemeint, also jene innerhalb der Grenzen Russlands, die, wie bereits eingangs erwähnt, als ‚christliche Arbeiterschaft‘ bezeichnet wurden und die es von den Pogromisten zu unterscheiden galt:

⁷ ‚Tsu ale yidishe arbayter un arbayterinen‘, Aufruf des Bund-Zentralkomitees, Wilna (April 1903).

*Böse, unwissende und aufgehetzte Massen haben den Kischinewer Pogrom angezettelt. Doch der aufgeklärte christliche Arbeiter ist unser Genosse. Er kämpft mit uns unter demselben Banner, dem Banner des internationalen Sozialismus. Tragt das Klassenbewußtsein weiter! Laßt die sozialistische Bewegung wachsen! Sie wird die ganze kapitalistische Ordnung zerstören – samt ihrem Antisemitismus, samt ihren Pogromen.*⁸

Demgegenüber kennzeichnete russischsprachige Aufrufe das Streben nach Vereinigung mit den russischen Arbeitern und der Wunsch, diese zu revolutionieren, ja zu messianisieren. So lesen wir in einem Aufruf des Odessaer Bund-Komitees vom April 1903:

*All ihr edlen und ehrlichen Menschen, kommt zu uns, dem klassenbewußten jüdischen Proletariat. Tausende von Flüchen fallen auf das autokratische Monster, zertreten wir es, räumen wir es aus dem Weg! Genossen, kommt alle her zu uns! Wir nehmen Euch auf in die große Proletarierfamilie der Welt, die Euch von den Fesseln des Kapitalismus befreit. Wir führen Euch heim in das Reich von Freiheit, Brüderlichkeit und Gleichheit, zu den lichten Höhen des Sozialismus, wo kein Platz ist für Ausbeutung, Unterdrückung und nationale Feindschaft.*⁹

In einem weiteren russischsprachigen Aufruf des Kiewer Bund-Komitees ein Jahr später, nach dem Pogrom in Smelia, heißt es:

*Durch die Pogrome und ihre Folgen droht Rußland zu einem Schauplatz des Bürgerkriegs zu werden, eines Bürgerkrieges zwischen dem politischen Regime und dem vereinigten, organisierten und bewaffneten Proletariat. Daher der bewaffnete Selbstschutz des jüdischen Proletariates, der jetzt auch immer mehr Schichten der christlichen Arbeiterschaft unter seinem revolutionären Banner vereinigt.*¹⁰

Russischsprachige Aufrufe, die der jüdischen Bevölkerung galten – also vor allem den akkulturierten jüdischen Intellektuellen – beanspruchten in erster Linie, die Schuldigen der Pogrome zu entlarven; an erster Stelle stand dabei die Presse – die sogenannten Hetzblätter wie *Bessarabets*, *Novoe Vremia*, *Znamia* und *Svet*.¹¹

*Den Schuldigen kennen alle. Er ist gebrandmarkt und gefaßt. Es ist die Presse! ... die ihr jämmerliches Dasein fristet unter dem Knüttel von Plehwe und Co.*¹²

Ganz anders abgefasst waren dagegen die Aufrufe in polnischer Sprache. Hier ist eine Akzentverschiebung zu beobachten. Hatten sich polnische Aufrufe noch ein Jahr zuvor (1902) auf den gemeinsamen Leidensweg von polnischen, jüdischen und litauischen Arbeitern im nordwestlichen Ansiedlungsrayon berufen,¹³ so galten sie nunmehr ausschließlich jenen, die Russland bereits in Richtung Westen verlassen hatten, und baten um Spenden für Waffenkäufe:

*In den letzten zwei Jahren gab es ... Pogrome in Kischinew und Homel, in Mogilew und Smelia und in vielen anderen Städten... Antisemitische Blätter schüren Feuer und Haß gegen die Juden... Die Juden lassen sich aber nicht länger wie Schafe zur Schlachtbank führen... Im Gegenteil – überall ist die Rede davon, daß sie zu den Waffen greifen... Ihr, jüdische Arbeiter im Ausland, unser Ruf dringt zu Euch von unserem Schlachtfeld. Ihr, zu Tausenden in unseren Reihen, die Ihr erst unlängst den Staub Rußlands von Euren Füßen gestreift habt! Die Ihr bis heute die Striemen der Kossakenpeitschen auf Euren Rücken spürt! Die Ihr unter dem schwarzen, feindlichen Himmel unseres unglücklichen Vaterlandes Brüdern und Schwestern, Frauen und Kinder zurückließet!... Sammelt für uns und schickt uns Geld für unsere Selbstwehr.*¹⁴

⁸ Ibid.

⁹ ‚Pogrom v Kishineve‘ (Der Pogrom in Kischinew), Aufruf der Odessaer sozialdemokratischen Organisation des Bund, Odessa (April 1903).

¹⁰ ‚Pogrom v Smel'e‘ (Der Pogrom in Smelia), Aufruf der Kiewer sozialdemokratischen Organisation des Bund, Kiew (September 1904).

¹¹ ‚K russkomu obshchestvu‘ (An die russische Gemeinschaft), Aufruf des Witebsker sozialdemokratischen Bund-Komitees, Witebsk (Mai 1903).

¹² ‚K evreiskomu obshchestvu‘ (An die jüdische Gemeinschaft), Aufruf des Witebsker sozialdemokratischen Bund-Komitees, Witebsk (Mai 1903).

¹³ ‚Odezwa do polskich towarzyszy-robotników‘ (Aufruf des

Bund-Zentralkomitees an die polnischen Arbeiter und Genossen), Wilna (Mai 1902).

¹⁴ ‚Odezwa Bundu nawolywujaca do samoobrony do zagranicznych robotników z wezwaniem o niesienie pomocy materyjalnej ofiarom rzezi, oraz na cele samoobrony wobec zapowiedzianych nowich zaburzen‘ (An die im Ausland arbeitende Bevölkerung mit der Bitte um Geldspenden für die Opfer der Massaker und zur Unterstützung des Selbstschutzes im Hinblick auf weitere Ausschreitungen. Aufruf des Bund-Zentralkomitees Odbitka z Dnia (Ausschnitt aus der Zeitung *Dzien*, abgedruckt in der jüdischen Zeitung *Social-Demokrat*, Lemberg (29. April 1905).

Abgedruckt in der jüdischen Zeitung *Social-Demokrat* im galizischen Lemberg, deutet dieser Spendenaufruf darauf hin, dass der Bund fortan eine neue journalistische Textsorte in Anspruch nahm, nämlich Pressemeldungen, größtenteils vom Zentralkomitee verfasst, die nun über das Genfer Auslandskomitee an sozialdemokratische Blätter im Ausland mit der Bitte um Abdruck versandt wurden. Solche Pressemeldungen, die meist mit Spendenaufrufen für Waffenkäufe endeten, tauchten fortan in der österreichischen, deutschen, ungarischen, amerikanischen, englischen, deutschen und französischen sozialdemokratischen Presse auf.

Nachfolgend zwei Textbeispiele, die einer englischen und einer deutschen Pressemeldung entnommen sind:

*The principal difficulty lies in the fact that notwithstanding all our efforts, we lack financial means and are therefore short of arms... All this demands large sums of money which we cannot raise in Russia. We consider it the moral duty of all men who sympathise with the heroic struggle of the organised Jewish defenders, of all who understand that through the Self-Defence movement hundreds and thousands of Jewish families have been saved from misery and destruction, to assist financially the Bund in organizing the Self-Defence work.*¹⁵

*Die Hauptschwierigkeit besteht darin, daß trotz aller Anstrengungen es an Geld mangelt und daher auch an Waffen... Das alles verlangt sehr große Summen Geld, die in Rußland in keinem Fall aufgebracht werden können. Daher ist es die moralische Pflicht aller derjenigen, die mit dem heroischen Kampf der organisierten Selbstschützer gegen die ‚schwarze Bande‘ sympathisieren, die darüber unterrichtet sind, daß nur dieser organisierte Selbstschutz in vielen Städten den Poygrom [sic] lokalisierte oder sogar im Keime erstickte, daß der Selbstschutz also Hunderte und Tausende von jüdischen Familien von Tod und Elend gerettet hat – es ist moralische Pflicht aller dieser Juden, den ‚Bund‘ in seiner Organisation des Selbstschutzes so weit wie möglich materiell zu unterstützen. Geldsendungen sind an den Cassierer [sic] des Ausl.-Comités [sic] zu richten. Mr. A. Mytnikowitsch, Imprimerie Israëlite 81, rue de Carouge, 81, Genève, (Suisse).*¹⁶

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Kischinewer Pogrom vom April 1903 in der Sprachen- und Pressepolitik des Jüdischen Arbeiterbundes eine Akzentverschiebung initiierte, die über die auf dessen 4. Parteitag geplante Politik der Mehrsprachigkeit weit hinausreichte.

1. Die Arbeiter in den eigenen Reihen wurden zu Gegenwehr und Selbstschutz aufgerufen.
2. Mit dem Kischinewer Pogrom verlagerte sich der Aktionsschwerpunkt des Bundes von dessen anfänglichen Kampfschauplätzen im nordwestlichen Rayon nach den südlichen Provinzen des Russischen Reiches, so beispielweise in die Zentren Ekaterinoslav, Kiew, Charkow, Nikolaew, Odessa und Kremmentschug, weit weg von den ursprünglichen Hochburgen des Bundes in Polen und Litauen.
3. Außerhalb der Grenzen des Russischen Reiches schuf sich der Bund ein Massenpublikum für Solidarität und Protest, indem er mit Hilfe seines Auslandskomitees Mechanismen zur Verteilung von Pressemeldungen wie auch für deren Abdruck in der sozialdemokratischen Presse weltweit bereitstellte. Auf dieses internationale Informationsnetz konnte er nur wenige Monate später nach seinem Bruch mit den Russischen Sozialdemokraten zurück greifen. Dieser Bruch bewirkte in den Internationalisierungsbestrebungen des Bundes einen nochmaligen Schub, der weniger mit Spenden und Protest zu tun hatte als mit Selbstdarstellung und Profilierung, nachdem die Verbindung zu den Russischen Sozialdemokraten, die dem Bund ein internationales Image verliehen hatte, nun nicht mehr existierte. In einer Selbstdarstellungsbroschüre zur Vorlage auf dem Internationalen Sozialistischen Kongress in Amsterdam 1904 lesen wir:

Nach den Kischenewer Metzereien (April 1903) entstand im Bund eine energische Agitation mittelst [sic] Aufrufen und Versammlungen, deren Zweck darin bestand, einerseits die verborgenen Machinationen [sic] der zarischen Massakerpolitik vor den Arbeitern zu entschleiern, andererseits die Masse soweit vorzubereiten, dass sie nicht mehr durch irgend einen neuen Krawall überrascht würde. Auf dem 5. Parteitag des Bundes, welcher zwei Monate nach den Kischenewer Gräueln stattfand, wurde eine Resolution, die Judenkrawalle betreffend, angenommen, welche der Agitation die Direktive gab. Ueberall [sic]

¹⁵ ‚The Bund and Self-Defence‘, appeal issued by the European Committee of the Bund, Genf (Juli 1905).

¹⁶ ‚Der „Bund“ und der Selbstschutz‘, Aufruf des Bundauslandskomitees, Genf (Juli 1905).

wurden Versammlungen veranstaltet, die der Frage der Selbstverteidigung gewidmet waren. Ueberall, wo es Veranlassung gab, Judenkravalle zu befürchten, entstanden Zirkel zur Selbstverteidigung, welche sich Waffen verschafften... Zum ersten Male wurde die Selbstverteidigung in Homel während der Judenmetzelei im September 1903 angewandt und nur dank dem bewaffneten und organisierten Widerstande [sic], welchen die jüdischen Arbeiter den Plünderern gegenüber erwiesen, nahmen die Exzesse in Homel nicht die Dimensionen der Metzereien von Kischinew an. Zur Teilnahme an der Selbstverteidigung gelang es in einigen Orten auch christliche Arbeiter heranzuziehen... Wir wollen noch darauf einweisen, dass es der Selbstverteidigung gelungen ist, einen Exzess in Paritschi (Gouv. Minsk) in seinem Beginnen zu unterdrücken...¹⁷

So kam zu den bisher vom Bund in Anspruch genommenen Propagandabroschüren, Presseorganen, Aufrufen und Pressemitteilungen eine weitere Textsorte, nämlich Selbstdarstellungsbroschüren – weitgehend auf Deutsch – zur Vorlage bei den Kongressen der internationalen Sozialdemokratie. Doch paradoxerweise war es der Kischinewer Pogrom von 1903 – jenes Ereignis, das die ganze jüdische Welt erschütterte, das den Bund dazu brachte, seine Pressearbeit zu internationalisieren und eine Öffentlichkeit weltweit anzusprechen. So kurzfristig sich diese Tätigkeit auch auf die künftige Entwicklung des Bundes als selbständige Partei auswirkte – denn bekanntlich trat er 1907 wieder der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei bei –, das Bild, das der Bund vor über 100 Jahren der europäischen und amerikanischen Öffentlichkeit von Kischinew vermittelte, hat sich bis heute gehalten.

Susanne MARTEN-FINNIS

Dr.; Reader (= Associate Professor) in German Studies; Studium der Sprach- und Übersetzungswissenschaft, Slawistik und Germanistik an den Universitäten Leipzig und Tübingen. Seit 1995 am Deutschen Seminar der Queen's University of Belfast. Publikationen zur jüdischen Presse in Mittel- und Osteuropa (1840 – 1940) sowie zu öffentlichen Diskursen im kommunistischen und nachkommunistischen Europa.

Bibliographie:

1. *Vilna as a Centre of the Modern Jewish Press, 1840 – 1928*. Oxford 2003.
2. mit Matthias Uecker (Hrsg.): *Berlin – Wien – Prag. Modernity, Minorities and Migration in the Inter-War Period*. Bern 2001.
3. mit Heather Valencia: *Sprachinseln. Jiddische Publizistik in Wilna, London und Berlin, 1880 – 1930*. Köln, 1999. Reihe: Lebenswelten osteuropäischer Juden, Heiko Haumann (Hrsg.)
4. *Pressesprache zwischen Stalinismus und Demokratie. Parteijournalismus im Neuen Deutschland 1946 – 1993*. Tübingen, 1994. Reihe: Medien in Forschung und Unterricht, Erich Straßner (ed.).

Darüber hinaus Forschungsbeiträge zu den bereits angegebenen Themen in deutschen, österreichischen, englischen, amerikanischen, russischen und polnischen Zeitschriften und Büchern.

¹⁷ ‚Die Agitation anlässlich der Judenkravalle‘, in: Bund-Auslandskomitee, Bericht über die Tätigkeit des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes in Litauen, Polen und Rußland („Bund“) nach seinem V. Parteitag [Bericht für den Internationalen Sozialistischen Kongreß in Amsterdam 1904] (Genf, 1904) S. 9-11. Staatsbibliothek

zu Berlin, Preußischer Kulturbesitz, Abteilung Historische Drucke, Haus 1, Unter den Linden 8. Sammelband zur Russischen Revolution (10 Schriften): *Jüdischer Arbeiterbund. Zeitschriften und Flugschriften im Jargon*. Sign.: gr2O Fc 7595/45-3RAR.

Kein Kriegsheld, aber Kämpfer

Lebenserinnerungen eines jüdischen Journalisten

Georg Breuer

Bis 1938 waren rund zehn Prozent der Wiener Bevölkerung Juden. Unter den Mittelschülern und Studenten war ihr Anteil noch deutlich größer. In meiner Klasse im Realgymnasium der Albertgasse, Wien VIII, besuchten etwa ein Viertel der Schüler den jüdischen Religionsunterricht. Unter unseren Lehrern gab es jedoch außer dem Religionsprofessor nur einen Juden. Beschäftigung von Juden im Staatsdienst war in Österreich nicht verboten, aber tatsächlich wurden nur sehr wenige aufgenommen. Manche haben sich deshalb taufen lassen, um ihre Karriereaussichten zu verbessern. Und in intellektuellen Berufen außerhalb des Staatsdienstes, darunter auch bei den Journalisten, war der jüdische Anteil umso höher.

Meine Eltern stammten aus sehr unterschiedlichen jüdischen Familien. Ein Großvater meines Vaters war Trödler in Mattersdorf (heute Mattersburg). Ein Großvater meiner Mutter war Mitbegründer der Hutfabrik in Ebreichsdorf. Wirklich fromme Juden hat es weder in meiner Familie noch unter meinen Mitschülern gegeben, vielmehr haben wir alle Weihnachten gefeiert. In Zeiten, an die ich mich erinnern kann, sind meine Eltern nie mehr in den Tempel gegangen und ich nur ein einziges Mal, als wir am ersten Schultag nach dem 12. Februar 1934 zu Dankgottesdiensten gehen mussten.

Ich war damals 14 1/2 Jahre alt und von dem Gefühl durchdrungen, dass man das nicht einfach alles untätig hinnehmen dürfe. So gründete ich ein paar Wochen später mit einigen Klassenkameraden einen marxistischen Diskussionszirkel. Die Mutter eines der Teilnehmer war Kommunistin. Sie stellte dann für uns Kontakt mit dem KP-nahen illegalen „Antifaschistischen Mittelschülerbund“ (AMB) her.

Unter meinen Klassenkameraden hat es damals viele Nazis gegeben, die das auch durch eine bestimmte Kleidung – Kniehosen und weiße Stutzen – demonstrierten. Viele andere hatten Sympathien für die Roten. Kein einziger war Anhänger der Regierung.

In der Ersten Republik waren die Kommunisten eine Zwergpartei gewesen, doch nun hatten sie starken Zulauf. Die Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre hatte in der ganzen westlichen Welt Millionenheere von Arbeitslosen, Hunger und bitterste Not gebracht. Das kapitalistische System hatte offenbar kein Rezept zur Bewältigung dieser Probleme, es war, wie Marx das vorausgesagt hatte, zu einem Hemmschuh für eine weitere Entwicklung der Produktivkräfte geworden. Nur in der Sowjetunion gab es in jenen Jahren keine Arbeitslosen, sondern massive Anstrengungen, die Rückständigkeit des Landes durch den Aufbau neuer Industrien zu überwinden. Von den Untaten Stalins wussten wir damals nur wenig, und was wir erfuhren, verdrängten wir aus unserem Bewusstsein. Mein Idol war damals der bulgarische Kommunist Georgi Dimitroff, dessen mutiges Auftreten gegen die Nazis im Reichstagsbrandprozess von 1933 weltweite Bewunderung gewonnen hatte.¹ Als Hauptredner auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale im Sommer 1935 hatte er nun die Kommunisten zu einer neuen Politik der Bildung von gemeinsamen Abwehrfronten mit Sozialdemokraten und bürgerlichen Demokraten, sogenannten „Volksfronten“ gegen den Vormarsch der Faschisten, aufgerufen. Für diese Idee konnte ich mich ohne Vorbehalt einsetzen.

Zu Ostern 1936 ist eine als Schikurs getarnte Tagung des AMB aufgefliegen. Die Teilnehmer wurden verhaftet, die ganze Organisation aufge-

¹ Vier Wochen nach Hitlers Berufung zum Reichskanzler haben die Nazis einen Brandanschlag auf das Gebäude des Reichstags inszeniert und die Verantwortung dafür den Kommunisten in die Schuhe geschoben. Die KPD wurde verboten. Als angebliche Drahtzieher des Anschlags wurden der Fraktionsführer der KP im Reichstag sowie drei bulgarische Kommunisten verhaftet, die als Emigranten in Deutschland lebten, unter ihnen Georgi Dimitroff. In einem Schauprozess sollte die Schuld der

Angeklagten bewiesen werden, doch Dimitroff, der einen Pflichtanwalt abgelehnt hatte und sich selbst verteidigte, konnte immer wieder Ungereimtheiten in der Anklageschrift und Widersprüche zwischen Zeugenaussagen aufdecken. Das noch nicht völlig „gleichgeschaltete“ Gericht hat die Angeklagten schließlich wegen Mangels an Beweisen freigesprochen. Sie wurden aber weiter in Haft gehalten, bis die Sowjetunion den drei Bulgaren Asyl anbot.

rollt. Ich wurde Ende April aus der Schule geholt, zu vier Wochen Polizeihaft verurteilt und vom Schulbesuch in Wien und Niederösterreich ausgeschlossen. Im Herbst 1937 habe ich als Externist in Linz maturiert.

Zum Zeitpunkt des „Anschlusses“ war mein Vater dank eines glücklichen Zufalls gerade beruflich in Italien. Er sandte sofort ein Telegramm, ich solle zu ihm kommen. Nach dem Krieg habe ich festgestellt, dass ich damals eigentlich aus einem falschen Grund emigriert bin. Wir hatten geglaubt, dass ich wegen meiner politischen Vorstrafe besonders gefährdet sei, doch „arische“ Funktionäre des AMB haben die Nazizeit unbehelligt überlebt. Dass auch Juden, die politisch nie aktiv waren, darunter zwei Brüder meines Vaters, im Nazireich wie Wanzen vernichtet werden würden, nur weil sie einer „minderwertigen Rasse“ angehörten, war uns damals noch nicht bewusst.

Als Flüchtling in England

Ein Jahr lang lebte ich als Emigrant in der Schweiz, wo mich Freunde meiner Eltern unterstützten. Meine Mutter hatte unterdessen eine Arbeitserlaubnis als Köchin für eine Schule in Kent erhalten und dann auch mir im Frühjahr 1939 die Einreise nach England ermöglicht. Kurz nach Kriegsbeginn mussten alle Besitzer von deutschen Pässen, also auch Emigranten aus Deutschland und Österreich, diese küstennahe Provinz verlassen. Nach dem Amtsverständnis der Engländer waren wir „enemy aliens“ (feindliche Ausländer). Dennoch wurden junge Emigranten aufgefordert, sich als Freiwillige zur Armee zu melden, wo sie allerdings nur im *Pioneer Corps* dienen durften. Wir mussten nach London übersiedeln und lebten dort von der Unterstützung durch Wohlfahrtsorganisationen. In London trafen wir einen Cousin meiner Mutter, der seit 1931 als Elektroingenieur in einem Betrieb in Petersburg gearbeitet und dort eine Russin geheiratet hatte. Im September 1938 wurden alle diese ausländischen Fachleute aus der Sowjetunion ausgewiesen. Er musste als Jude und Kommunist in das von Hitler annektierte Österreich zurückkehren. Nur dank seiner hohen Qualifikationen konnte er noch eine Einreiseerlaubnis nach England bekommen.

Als ich ihn um seine Meinung zu dem Nichtangriffspakt fragte, den die Sowjetunion kurz vor Kriegsausbruch mit Hitlerdeutschland abge-

schlossen hatte, verteidigte er Stalins Politik. Die Westmächte hatten die deutsche Aufrüstung toleriert, hatten Österreich und dann auch die Tschechoslowakei preisgegeben, die letzte Demokratie östlich der Schweiz. An einem gemeinsamen Abwehrkampf gegen Hitler waren sie offenbar nicht interessiert. Sie spekulierten vielmehr darauf, dass es zwischen Deutschland und der Sowjetunion zu einem Krieg kommen würde, und das wollte Stalin vermeiden.

Nach dem deutschen Überfall auf Polen haben England und Frankreich Deutschland den Krieg erklärt, aber keinen Finger gerührt, um Polen zu helfen. Nach Hitlers Angriff an der Westfront im Frühjahr 1940 ist der Widerstand in Frankreich rasch zusammengebrochen. Doch in England wurde unter dem Druck der öffentlichen Meinung Winston Churchill, ein entschiedener Gegner der Politik des Zurückweichens, neuer Regierungschef, der eine Allparteienregierung bildete. Das britische Expeditionskorps zog sich ohne Panik auf einen Brückenkopf bei Dünkirchen zurück, wo es aber keinen Hafen für große Schiffe gab. Der österreichische Emigrant Alfred Siegel, der als Soldat in der britischen Armee die Evakuierung dieser Truppe miterlebte, berichtet darüber:

Gegen zehn Uhr abends erhielten wir den Befehl, ins Meer zu waten. Es war stockdunkel, ich konnte nicht sehen, auf was für Ziel wir zugin-gen. Ich folgte einfach dem Mann vor mir. Tausende Soldaten standen im eiskalten Wasser und warteten, bis sie an die Reihe kamen, in ein kleines Boot zu klettern, das plötzlich in der Dunkelheit erschien. Die Sanitäter trugen Verwundete auf Tragbahren an den wartenden Soldaten vorbei, und es gelang ihnen wirklich, alle in die schaukelnden Boote zu heben.²

So wurde dank der bewundernswerten Disziplin der Truppe das ganze Expeditionskorps gerettet. Es war Hitler nicht gelungen, die Moral der Briten zu brechen.

„Young Austria“, ein Erfolgserlebnis

Nach dem deutschen Angriff im Westen wurde ein Großteil der männlichen Emigranten aus Deutschland, Österreich und Italien interniert. Ich wurde schon nach einem halben Jahr entlassen, weil meine Mutter für uns eine Einreiseer-

² *Young Austria*, Juli 1942; siehe auch „Englands stolzeste Niederlage“ in *Wiener Zeitung*, 9. März 1990.

laubnis in die USA hatte aufreiben können. Bei anderen dauerte es oft viel länger. Im Lager hatte ich österreichische Kommunisten kennengelernt. Sie erzählten mir, dass die illegal bestehende österreichische Parteigruppe in London und anderen Städten Klubs für österreichische Emigranten, Austrian Centres, und auch eine Jugendorganisation errichtet hatte. Der trat ich nach meiner Freilassung bei, wurde Mitarbeiter und bald darauf – selbstverständlich als unbezahlte Freizeitbeschäftigung – Chefredakteur ihrer gleichnamigen Zeitschrift *Young Austria*.

In den 35 Jahren meiner Parteizugehörigkeit war die Zeit in England die einzige, in der ich als Kommunist echte Erfolgserlebnisse hatte. Es gelang mir, ein kleines Kollektiv von freiwilligen Mitarbeitern aufzubauen – zeitweise gehörte auch Erich Fried dazu –, das sowohl für die inhaltliche Gestaltung als auch für die Vervielfältigung und den Vertrieb der Zeitung zuständig war. Die Texte wurden auf Wachsmatrizen geschrieben und dann auf einem Abziehapparat vervielfältigt. Die Zeitung wurde in unseren Jugendgruppen verkauft und auch an Abonnenten versandt, die irgendwo lebten, wo es keine Jugendgruppen gab, oder in der Armee dienten. Dann und wann stellten wir auch Sondernummern in englischer Sprache in großer Auflage her, die wir dann unter englischen Bekannten und Arbeitskollegen sowie in befreundeten englischen Organisationen verbreiteten. Das Austrian Centre hatte auch eine zunächst vervielfältigte Wochenzeitung, den *Zeit-spiegel*. Als der dann ab Juni 1943 gedruckt erschien, wurde unser *Young Austria* zu einer jede zweite Woche mitgedruckten Beilage, und wir waren die mühsame Herstellungsarbeit los.

Ich arbeitete in den letzten Kriegsjahren als Fabrikarbeiter mit wöchentlich wechselnden Schichten sechs Tage in der Woche neun Stunden in der Ölraffinerie einer Margarinefabrik. In der Freizeit war ich Chefredakteur, Mitglied der Leitung der Jugendorganisation, manchmal Referent auf Heimabenden. Außerdem war ich Mitglied und später Leiter einer Zelle des illegal bestehenden Kommunistischen Jugendverbandes, die einmal wöchentlich zu politischen Diskussionen und marxistischer Schulung zusammenkam, zuletzt auch Mitglied der Verbandsleitung. Überdies habe ich nie im Leben so viel marxistische Literatur gelesen wie zu jener Zeit. Eine kleine Zahl von Jungkommunisten hatte eine große Organisation aufgebaut, die 1943 mehr als 1300 Mitglieder hatte. Wir haben diesen jungen Men-

schen, von denen viele zu Hause Schreckliches erlebt hatten, die zum Teil ohne Eltern nach England gekommen waren, ein neues Zuhause und menschlichen Halt gegeben, einen Lebensinhalt mit Zielen, für die es sich einzusetzen lohnte, auch wenn unsere Zukunftsvisionen damals oft wirklichkeitsfremd und voller Illusionen waren. Nach Hitlers Angriff auf die Sowjetunion forderten wir unsere Mitglieder auf, sich Arbeit in kriegswichtigen Betrieben zu suchen und auch freiwillige Arbeit beim Ernteeinsatz zu leisten. Den Tageslohn von 7. November 1942, dem 25. Jahrestag der russischen Revolution, spendeten viele von uns für den Ankauf eines fahrbaren Röntgenapparates für die Rote Armee.

Im Frühjahr 1943 entschied die britische Regierung, dass Österreicher nicht nur im *Pioneer Corps* sondern auch in den Kampfeinheiten dienen könnten. Wir forderten nun unsere Mitglieder auf, sich zur Armee zu melden. In der Meinung, dass auch ich mich melden würde, schrieb ich damals:

*Wir wollen dabei sein, wenn die Hakenkreuzfahne von den Türmen unserer Städte gerissen wird und die Tore der Konzentrationslager geöffnet werden. (...) Wir wissen, dass uns harte Tage bevorstehen. Aber wir wissen auch, dass es keinen anderen Weg gibt als den des unversöhnlichen Kampfes.*³

Wegen meiner starken Kurzsichtigkeit hätte ich jedoch nur im *Pioneer Corps* dienen können, und so entschied unsere Leitung, dass es wohl sinnvoll wäre, wenn ich meine bisherige Arbeit fortsetze. Ich war darüber sehr erleichtert.

Menschheitsbedrohung Atomwaffen

Wir träumten damals von einer besseren Welt nach dem Krieg, von einer weiteren Zusammenarbeit der Kräfte, die gemeinsam gegen Hitler gekämpft hatten, beim Aufbau neuer Demokratien mit mehr sozialer Gerechtigkeit als die westlichen Demokratien der Vorkriegszeit, von echten „Volksdemokratien“. Doch die Wirklichkeit sah anders aus. Dass die Sowjetunion ganz gewiss keine volksnahe Demokratie war, war uns nicht bewusst. Und in den befreiten Ländern förderten die Siegermächte da wie dort jeweils nur die Kräfte, die ihnen genehm waren. Was später der Kalte Krieg genannt wurde, begann sich bereits abzuzeichnen.

³ *Young Austria*, Juni 1943.

In die Hochstimmung nach dem Sieg über Hitler platzte dann die Nachricht vom Abwurf der Atombombe auf Hiroshima. Ich wusste damals nicht, dass die Japaner bereits erste Friedensfühler ausgestreckt hatten, aber dass die Vernichtung einer ganzen Stadt und einige Tage darauf noch einer zweiten zur Sicherung des Sieges nicht mehr notwendig waren, schien mir klar. Es war dies offenbar vor allem eine furchtbare Drohgebärde gegen die Sowjetunion. In einem meiner letzten Beiträge für *Young Austria* schrieb ich dazu:

Große Anstrengungen werden nötig sein, wenn dieser Friede wirklich dauerhaft sein soll und nicht nur ein Waffenstillstand vor einem neuen Krieg. Die Atombomben haben gezeigt, was der Welt bevorsteht, wenn sie diese Aufgabe nicht lösen kann.⁴

Das volle Ausmaß dieser Bedrohung habe ich erst nach der Entwicklung der Wasserstoffbomben begriffen. Ich habe mich dann viele Jahre lang mit der Frage beschäftigt, was diese neuen Waffen für die marxistische Theorie bedeuten. 1968 habe ich schließlich ein Buch mit der Grundthese veröffentlicht, dass die Verhinderung eines großen Atomkriegs ein gemeinsames Interesse aller Menschen und somit auch aller Staaten und aller Klassen ist und oberstes Ziel jeder vernünftigen Politik sein müsse.⁵

Zurück in Wien

In Österreich ist schon bald nach der Befreiung die KP-nahe „Freie Österreichische Jugend“ (FÖJ) gegründet worden. Viele ihrer führenden Funktionäre waren Helden des Widerstandskampfs, aber Erfahrungen in der Tätigkeit einer legalen Jugendorganisation hatten sie nicht. Die hatten wir, aber wir kamen aus einer anderen Welt. Ich bin im Dezember 1945 nach Wien zurückgekommen und wurde Chefredakteur der Wochenzeitung der FÖJ, *Jugend voran*. Den Mitgliedern von *Young Austria* hätte diese Zeitung vermutlich gut gefallen, aber für die „heutige Jugend“ von 1945 war sie nicht das Richtige, doch das war mir nicht klar bewusst. So haben wir zum Beispiel zum hundertsten Jahrestag der Revolution von 1848 eine Menge von

hochinteressantem Material zusammengetragen, darunter viele Zitate aus Zeitungen jener Zeit. Fünfzig Jahre später, als ich über dieses Thema einen Beitrag für die *Wiener Zeitung* schrieb⁶ war das für mich eine wahre Fundgrube. Doch für die meisten Mitglieder der FÖJ war das kein interessanter Lesestoff.

Wer schreibt die Wahrheit?

1950 wurde ich Redakteur der *Brücke*, der Monatsschrift der Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft. Eine meiner Aufgaben war dort, offensichtliche Falschmeldungen über die Sowjetunion in der österreichischen Presse aufzuspüren, und da gab es nicht wenige. So wurde während der Olympiade im Sommer 1952 in Helsinki in einem Bericht in der *Arbeiterzeitung* behauptet, dass dieses große Sportereignis in der sowjetischen Presse kaum beachtet würde, und dass im Bericht über den 10.000-Meter-Lauf nur der Name des Siegers, des Tschechoslowaken

Das volle Ausmaß dieser Bedrohung habe ich erst nach der Entwicklung der Wasserstoffbomben begriffen.

Zatopek, und der Name des Drittplatzierten, des Russen Anufriew genannt, der des zweitplatzierten Franzosen Minoun aber nicht einmal erwähnt

worden sei.⁷ Es klang absurd, aber wir hatten derartige Absurditäten bereits erlebt. Über ein Ländermatch Österreich-Jugoslawien hatte die von der sowjetischen Besatzungsmacht herausgegebene *Österreichische Zeitung* kein Wort berichtet, weil nach dem Bruch zwischen Stalin und Tito 1948 über den jugoslawischen Sport in der sowjetischen Presse nichts mehr geschrieben werden durfte. Doch über die Olympischen Spiele haben alle sowjetischen Zeitungen korrekt berichtet und alle Medaillengewinner, darunter auch den Franzosen Minoun, genannt. Der Beitrag in der *AZ* war frei erfunden. Es war nicht die einzige offensichtliche Falschmeldung, die wir damals in der österreichischen Presse gefunden haben. Doch in keinem einzigen Fall konnten wir erreichen, dass eine Richtigstellung veröffentlicht wurde. Dass auch in den sowjetischen Zeitungen nicht immer nur die Wahrheit geschrieben wurde, war mir damals nicht bewusst. Ich selbst habe nie wissentlich Unwahrheiten verbreitet,

⁴ *Jung-Österreich*, 25. 8. 1945.

⁵ Georg Breuer: *Kann der Weltuntergang verhindert werden? – Marxismus im Atomzeitalter*. Wien: Europa-Verlag 1968.

⁶ *Wiener Zeitung*, 20. März 1998.

⁷ *Arbeiterzeitung*, 30. Juli 1952.

aber ich habe sowjetische Behauptungen oft überprüft übernommen. Am meisten bedrückt mich, dass ich mich auch an der sowjetischen Lügenkampagne gegen Jugoslawien beteiligt habe, obwohl ich genau wusste, dass gerade Tito in seinem Land weit mehr Unterstützung hatte als die Regierungen in anderen Volksdemokratien.

Ernste Zweifel hatte ich zum ersten Mal, als in der Tschechoslowakei 1952 auf sowjetisches Verlangen ein Hexenprozess mit frei erfundenen Beschuldigungen gegen führende kommunistische Funktionäre jüdischer Abstammung durchgeführt wurde, von denen ich einige aus der Zeit der Emigration kannte. In einer abstrusen Mischung von antisemitischer und stalinistischer Phraseologie warf man ihnen vor, Mitglieder einer zionistischen Verschwörung zu sein, die in der Tschechoslowakei „ein faschistisches Regime nach dem Muster Titos“ einführen wollte. Elf Angeklagte wurden hingerichtet, drei zu lebenslanger Haft verurteilt. In der *Brücke* mussten wir über diesen Prozess zum Glück nicht berichten. Aber was hätte ich getan, wenn ich darüber hätte schreiben müssen? Offen gesagt, ich weiß es nicht.

Noch viel stärkere Zweifel kamen in mir auf, als Stalin in seinem letzten, wenige Monate vor seinem Tod veröffentlichten Buch erklärte, dass neue große Kriege unvermeidlich seien, solange kapitalistische Staaten bestehen, und dass ein Dritter Weltkrieg nicht das Ende der Menschheit sondern das Ende des Kapitalismus bringen würde.⁸

Tauwetter

In der Redaktion der *Brücke* konnten wir schon bald nach Stalins Tod bei unserem ständigen Studium von Materialien aus und über die Sowjetunion neue Töne wahrnehmen, erste Anzeichen eines beginnenden „Tauwetters“. Und die neue Führung war auch sichtlich um internationale Entspannung bemüht und um die Beseitigung von seit langem bestehenden Krisenherden. Als Chruschtschow dann 1956 auf dem XX. Parteitag der KPdSU ausdrücklich erklärte, dass es eine schicksalsbedingte Unvermeidlichkeit von Kriegen nicht gebe,⁹ war ich begeistert. Mir schien das viel wichtiger als alles, was er dort in einer nicht

öffentlichen Sitzung über die Untaten Stalins gesagt hatte. Doch mit dieser Ansicht stand ich ziemlich alleine da.

Ich arbeitete seit 1955 in der Redaktion der *Volksstimme*, wurde dann aber wegen meiner zunehmend kritischen Haltung gegen die in der KPÖ noch immer dominierenden Stalinisten 1958 aus der Redaktion ausgeschlossen und durfte nur mehr als Externist Beiträge schreiben. Seit damals bin ich als freiberuflicher Journalist und Autor von Sachbüchern tätig, wobei ich mich vor allem mit naturwissenschaftlichen und ökologischen Themen sowie mit den Problemen von Kernwaffen und Kernenergie beschäftigt habe.

Auf neuen Wegen

Chruschtschow hat jedoch seine Entspannungspolitik leider nicht konsequent durchgehalten. Als seine Bemühungen scheiterten, auch für das geteilte Deutschland eine dem Staatsvertrag für Österreich ähnliche Lösung zu finden, wurde 1961 die Berliner Mauer gebaut und die Sowjetunion begann unter Bruch einer Vereinbarung mit den Westmächten über eine vorläufige Einstellung aller Atombombenversuche eine neue Testserie, die mit der Explosion einer 57-Megatonnen-Bombe, der größten jemals gezündeten Kernwaffe, endete. Meine Frau, damals Chefredakteurin der KP-nahen *Stimme der Frau*, hat das in einem Artikel in vorsichtigen aber unmissverständlichen Worten kritisiert. Ich habe in gleichem Sinne in einem Leserbrief an die *Furche* Stellung genommen.¹⁰

Ein Jahr später kam die Kuba-Krise, in der die Welt hart am am Rande eines Atomkriegs stand. In vielen Ländern gab es damals gewaltige Friedenskundgebungen, in Österreich überhaupt nichts. Ich war darüber verzweifelt und beschloss, ohne Rücksprache mit der Partei mich um die Gründung einer überparteilichen Friedensbewegung nach dem Muster der vor allem in England und in der Bundesrepublik seit einigen Jahren stattfindenden Ostermärsche gegen die Atomkriegsgefahr zu bemühen. So wurde ich dann de facto ehrenamtlicher Sekretär des österreichischen Ostermarschkomitees.

An meiner Überzeugung, dass internationale Entspannung und die Verhinderung jeder Eskalation, die zu einem Atomkrieg führen könnte, das

⁸ Josef Stalin: *Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR*. Wien: Sowjetischer Informationsdienst 1953, S. 45.

⁹ Nikita S. Chruschtschow: *Rechenschaftsbericht des ZK der*

KPdSU an den XX. Parteitag.

¹⁰ *Stimme der Frau*, 11. November 1961; *Die Furche*, 49/1961.

vordringlichste Ziel jeder verantwortungsbewussten Politik sein müsse, habe ich auch festgehalten, als aus Kreisen der „Neuen Linken“ und – zu meinem Erstaunen – auch von so manchen antistalinistischen Kommunisten ganz andere Töne zu hören waren. Für Che Guevaras Forderung, dass die Sowjetunion auch das Risiko eines weltweiten Krieges auf sich nehmen müsse, um Vietnam in seinem Kampf gegen die amerikanische Intervention zu unterstützen,¹¹ hatte ich keinerlei Sympathie, für die Bewunderer der chinesischen „Kulturrevolution“ auch nicht.

Umsom mehr habe ich mich für den Prager Frühling begeistert, für den Versuch, in der Tschechoslowakei einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ aufzubauen. Als dieses

hoffnungsvolle Experiment durch den Einmarsch sowjetischer Truppen gewaltsam beendet wurde und in der KPÖ nach anfänglichen Schwankungen die Befürworter dieses Einmarschs die Oberhand behielten, sind meine Frau und ich so wie viele andere aus der Partei ausgetreten. 1972 habe ich dann das überparteiliche österreichische Solidaritätskomitee für die Demokratie in der CSSR gegründet, vor allem gestützt auf Personen, die ich aus der Friedensbewegung kannte und denen man nicht nachsagen konnte, dass sie „Kalte Krieger“ seien. In den 17 Jahren seines Bestandes hat dieses Komitee mehr als eine Million Schilling für die Opfer der Repression in der Tschechoslowakei aufgebracht. Das war eine „Freizeitbeschäftigung“, die meinem Leben einen tieferen Sinn gegeben hat.

Georg BREUER

Geb. 1919 in Wien; flüchtete 1938 zuerst in die Schweiz und 1939 nach England. 1941 war er in leitender Funktion in der Emigrantenorganisation „Young Austria“ tätig. In seiner Freizeit arbeitete er als Redakteur für die gleichnamige Zeitung. Im Dezember 1945 kehrte Georg Breuer nach Wien zurück. Von 1946 bis 1957 war er als Redakteur in KP-nahen Zeitungen und Zeitschriften beschäftigt, danach arbeitete Breuer als freiberuflicher Journalist und Schriftsteller. Als Mitbegründer und späterer Sekretär des österreichischen Ostermarschkomitees engagierte er sich aktiv gegen die Atomkriegsgefahr.

¹¹ Ernesto Guevara: *Botschaft an die Völker der Welt*. In: *Konkret*, Hamburg, Sept. 1967.

Der beharrliche Rollenspieler

Gedanken zu Kurt Tucholsky (1890 – 1935)

Susanna Böhme-Kuby

Von den deutschen Schriftstellern, die es bereits in der Weimarer Republik zu Ansehen gebracht hatten, haben nur wenige, die keine „Weltliteratur“ geschrieben haben, das „Dritte Reich“ bzw. die Emigration literarisch überlebt, d.h. die Öffentlichkeit über den literarischen Markt nach dem Zweiten Weltkrieg erreicht.

Beispiellos in beiden deutschen Nachkriegsstaaten ist die Renaissance des Berliners Kurt Tucholsky nach 1945, der 1935, vereinsamt und verzweifelt, in der schwedischen Emigration aus dem Leben geschieden war.

Alles, was er selbst zwischen 1907 und 1932 in Buchform veröffentlicht hatte, ist nachgedruckt worden; in verschiedenen Ausgaben seiner „Ausgewählten“ und „Gesammelten Werke“ sind mit Nachtragsbänden bis in die 80er Jahre in West und Ost etwa 1800 der insgesamt mehr als 2900 seinerzeit in mehr als 80 Zeitschriften und Zeitungen gedruckten Beiträge erschienen, und seit 1995 werden in der auf 22 Bände angelegten „Gesamtausgabe Texte und Briefe“, die an der Ossietzky-Universität in Oldenburg erarbeitet wird, nach und nach alle vorhandenen Schriften zugänglich gemacht. Seine Lieder und Gedichte sind auf Tonträgern aller Art verbreitet.

Die Sekundärliteratur über ihn nimmt Jahr für Jahr um neue Forschungsergebnisse zu, obwohl er beharrlich von deutschen Germanisten gemieden wurde. Seit den fünfziger Jahren gibt es immer wieder Versuche „biographischer Annäherungen“,¹ aber *das* Buch über Tucholsky entstand dennoch nicht. Bis jetzt ist es noch niemandem gelungen, sein Leben, seine Gesinnung, seine mit seinem Schreiben verfolgten Absichten und Zielvorstellungen, seine riesige Produktion – die kein formales oder stilistisches Zentrum hat – „sein Werk“ also kaum zu nennen ist, seine Zeit, sein Milieu, seine Wirkung zu einem Ganzen zu weben. Ob es dazu einmal kommen wird, darf bezweifelt werden. Dieses Defizit in der Sekundärliteratur erklärt sich m.E. aus objektiven, offenbar nicht auszuräumenden Schwierigkeiten, die es letztlich unmöglich machen, diesem viel-

seitigen Talent mit seiner enormen Produktivität und großen Breitenwirkung einen festen Platz in einer hierarchisch gegliederten Literatur zuzuweisen.

Ord nende Begriffe wie Dichter, Lyriker, Satiriker, Publizist oder Journalist heben auf literarische Rangordnungen ab. In einer Untersuchung über den Journalisten Tucholsky steht der Satz:

„Tucholsky war Satiriker, Lyriker, Essayist, Kabaretttexter, Humorist, Literat, politischer Kritiker – aber all dies stets in der Berufsrolle des Journalisten“.²

Zur Widerlegung genügte es schon, an die beiden Liebesromane zu erinnern, die von Anfang an das waren, was man heute Bestseller nennt. Für sich selbst, wie für sein Publikum war der zweiundzwanzigjährige Autor von „Rheinsberg“ (1912), den sein Verleger Ernst Rowohlt um eine Wiederholung jenes Erfolgs anging, der sich mit „Schloss Gripsholm“ (1931) einstellte, alles andere als ein Journalist.

Was aber war er? Ihn einfach neutral als Schriftsteller zu bezeichnen, scheint zu kurz zu greifen. Der Verfasser der soeben genannten überwiegend heiteren, schwerelosen Luftgebilde hat zwar gerade mit diesen sein Massenpublikum gewonnen, war aber gleichzeitig auch ein politischer Kämpfer mit Texten, wie z. B. dem folgenden:

*Im Namen der Mütter, die den nutzlosen Tod ihrer für einen Dreck gefallenen Söhne beweinen, die von diesem aberwitzigen Tun genug haben und den einfachsten Steinklopfer höher schätzen als einen Telefongeneral – im Namen aller dieser wehren wir uns gegen die Vergeudung unserer Steuergroschen, die man uns abprest und rufen: DIESER REICHSWEHR KEINEN MANN UND KEINEN GROSCHEN!*³

Der wohl bekannteste Journalist deutscher Sprache, der Prager Egon Erwin Kisch, der über das Wesen des Reporters geschrieben hatte, er „hat keine Tendenz, hat nichts zu rechtfertigen und hat keinen Standpunkt“, musste sich von

¹ So der Untertitel der Biographie von Michael Hepp: *Kurt Tucholsky. Biographische Annäherungen*. Reinbek: Rowohlt 1993.

² Anton Austermann: *Kurt Tucholsky. Der Journalist und sein*

Publikum. München/Zürich: Piper 1985.

³ Kurt Tucholsky: *Gesammelte Werke (in 10 Bänden)*. Reinbek: Rowohlt 1975, Bd. 4, S. 426.

Tucholsky sagen lassen: „Das gibt es nicht. Es gibt keinen Menschen, der nicht einen Standpunkt hätte“.⁴

Kisch hat gleichfalls gegen Unrecht und soziale Missstände angeschrieben, aber einen derart radikalen, zur Steuerverweigerung aufrufenden Text gibt es von ihm eben doch nicht, wie er von Tucholsky am 22. Mai 1929 im Radio verlesen wurde, was der *Westdeutsche Rundfunk* ob des davon ausgelösten Skandals nachträglich bedauerte und sich „von der geradezu unglaublichen Verhöhnung und Besudelung des deutschen Heldentums im Weltkrieg (durch) diesen sattsam bekannten Pazifisten“ distanzierte.

Tucholsky hatte geurteilt: „Wer im Krieg getötet wurde, ist nicht zu feiern, sondern aufs tiefste zu bedauern, weil er für einen Dreck gefallen ist. Der Feind steht nicht drüben, sondern hüben.“⁵

In der Kategorie Journalismus lässt sich ein Text, wie der zitierte, nicht unterbringen, sein Verfasser war, als er ihn schrieb, nicht als Journalist unterwegs, nicht als Tagesschriftsteller, der „für die Presse, (...) für den Film und den Rundfunk oder in der Werbung und Öffentlichkeitsarbeit für Unternehmen, Verbände und Behörden tätig ist“.⁶

Und doch war Tucholsky auch Journalist, der seinerzeit geläufige Begriff des Dichter-Journalisten scheint angebracht. Aber nur mit Vorbehalt ist er als Schriftsteller in die Literaturgeschichte der Weimarer Republik eingegangen, während der politische Publizist in keiner zeitgeschichtlichen Abhandlung über jene Jahre fehlt. Um politisch zu wirken, hat Tucholsky jede nur denkbare Form schriftlicher Verwendung der Sprache mit gleicher Virtuosität benützt; von ihm ließe sich sagen, seine Schreibmaschine sei ein Orchester gewesen, in dem alle Instrumente vertreten waren.

Zwischen „Rheinsberg“ (1912) und der berühmten „Roten Melodie“ (1920) („General! General! Wag' es nur nicht noch einmal!“), für Rosa Valletti geschrieben, liegen acht Jahre und ein Weltkrieg. Dennoch kann man diese Texte nicht als Stationen einer politischen Entwicklung Tucholskys lesen. In seiner zweiten Schloss- und Liebesgeschichte, „Gripsholm“ (1931), wird eben der

Claire-Ton noch einmal angeschlagen, er ist noch zur Verfügung, auch wenn sich bereits die Schatten der Diktatur über die Sommergeschichte legen. Anders gesagt: von dem „Märchen“ des Siebzehnjährigen bis zu seinem öffentlichen Verstummten in Schweden (1932) hatte er immer alle seine Eisen im Feuer, zog sie nach Bedarf, der nicht zum wenigsten von der Verkäuflichkeit bestimmt wurde, und nach Laune heraus, schmiedete sie. Schon die Beiträge für den *Vorwärts* seit 1911 sind Vorwegnahmen seiner späteren großen journalistischen Arbeiten: schon Jahre vor dem Ersten Weltkrieg Proteste gegen die Todesstrafe, gegen Zensur, gegen Wilhelm II., gegen Krieg.

Er schrieb nicht für die Ewigkeit, sondern um der Wirkung willen für den Tag und bedauerte schon 1924: „Ich habe Erfolg, aber keinerlei Wirkung“. Und weil dahinter ein Mann von unbeugsamer Gesinnung stand, könnte man annehmen, es ließe sich alles, was er geschrieben hat, mit einem roten Faden bündeln; in den

Um politisch zu wirken, hat Tucholsky jede nur denkbare Form schriftlicher Verwendung der Sprache mit gleicher Virtuosität benützt.

Augen derer, die er bekämpfte, war er denn auch nichts anderes als ein jüdischer Vaterlandsverräter und außerdem ein Kommunist. Obwohl er für kurze

Zeit der USPD angehörte, einer linken Abspaltung der SPD, unterwarf er sich jedoch niemals weder organisatorisch noch geistig einer Parteidisziplin. Seine Dynamik war emotionaler, nicht intellektueller Natur. Er wollte Gesinnung und Gesellschaft ändern, damit die Menschen friedlicher, glücklicher leben könnten, und seine Vorstellung, wie sich diese Veränderungen bewerkstelligen ließen – vom Pazifisten entwickelte er sich zum verbalen Revolutionär – brachten ihn in größere Nähe zu Freud als zu Marx. Mit anderen Worten: weder formal und stilistisch noch politisch lässt sich aus seiner weiten Produktion von beschriebenem und bedrucktem Papier ein Paket mit homogenem Inhalt machen.

Der von dem Atomphysiker Heisenberg entwickelte Begriff der Unbestimmbarkeits-Relation lässt sich nicht nur auf Tucholskys Lebensarbeit anwenden, sondern auch auf ihn selbst. Er schrieb unter vier offiziellen Tarnnamen, oft in

⁴ Zitiert nach Austermann, *Kurt Tucholsky*, S. 75.

⁵ Eberhard Lämmert: *Sie haben alles gesehen. Tucholskys Warnungen vor dem Nationalsozialismus*. In: Irmgard Ackermann/Klaus Hübner (Hg.): *Tucholsky heute*.

Rückblick und Ausblick. München: Iudicium Verlag 1991, S. 82/83.

⁶ *dtv-Lexikon* (in 20 Bänden). Mannheim/München: Brockhaus/dtv 1982, Bd. 9, S. 106.

ein und demselben Heft der *Weltbühne*, gewissermaßen sein Haus- und Heimatblatt, und die Forschung hat inzwischen etwa ein Dutzend verfremdende Namen ausfindig gemacht, mittels derer sich Tucholsky verstellte. Die Vermutung ist nicht abwegig, dass der etwas zur Dicklichkeit neigende Herr, den man auf der Straße nie ohne Hut auf dem Kopf sah, der dreißig Maßanzüge im Schrank hängen hatte („Lieber einen Anzug nach Maß, als eine Gesinnung von der Stange“) und in ansehnlichen Villen zu wohnen verlangte, vielleicht nur im physischen Sinn ein unverwechselbares Individuum gewesen ist. Er selbst fragt sich schließlich, ob der in Berlins Einwohnerkartei eingetragene Name Tucholsky vielleicht ein weiteres Pseudonym sei.

Das kulturelle Leben, das Berlin zu einer Weltstadt gemacht hatte, trotz Straßenkämpfen, Inflation, Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, politischem Defaitismus diverser Regierungen, war gewissermaßen der Schaum gewesen auf einer Brühe, deren Vergiftung zunahm.

Tucholsky registrierte beides, warnend, anklagend und persiflierend, als Kaspar Hauser, Ignaz Wrobel, Peter Panter und Theobald Tiger, dem berühmten Satiriker, er war Kämpfer und Romantiker in einer Person. Selbst die meisten seiner damals ungemain populären Kabarett-Texte sind durch und durch politisch.

Angesichts der Fülle der untersuchten Einzelaspekte in der Sekundärliteratur stellt sich die Frage, wozu dieser Autor in dieser Form erforscht (...) und immer wieder auf einen Nenner gebracht werden muss (und sei es auf den der Widersprüchlichkeit), bevor überhaupt eine detaillierte Diskussion des Werkes in historischen und aktuellen Zusammenhängen begonnen hat.

Die beliebten Etikettierungen „Tucholsky als...“, „Tucholsky und...“ erklären eben nicht „alles“, sondern jeweils nur ein Segment in einer bestimmten Beleuchtung. Aber gerade weil dieses „alles“ wissenschaftlicher Definierbarkeit widersteht, wird es weiterhin neue Etikettierungen geben; sie versuchen eine weder psychologisch noch politisch dingfest zu machende Mitte einzu-

kreisen. Das erlaubt, ja verführt dazu, immer wieder über ihn zu schreiben, um das „Defizit in der Tucholsky-Forschung (aufzufüllen), das in der Diskrepanz zwischen wissenschaftlicher Auseinandersetzung mit Tucholsky und der Breitenwirkung seines Werkes sichtbar wird“.⁷

Die Fülle der Detailuntersuchungen dokumentiert das Eingeständnis, dass sich die Steine und Steinchen des Mosaiks, diese Tausende von Seiten, gefüllt mit Prosa und Gedichten, nicht zu einem „Werk“ zusammensetzen lassen. Das liegt begründet weniger in der Vielfältigkeit oder gar Widersprüchlichkeit seiner Aussagen, sondern vielmehr in der nicht ausmachbaren Allgegenwärtigkeit seiner Person und einer entsprechend fehlenden geistigen Stringenz seiner Produktion.

Eben deshalb muss doch „die Formel der Widersprüchlichkeit“ auf ihn angewendet werden, womit keine Etikettierung beabsichtigt ist, sondern die wirksamste Voraussetzung, eine Art *reservatio mentalis*, geschaffen wird, welche erlaubt, sich doch den Autor in seiner Ganzheit als einen individualisierten Mikrokosmos wenigstens vorzustellen, als einen „Corpus Tucholsky“, zu dem es einen Generalschlüssel nicht gibt.

Die Einsicht in diesen Tatbestand lastet wie eine Hypothek auf der gesamten Tucholsky-Forschung, nämlich sich dem Forschungsobjekt mit äußerster Vorsicht zu nähern. Und das bei einem Autor mit Kämpfernatur, die sich in der unmittelbaren Auseinandersetzung mit ihrer Zeit – und nur darin – verwirklichte.

Die vielfaltige Identität Tucholskys findet eine gewisse Entsprechung in der Beschaffenheit seiner Öffentlichkeit, in der man schon zu seinen Lebzeiten mindestens zwei Tucholskys unterschied, die jeweils ihr Publikum fanden: Der „Rheinberg“-Autor mit kulinarischer Breitenwirkung seiner Chanson- und Kabarettproduktion sowie der politische Kämpfer, der Aufklärer als Alleinunterhalter der intellektuellen linken Minderheit. Nach 1945 wurde der Kämpfer Tucholsky dann auch auf beiden Seiten noch im Kalten Krieg mobilisiert, als vermeintlicher Antikommunist in der BRD und als bürgerlicher Vorkämpfer der Arbeiterklasse in der DDR.

Doch mit der politischen Klimaveränderung, die die Deutschen mit der neuen Einheit überkam, stellte sich dann die Frage, ob man nicht in

Er selbst fragt sich schließlich, ob der in Berlins Einwohnerkartei eingetragene Name Tucholsky vielleicht ein weiteres Pseudonym sei.

⁷ Ackermann/Hübner, *Tucholsky heute*, Vorwort, S. 5.

Tucholskys Nachruhm ein Missverständnis zu sehen war, wenn nicht gar eine bewusst verfälschende Interpretation seines vielschichtigen Rollenspiels von Seiten einer linken Minderheit, die nach dem Krieg einen Helden gebraucht hatte? Dafür war der tote Tucholsky in der Tat weit brauchbarer, als er es zu Lebzeiten gewesen wäre. Und er selbst wusste ja schon 1920: „Der Autor kommt falsch auf die Nachwelt“. So wurde also 1990 Tucholskys Aura des unbestechlichen Aufklärers miniert, um ihn als Neurotiker erscheinen zu lassen, unfähig auch, mit elementaren privaten Existenzproblemen fertig zu werden. Denn wenn es *den* Tucholsky gar nicht gegeben hat, aus dem nach 1945 ein *rocher de bronze* gemacht worden ist, so auch nicht – das ist wohl der Umkehrschluss, auf den es ankommt – jenes Volk, von dem sich Tucholsky schließlich trennen zu müssen glaubte, dessen Sprache er nicht mehr sprechen wollte, das es aber ja eigentlich nur als die Wirklichkeit ersetzende Projektion eines Mannes gab, der an sich selbst litt und damit nicht fertig wurde.

Diejenigen, die nun auszogen, die Tucholsky-Legende zu zerstören, gingen daran, sie durch eine andere Legende zu ersetzen.⁸ Dabei ist ein wetterwendischer, manisch-depressiver, ein geldgieriger und innerlich zutiefst verunsicherter Don Quijote herausgekommen, der letztlich im sicheren schwedischen Asyl das Handtuch geworfen habe, und zwar nicht erst 1935, sondern – als „aufgehörter Schriftsteller“ – schon 1932.

Warum, darüber hat sich Tucholsky mehrfach geäußert, am überzeugendsten Anfang März 1933 in einem Brief an Walter Hasenclever:

Man kann für eine Majorität kämpfen, die von einer tyrannischen Minorität unterdrückt wird. Man kann aber nicht einem Volk das Gegenteil predigen von dem, was es in seiner Mehrheit will (auch die Juden).⁹

Diese Briefstelle bringt bündig und unmissverständlich zum Ausdruck, dass jener Tucholsky, der zunächst – wie nach 1933 fast alle Emigranten – nicht „die Deutschen“ ausnahmslos verworfen, sondern an die Existenz der „anderen Deutschen“ geglaubt hatte, inzwischen einzu-sehen gelernt hatte, dass der Nationalsozialismus, dass die Idolatrie einer der Gesamtheit nahe-

kommenden Mehrheit für Hitler diese Unterscheidung zu einer Phantasmagorie gemacht hatte.

Tucholskys Gesinnung, seine Moral, seine Idealvorstellung vom Menschen, seine Verletzlichkeit und seine Hellsicht trennten ihn vom eigenen Volk. Unter den Verächtern und Gegnern des Nationalsozialismus gehört er zu den ganz wenigen, ist unter diesen der bekannteste geblieben, die die Tauen zu „den Deutschen“ durchschnitten und die Konsequenz daraus gezogen haben: Schweigen, abtreten!

Diesen Schritt haben so manche Deutsche Tucholsky nie verzeihen können – und die Tucholsky-Demontage nach der Wende von 1989 dokumentiert auch das klimaverändernde Bedürfnis, nun das erneuerte Vaterland gegen seine Nestbeschmutzer, auch gegen diesen, in Schutz zu nehmen.

Es gibt zwei Bereiche seiner Existenz, mit denen er in der Tat nicht fertig geworden ist: für den Mann Tucholsky stellten die Frauen ein unlösbares Problem dar, für den Aufklärer und Juden Tucholsky die deutschen Juden.

Ich will nicht versuchen, den öffentlichen, den politischen Tucholsky von dem sozusagen privaten abzutrennen. Man braucht ihn nur zu lesen, sowohl alles, was für den Druck bestimmt war, als auch seine spät veröffentlichten Briefe, um zu erkennen, dass aus seinem Verhältnis zu Frauen, zu der Frau, mit der er vom Ende des Jahres 1917 bis zu seinem Ende, 1935, ein „ungelebtes Leben“ gelebt hat, zwar keine Rückschlüsse auf seine politischen Zielvorstellungen gezogen werden können, wohl aber geben die 326 veröffentlichten Briefe an Mary Gerold, die er 1924 geheiratet hat, von der er sich 1933 scheiden ließ, „die Abgründe preis unter dem kämpferisch-journalistischen Werk das (...) einer steten Verzagtheit, einer wuchernden Melancholie abgetrotzt wurde“. Und Herausgeber Raddatz fügte hinzu: „Kurt Tucholsky hat in seinem Leben ein Buch geschrieben. Dieses. Es ist sein Lebensbuch“.¹⁰

Aus diesen Briefen, einem großen Versteckspiel mit sich selbst und seiner Partnerin, lässt sich erkennen, dass weder sie („er“) sich ihm, noch er sich ihr („ihm“) ganz geben konnten.

Auch daraus, also aus seinem Wesen, seiner Natur, nicht nur aus seiner Gesinnung, ließe sich ein Schritt in die kaum erforschten Motivations-

⁸ vgl. z.B. die Marbacher Ausstellung zu seinem 100. Geburtstag: *Entlaufene Bürger. Tucholsky und die Seinen* (1990), deren Kuratoren erklärtermaßen Tucholsky „vom Olymp“ stoßen wollten und deren moralisierende Tendenz sogar der *FAZ* als „verleumderische

Interpretation“ einen Schritt zu weit ging.

⁹ Kurt Tucholsky: *Politische Briefe*. Hg. von Fritz J. Raddatz. Reinbek: Rowohlt 1969, S.13.

¹⁰ Kurt Tucholsky: *Unser ungelebtes Leben. Briefe an Mary*. Hg. von Fritz J. Raddatz. Reinbek: Rowohlt 1990, S. 7.

grundlagen tun, die ihn ermächtigten, um nicht zu sagen, ihn dazu verurteilten, praktisch von Anfang an die Solidarität mit dem eigenen Volk aufzukündigen. Er konnte sich auch ihm nicht in die Arme werfen. Gerade dieses Defizit an Hingabe an ein Kollektiv, Volk, Vaterland, Partei, ließ ihn zum scharfsinnigsten Richter über „die Deutschen“ werden, und seine moralische, sittliche und auch politische Integrität beruht gerade darauf, dass ihm diese Objektivität in seiner Subjektivität bitter schwer geworden war. Das Emotionale in seiner Kritik ist unübersehbar. Er war weder ein Leopold Schwarzschild noch ein Carl von Ossietzky, beide gleich ihm der Deutschen, ihrer Deutschen – dem Schoß, aus dem das kroch – Feinde und Neinsager, sie aber Intellektuelle, denen ihr Denken die Feder rührte, indes Tucholskys Tinte Herzblut war. Das macht es unmöglich, zwischen dem privaten und dem öffentlichen Tucholsky motivisch zu unterscheiden; gesteht aber dem Thema „Tucholsky und die Frauen“ Bedeutung zu. Auch hier scheint äußerste Beharrlichkeit äußerster Wankelmütigkeit abgerungen – eine Chiffre des Menschen Tucholsky.

Das Eingehen auf den zweiten genannten Komplex seiner offenbar unlösbaren Lebensprobleme, „Tucholsky und die Juden“, erfordert weniger Diskretion als ein Ablegen nachkriegsdeutscher Scheuklappen. Seine jüdische Herkunft war für das nationale Deutschland ein gefundener Vorwand, ihn zu diffamieren. Dass er sich eigentlich nicht als Jude verstand, half ihm weder bei Freunden noch bei Feinden. Am deutschen Judentum beschäftigte ihn nicht die Religion, von deren Ritualen sich schon seine Eltern losgesagt hatten, im Gegensatz zur weiteren Verwandtschaft, sondern ihn interessierte und beunruhigte ausschließlich das gesellschaftspolitische Rollenspiel der Juden und ihr Verhalten gegenüber dem aufsteigenden Nationalsozialismus. Zunächst hatten das familiäre Milieu, des Vaters Charakter, dessen Liberalismus und berufliche Stellung und Erfolg dem ältesten Sohn denkbar gute Voraussetzungen geboten, sich seiner jüdischen Abkunft gar nicht bewusst zu werden. Auch in der Schule, dem liberalen Französischen Gymnasium, war er noch bewahrt vor antisemitischen Verunglimpfungen. Nach dem frühen Tod des Vaters, 1905, nahm sein Onkel Max, ein angesehener Jurist, die Vaterstelle ein. Im Verein mit seiner Schwester, Kurts Mutter, setzte er den Fünfzehnjährigen an gemeinsam verbrachten Sonntagen dann einem bürgerlichen Familienle-

ben aus, wie es im damaligen Berlin auch in jüdischen Kreisen üblich, aber für den jungen Tucholsky unerträglich war. Die Erinnerung daran lieferte ihm Stoff für bittere Satiren. Bei der Mutter stieß Tucholsky auf umso mehr Unverständnis, je deutlicher er sich zu *dem* Oppositionellen entwickelte, zunächst nur in Bezug auf das Militär, die Justiz, die Beamtenschaft.

Das Bild dieser Mutter, die im KZ Theresienstadt starb, ist in die Forschung unterbelichtet und in sich widersprüchlich eingegangen. Soweit sich von einem Muttererbe sprechen lässt, scheint es bei Tucholsky die Unstetheit seiner Lebensführung zu sein, in weitestem Sinne interpretierbar, während er seine ihm allseits nachgerühmte Liebenswürdigkeit eher dem Vater zu verdanken haben dürfte.

Die Tatsache aber, dass er einem jüdischen Familienclan der oberen Mittelklasse entstammte, prägte sein Selbstverständnis und sein Schreiben wie nichts anderes. Auch dafür ist sein berühmter letzter politischer Brief, vier Tage vor dem Abschiedsbrief an Mary an Arnold Zweig gerichtet, ein Beweisstück erster Ordnung. Darin lässt Tucholsky sich über seine Stellung zum Judentum (und auch zur linken Emigration) ausführlicher und grundsätzlicher, auch schonungsloser, aus als je zuvor:

Es ist nicht wahr, dass die Deutschen verjudet sind. Die deutschen Juden sind verbocht.(...) Hätten Sie dem Durchschnittsjuden im Jahre 1933 gesagt, er würde Deutschland unter Bedingungen verlassen, wie sie ihm das Jahr 1935 ff. bietet, er hätte Sie ausgelacht. Ich kann doch nicht weggehn! Und dann, wie ein Spieler: Ich bin doch im Verlust! Was meinen Sie – mein Geschäft! (...) Und jetzt schleichen sie heraus, trübe, verprügelt, beschissen bis über die Ohren, pleite, des Geldes beraubt und ohne Würde. (...) Wer die Freiheit nicht im Blut hat, wer nicht fühlt, was das ist: Freiheit – der wird sie nie erringen. Wer das Ghetto als etwas von vornherein gegebenes akzeptiert, der wird ewig darin verbleiben.

Und hier und nur hier steckt das Versagen der gesamten deutschen Emigration, aus der ich keine Judenfrage machen möchte – hier ist ihre Schuld, ihre Erbärmlichkeit, ihre Jämmerlichkeit.(...) Ich klage die Gesinnung der Juden an, und viel weiter gehend, die Gesinnung der sog. ‚deutschen Linken‘, und hier darf das Wort nebbich angewandt werden. Man hat eine Niederlage erlitten. Man ist so verprügelt worden, wie seit langer Zeit keine Partei, die alle Trümpe in der Hand hatte.

*Was ist nun zu tun? Nun ist mit eiserner Energie
Selbststeinkehr am Platze.(...) Nun muss
– ich auch! ich auch! – gesagt werden: Das haben
wir falsch gemacht, und das und das – und hier
haben wir versagt. Und nicht nur die anderen
haben (...), sondern: wir alle haben!*¹¹

Die hier zitierten Stellen zeigen, wie Tucholsky Selbsteinkehr zur Selbstkritik werden lässt, zu einer Selbstanklage auf der Grundlage eines Schuldbekenntnisses, aus dem er aber im selben Atemzug einen Rechtfertigungsakt macht. Tucholsky darf so argumentieren, denn so hat er empfunden; ob er diesen Brief so geschrieben hätte, wäre er nicht bereits entschlossen gewesen, seinem Leben ein Ende zu setzen, steht dahin. Dass die unglückselige Veröffentlichung dieses Briefes nach seinem Tode den Nazis weiteren Vorwand bot, Tucholsky als Inkarnation des jüdischen Selbsthasses und als Antisemiten zu verleumden, verwundert nicht; dass aber auch Gershom Scholem noch 1966 Tucholsky so einschätzte und seine Bücher jahrzehntelang in Israel nicht gedruckt wurden, ist tragisch. „Ich habe es begriffen“, so schrieb Tucholsky in diesem Brief weiter, „und von da ab bin ich immer stiller geworden“. Dann folgt dieses zutiefst ernüchterte Bekenntnis:

*Mein Leben ist mir zu kostbar, mich unter einen
Apfelbaum zu stellen und ihn zu bitten, Birnen
zu produzieren (...). Ich nicht mehr. Ich habe mit
diesem Land, dessen Sprache ich so wenig wie
möglich spreche, nichts mehr zu schaffen.*

Könnte aus diesem Tucholsky ein Denkmal gemacht werden? Bis zum heutigen Tag sind jene Deutschen rar, die nicht mit der kleinen Minderheit die große Mehrheit aller Deutschen entschuldigen wollen. Ist Tucholsky in den vierzig Jahren der ehemaligen Bundesrepublik zu erstaunlichem Nachruhm und zu einer erneuten Öffentlichkeit gekommen als Alibi dafür, es habe doch auch ein „anderes“, d. h. ein besseres Deutschland zwischen den Kriegen gegeben, so ist er nach 1989 aus dieser Vergangenheit auferstanden und aktuell geworden. Aus: Er hat ja so recht gehabt! wird: Er hat ja so recht! Wir sind

¹¹ Kurt Tucholsky: *Gesamtausgabe Texte und Briefe*. Reinbek: Rowohlt 1997, Bd. 21, S. 470-478.

¹² Irmgard Ackermann: *Tucholskys Blick auf 1990. Gedanken zu Tucholskys 100. Geburtstag*. In Ackermann/Hübner, *Tucholsky heute*, S. 114.

wieder seine Adressaten, wir – das meint nach wie vor jene kleine Minderheit. Aber auch sie ist Teil der Öffentlichkeit.

Die Breite der Tucholsky-Rezeption ist ablesbar an Auflagenzahlen der verschiedenen Ausgaben seiner Veröffentlichungen. Da lohnt es schon, genauer hinzuschauen, was von ihm verkauft wird in den Buchhandlungen. Er wird offensichtlich nicht als Klassiker gelesen, „sondern als ein Autor, der die gleiche Sprache spricht wie der Leser oder Hörer der Gegenwart. Er wird kaum in der Literaturwissenschaft zitiert, aber umso mehr im Feuilleton und Kabarett. (...) Aber nicht nur wegen seiner unbestrittenen Formulierungskunst überlebte Tucholsky, (...) interessan-

Die Breite der Tucholsky-Rezeption ist ablesbar an Auflagenzahlen der verschiedenen Ausgaben seiner Veröffentlichungen.

terweise ist es auch gerade der von ihm als besonders vergänglichkeitsanfällig angesehene Humor, der sich bei ihm als langelig erweist“.¹²

Das ist nicht der Tucholsky, der es ablehnte, unter dem Apfelbaum zu sitzen und ihn zu bitten, Birnen hervorzubringen. Nicht der Tucholsky, der 1932 achtzehn Begründungen aufzählte: „Worauf man in Europa stolz ist“. Darunter diese: „Kein Deutscher zu sein“. Zuletzt lässt er „einen deutschen Mann“ sagen: „Ich bin stolz darauf, Jude zu sein. Wenn ich nicht stolz bin, bin ich auch Jude – da bin ich schon lieber gleich stolz“.¹³

Tucholskys Name, mit „i“ geschrieben, stand auf der ersten Ausbürgerungsliste, am 10. Mai 1933 wurden auch seine Bücher in Berlin und dann in ganz Deutschland verbrannt. Da hatte er bereits in Hindas, bei Göteborg, eine Villa gemietet, in die er am 10. Oktober 1933 endgültig einzieht – von kurzen Reisen abgesehen – und in der er am 21. Dezember 1935 vergiftet aufgefunden wird. In Schweden ist er nicht nur ein „aufgehörter Schriftsteller“, sondern auch ein „aufgehörter Deutscher“, der aber doch mit unerloschenem Interesse Bücher und Zeitungen verschlingt und – trotz alledem – nach neuen philosophisch-politischen Perspektiven sucht.¹⁴ Das bezeugt sein umfangreicher Briefwechsel jener Jahre. Sein schriftstellerisches Verstummen Resignation zu nennen, wird ihm nicht gerecht. Es macht viel-

¹³ Tucholsky, *Gesammelte Werke*, Bd. 10, S. 115 f.

¹⁴ vgl. Beate Porombka: *Verspäteter Aufklärer oder Pionier einer neuen Aufklärung? Kurt Tucholsky (1918-1935)*. Frankfurt 1990.

mehr aus seiner Ungreifbarkeit zwischen „Rheinsberg“ und der *Weltbühne* die Realität des politischen Kämpfers.

Als der Kampf verloren war, war er selbst verloren. Da gab es kein Ausweichen mehr in Satire oder lyrische Gedichte. Sein Talent und die

Ansprüche, die er an die soziale Inszenierung seines Privatlebens gestellt hatte, vom Wohlstand präformiert, in dem er aufgewachsen war, hatten ihn für viele, und für manche noch heute, zu einer proteusartigen Gestalt gemacht, aber diese letzten Jahre seines Lebens verleihen ihm Eindeutigkeit.

Susanna BÖHME-KUBY

Geb. bei Hamburg, lebt seit über 30 Jahren in Italien und lehrt Deutsche Literatur an den Universitäten Udine und Venedig. Veröffentlichungen zur Pressegeschichte: *Das Neueste aus Paris. Deutsche Presseberichte 1789-1795*, Knesebeck und Schuler, München, 1989, die Monographie: *Non più, non ancora. Kurt Tucholsky e la Repubblica di Weimar, il melangolo*, Genova 2003, sowie Aufsätze über E.E. Kisch, K. Tucholsky, *Die Weltbühne 1946-1949* und zur Publizistik der deutschen „Wiedervereinigung“ (1980-2000). Mitarbeit an Zeitschriften in Italien und Deutschland, im Vorstand der Kurt-Tucholsky-Gesellschaft, Berlin.

Remigration und Wiedereingliederung ab 1933/34 bzw. 1938 emigrierter und nach 1945 nach Österreich zurückgekehrter jüdischer Journalistinnen und Journalisten

Ein Werkstattbericht

Christiane Pernold

Allgemeine Erläuterung der Situation

Es ist davon auszugehen, dass sich viele jüdische Journalistinnen und Journalisten im Exil eine neue Existenz aufbauten, bzw. aufbauen mussten, um überleben zu können. Der Entschluss zur Rückkehr brachte Probleme mit sich; „Die Rückkehr über die Grenze aktivierte erneut das traumatische Erlebnis, die erlittene Spaltung. Psychisch erwies sich die Rückkehr oft als ein ebenso schwieriger Prozess wie die Emigration.“¹ Jene jüdischen Journalistinnen und Journalisten, die sowohl vor 1938 als auch im Jahr 1938 und folgend ins Exil gingen, kehrten nach 1945 in ein inzwischen fremdes Land zurück. Gewiss war die Entscheidung zur Rückkehr von vielerlei Faktoren abhängig, die schwierigste Entscheidung allerdings lag bestimmt darin, ob die vor vielen Jahren im Exilland neu geschaffene Existenz zu Gunsten des Heimatlandes nun wieder aufgegeben werden sollte. Eine weitere Rolle spielte der Umstand, dass die Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft mit der Überwindung von bürokratischen Hindernissen verbunden war.

Zu einem zentralen Problem der Remigration wurde, dass sich viele Exilierte trotz der Rückkehr weiterhin als Außenstehende, nicht Zugehörige fühlten. Sehr häufig waren vor allem links orientierte Journalistinnen und Journalisten von damals auch aktive Parteimitglieder und schrieben für Parteiblätter; auch waren sie meist nicht nur für eine Zeitschrift tätig, sondern für mehrere (wie z.B. Karl Sailer für die *Arbeiter-Zeitung* und für das *Kleine Blatt*; Klara Mautner für die

Arbeiter-Zeitung und die *Neue Freie Presse* usw.). Im Folgenden sollen sowohl wesentliche Grundgedanken dieses Diplomarbeitprojektes skizziert, als auch bereits auf einige Teilergebnisse hingewiesen werden.²

Problemstellung und Konzeption

Die Intention, die Problematik der Remigration jüdischer Journalistinnen und Journalisten nach 1945 in der Diplomarbeit aufzugreifen, liegt darin begründet, einen Beitrag für die Exilforschung zu leisten, denn gerade im Bereich der Remigration liegt noch vieles im Dunkeln; insbesondere wird m.E. die Publizistik- und Kommunikationswissenschaft in den nächsten Jahren noch einiges aufzuarbeiten haben.

„Die Darstellung der Remigration österreichischer Hitlerflüchtlinge ist in Österreich über Ansätze nicht hinausgekommen.“³ Es geht hier nicht darum, Kritik an der Forschung zu üben, sondern ganz im Gegenteil um die Notwendigkeit, neue Gedanken aufzuwerfen und auch darum, die Beschäftigung mit dem Thema der Remigration im Bereich des Journalismus anzuregen.

Anders gesagt: Es geht um das *Bewusstwerden*, dass die Rückkehr aus dem Exil stets eine eigenständige Entscheidung zu einer weiteren Migration in eine zumeist fremd gewordene ehemalige Heimat war. Es sollte dabei aber auch nicht vergessen werden, dass dem Großteil des betroffenen Personenkreises ihr selbstverständliches Heimatgefühl abhanden gekommen war. Sie fühlten sich entweder in mehreren Ländern oder aber nirgendwo zu Hause. Hans Habe (d.i. János Békes-

¹ Marita Krauss: *Heimkehr in ein fremdes Land. Geschichte der Remigration nach 1945*. München 2001, S. 28.

² Die Arbeit wird am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien von

Fritz Hausjell betreut.

³ Wolfgang Neugebauer/Siegwald Ganglmair: *Remigration*. In: Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (Hg.): *Jahrbuch 2003*. Wien 2003, S. 97.

sy, der Sohn des Imré Békessy) formuliert diesen Umstand treffend, dennoch nicht ganz ohne Melancholie:

*Weil die Emigranten von gestern nirgends zu Hause sind [...], sind sie überall zu Hause, wer keine Heimat hat, dessen Heimat ist die Welt [...]. Die Daheimgebliebenen sind immer noch fremd in London und Rom und New York [...]. Weil er [der Emigrant] nirgends zu Hause ist, kann er von nirgends vertrieben werden. Er reist mit leichtem Gepäck. Er hat kein Heimweh.*⁴

In der Diplomarbeit sollen nicht nur die Biographien der „berühmten Persönlichkeiten“ aufgezeigt werden, sondern vielmehr auch die Lebensläufe der „kleinen Leute“ Berücksichtigung finden, soweit diese nachvollziehbar sind. Eingebettet in die allgemeine Situation der Remigration nach Österreich sollen beispielsweise die Rückholungsmaßnahmen des ehemaligen Wiener Kulturstadtrates Viktor Matejka bezogen auf den Einzelfall dargestellt werden. Die inzwischen von der Geschichtsforschung hinreichend beleuchtete (negative) Haltung der österreichischen Regierung in Fragen der Rückholung von exilierten Journalistinnen und Journalisten wird lediglich der Vollständigkeit halber und eher am Rande erwähnt.

Nicht weniger bedeutsam hingegen scheint es, u.a. Antworten auf solche Fragen zu finden, welche Vorbereitungen für die Rückkehr nach Österreich von den Exilierten getroffen werden mussten, bzw. welche bürokratischen Hürden der Einzelne bei der Heimkehr zu überwinden hatte.

In die Studie einbezogen werden aber auch jene Heimkehrer, die zwar (nach) 1945 nach Österreich zurückkehrten (um z.B. etwaige Preise in Empfang zu nehmen), jedoch zu einem späteren Zeitpunkt das Land wieder verließen (z.B. Alfred Polgar, Hans Habe, Erich Fried, Georg Stefan Troller, Alfred Geiring u.a.).

Begriff der Remigration

Bevor jedoch auf Details eingegangen wird, soll kurz der Begriff der „Remigration“ defi-

niert werden: Unter „Remigration“ soll in der Arbeit der gesamte Vorgang der Rückkehr, unabhängig von den Intentionen des Handelnden verstanden werden.⁵

Begriff Journalist

Die Zuordnung zur Berufsgruppe „Journalist“ erfolgt unabhängig von der Frage, ob sich die betroffene Person selbst als Journalist bezeichnet hat. Noch nicht entschieden ist, ob auch jene Personen, die im Exil geboren wurden und nach ihrer Rückkehr in Österreich den Beruf des Journalisten ergriffen haben, in der Analyse berücksichtigt werden. Ganz abgesehen davon ist aber die Frage zu klären, welches Verhältnis (haupt- oder nebenberuflich) die journalistische Tätigkeit meint, egal zu welchem Zeitpunkt.

Forschungsleitende Fragen

1. Was bedeutete die Rückkehr in ein inzwischen fremd gewordenes Land für den Einzelnen? Bedeutete die Rückkehr dieselben Belastungen wie der Schritt zur Emigration?
2. Welche Bedeutung hatte das Exil als erzwungene Lern- und Lehrzeit für die Rückkehrer?
3. War die Remigration im Vergleich zur Emigration ein Massenphänomen?
4. Welche Erfahrungen wurden auf dem Weg ins Exil bzw. auf dem Rückweg gemacht? Wurde die Erfahrung des (neuerlichen) Grenzübertrittes zu einem Wendepunkt in der Lebensgeschichte?
5. Wann, warum und auf welchem Weg erfolgte die Rückkehr nach Österreich? Gab es so etwas wie „persönliche Rückrufe“ zur Heimkehr? Wenn ja, von wem?
6. Wie gingen die jüdischen Journalistinnen und Journalisten mit der österreichischen Bürokratie in Fragen der Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft, Entschädigung, Rückerstattung und Wiedergutmachung um?
7. Erhielten die Betroffenen ihr entzogenes Vermögen zurück?
8. Konnten die jüdischen Journalistinnen und Journalisten nach ihrer Rückkehr ihren ursprünglichen Beruf wieder ausüben?
9. Konnten die Betroffenen wieder in die Gesellschaft, in das öffentliche Leben integriert wer-

⁴ Hans Habe: *Erfahrungen*. München 1977, S. 233.

⁵ Andreas Schätzke: *Rückkehr aus dem Exil. Bildende*

Künstler und Architekten in der SBZ und frühen DDR. Berlin 1999, S. 16.

den? Fanden sich die Rückkehrer zurecht? Wie stand es um die Bereitschaft österreichischer Eliten, sie willkommen zu heißen und zu integrieren?

10. Welche Kontakte besaßen Remigranten untereinander und wie gestaltete sich das Verhältnis gegenüber jenen Kollegen, die während des Nationalsozialismus in Österreich geblieben waren?

Die Bearbeitung des umfangreichen Themas wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen, doch auch dann von einem „Abschluss“ des Themas zu sprechen, wäre verfrüht, denn „abgeschlossen“ – in der Bedeutung des Wortes selbst – kann dieses Thema noch lange nicht sein. Die Studie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit; es versteht sich, dass manches offen bleiben wird. Sie kann also nur ein weiterer Baustein für die Beschäftigung mit dem Thema der Remigration sein.

Methodische Vorgangsweise

Die Studie wird in weiten Teilen überwiegend kollektivbiographisch angeordnet sein und versuchen, dem einmaligen Charakter individueller Lebensläufe gerecht zu werden. Die Untersuchung widmet sich vorwiegend den Lebensgeschichten, gestützt auf ein chronologisches Gerüst, das sich an den Zeitpunkten der Rückkehr orientiert. Daran soll der Versuch anschließen, allgemeinere Grunderscheinungen dieses Bereiches der Remigration zu benennen, wobei einzelne Fragestellungen im Detail ausgeführt werden.

Konkret bedeutet dies

- Erfassung der biographischen Lebens-, Exil- und Rückkehrdaten der emigrierten und nach 1945 nach Österreich zurückgekehrten Journalistinnen und Journalisten anhand von biographischen Lexika, Literatur, vorhandenen Diplomarbeiten, Dissertationen etc.
- Recherchen in einschlägigen Archiven, vor allem im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW)
- Durchsicht von Briefen, Nachlässen, Auf-

zeichnungen, Tagebüchern und sonstigen Dokumenten der betroffenen Personen (u.a. Handschriftensammlung der Österreichischen Nationalbibliothek)

- Aktenstudium im Archiv der Republik (AdR)
- Recherchen im Archiv des Nationalfonds der Republik Österreich (hinsichtlich der Rückstellung entzogener Vermögen)
- Bemühungen, noch lebende Personen, bzw. deren Nachkommen, Bekannte und Verwandte ausfindig zu machen, um Interviews zu führen. Die diesbezüglichen Recherchen gestalten sich allerdings dadurch schwierig, als viele der zu beschreibenden Remigrantinnen und Remigranten heute nicht mehr leben.

Aus dem „Handbuch österreichischer Autorinnen und Autoren jüdischer Herkunft 18. bis 20. Jahrhundert“⁶ konnten 133 Biographien der nach 1945 nach Österreich zurückgekehrten jüdischen Journalistinnen und Journalisten⁷ erkannt und erfasst werden. Um den Mängeln⁸ des Berufsregisters nicht zu erliegen, wurden sämtliche Biographien von A bis Z durchgesehen, um alle Journalistinnen und Journalisten zu erfassen. Daneben wurde als Quelle auch das „Biographische Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933“⁹ verwendet.

Zur Frage der Remigration

In Österreich war die Rückholung und Wiedereingliederung von vertriebenen Journalistinnen und Journalisten nach 1945 kein Thema. Es herrschte jedoch im Bereich der Presse ein Mangel an Fachkräften.

Albert Sternfeld (sein Weg der Remigration wird in der Studie ebenfalls aufgezeigt) kritisiert:

Wenn es nach dem Krieg verschiedentlich hieß, man müsse alte Nazis, auch wenn sie in der deutschen Kriegsindustrie in Führungspositionen gewesen waren, wieder einsetzen, denn 'wir haben doch keine Fachleute', vergaß oder verdrängte man, [...], daß gerade die Vertriebenen

⁶ *Handbuch österreichischer Autorinnen und Autoren jüdischer Herkunft 18. bis 20. Jahrhundert.* Herausgegeben von der Österreichischen Nationalbibliothek. Redaktion: Susanne Blumesberger, Michael Doppelhofer u. Gabriele Mauthe. 3 Bände. München: Saur 2002, 1.818 Seiten.

⁷ Diese Zahl kann sich im Laufe der weiteren Untersuchungen noch ändern.

⁸ Siehe hierzu auch die ausführliche Rezension von Fritz Hausjell in: *Medien & Zeit*, Heft 3/2003, S. 45-48.

⁹ Werner Röder/Herbert A. Strauss (Hg.): *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933*, Bd.1: *Politik, Wirtschaft, öffentliches Leben*. München, New York, London u.a. 1980 sowie Werner Röder/Herbert A. Strauss (Hg.): *International Biographical Dictionary of Central European Emigrés 1933-1945. The Art, Sciences and Literature*. Volume II, Part 1: A-K, Part 2: L-Z, Part 3: Index. München, New York, London u.a. 1983.

mit ihren neuen Erfahrungen einen wichtigen Beitrag zum Wiederaufbau Österreichs hätten leisten können – wenn man sie eingeladen und eingesetzt hätte.¹⁰

Zur Frage der Rückkehr und des Neuanfanges schrieb Hans Habe: „Keinem war die Rückkehr verwehrt. Einige waren zu stolz, um zurückzukehren, einige waren zu alt, einige hatten Kinder, einige waren Kinder, als man sie ins Exil gebracht hatte.“¹¹ Otto Leichter schreibt am 22. August 1946 aus New York an Rosa Jochmann:

Ich habe einen Brief des Genossen Schärf an Ellenbogen gelesen, in dem zwei Gedanken sehr deutlich zum Ausdruck gebracht werden: Juden können selbstverständlich nach Österreich zurückkommen; sie werden sich durchaus unwohl fühlen, weil sie ganz andere Verhältnisse antreffen werden. Aber Nicht-Juden, die weggegangen sind – so fügt Genosse Schärf ausdrücklich hinzu – mit denen sind wir fertig. Das ist nicht nur eine umgekehrte Rassen-theorie, sondern die Ablehnung der politischen Emigration – wohl ein einzigartiger Fall.¹²

Otto Leichter war 1938 mit seiner Ehefrau Käthe über Brüssel nach Paris geflohen und weiters 1940 über Südfrankreich in die USA. Käthe Leichter wurde verhaftet, der Gestapo übergeben und in das Konzentrationslager Ravensbrück überstellt, wo sie am 17.3.1942 verstarb. Otto Leichter kehrte im Jahr 1946 nach Österreich zurück, war bis 1948 Mitarbeiter der Arbeiterkammer Wien und Redakteur der Zeitschrift *Arbeit und Wirtschaft*.¹³ Der enttäuscht nach New York zurückgekehrte Otto Leichter sagte: „Ich passe in die Partei, wie sie sich nach 1945 entwickelt hat, nicht mehr hinein. Daher werde ich als Emigrant sterben.“¹⁴ Leichter wurde in New York Korrespondent der *Arbeiter-Zeitung* und anderer Tageszeitungen. Im Jahr 1970 erhielt

er den Publizistik-Preis der Stadt Wien; 1972 das Große Bundesverdienstkreuz.¹⁵

Der erste Einzelfall, für den eine Ausnahmeregelung vom allgemeinen Rückreiseverbot galt, war der ehemalige Chefredakteur der *Arbeiter-Zeitung*, Oscar Pollak. Pollak sollte das Foreign Office über die Regierung Renner informieren und wurde auf Wunsch der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ) Mitte September 1945 nach Wien geschickt, um erneut die Leitung der *Arbeiter-Zeitung* zu übernehmen. Als bald folgten weitere Sozialdemokraten nach.¹⁶

Die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) strengte die Rückholung ihrer führenden Persönlichkeiten an. Zu einem Zeitpunkt, als die USA und Großbritannien in ihren Besatzungszonen noch ein allgemeines Rückreiseverbot ausgesprochen hatten, gelang den österreichischen Kommunisten unter Mithilfe der sowjetischen Besatzungsmacht die Einreise.

Jenö Kostmann berichtet über seine Wiederkehr nach Kriegsende:

Ich erhielt alsbald eine Einladung des Chefredakteurs Erwin Zucker-Schilling vom neuen Zentralorgan der KPÖ, Volksstimme, zurückzukehren und eine leitende Funktion zu übernehmen. Dazu aber brauchte ich eine Ausreiseerlaubnis aus England und die Einreiseerlaubnis der britischen Besatzungsmacht in Österreich. [...] Da hörte ich, dass der Chefredakteur der Arbeiterzeitung, Oscar Pollak, bereits in Wien sei. Das war etwa Mitte September 1945. Ich bemühte mich natürlich ebenfalls um die Heimkehr, wurde aber zwischen Home Office und War Office hin und bergeschickt. [...] ich erhielt die Möglichkeit und bekam auch die Ausreiseerlaubnis, freilich mit der Verpflichtung, wieder zurückzukommen. Ich hatte keine Wohnung und stand völlig mittellos da, doch konnte ich gleich meine Tätigkeit in der kurz zuvor zugelassenen Volksstimme aufnehmen. [...] Meine Gattin konnte mit unserem Sohn erst ein Jahr später die Heimreise nach Österreich antreten. Ein hoffnungsvoller, neuer Lebensabschnitt hatte für mich begonnen.¹⁷

„Ich passe in die Partei, wie sie sich nach 1945 entwickelt hat, nicht mehr hinein. Daher werde ich als Emigrant sterben.“

¹⁰ Albert Sternfeld: *Betrifft: Österreich. Von Österreich betroffen*. Wien 1990, S. 75f; zit.n. Maria Reumann: *Der Filmkritiker Hans Winge. Eine biographische Studie zu Remigration im Bereich des Journalismus während der Besatzungszeit in Österreich*. Wien, Diplomarbeit 1991, S. 17.
¹¹ Habe, *Erfahrungen*, S. 232.
¹² Neugebauer/Ganglmair, *Remigration*, S. 101.

¹³ *Handbuch österreichischer Autorinnen und Autoren jüdischer Herkunft*, S. 805.
¹⁴ Neugebauer/Ganglmair, *Remigration*, S. 101.
¹⁵ *Handbuch österreichischer Autorinnen und Autoren jüdischer Herkunft*, S. 805f.
¹⁶ Neugebauer/Ganglmair, *Remigration*, S. 99.
¹⁷ Jenö Kostmann: *Zeitzeuge*. In: Friedrich Stadler (Hg.): *Vertriebene Vernunft II. Emigration und Exil österreichischer Wissenschaft*. Wien, München 1988, S. 841f.

Einige Teilergebnisse

Die bisherigen Recherchen haben ergeben, dass von 133 Journalistinnen und Journalisten bereits im Jahr 1945 einige Personen nach Österreich zurückkehrten, wobei hier noch nicht darauf eingegangen wird, ob diese nach ihrer Rückkehr wieder im Journalismus tätig geworden sind. Die biographischen Daten wurden einerseits dem „Handbuch österreichischer Autorinnen und Autoren jüdischer Herkunft“ und andererseits dem „Biographischen Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933“ entnommen. Es liegt in der Natur kollektivbiographischer Studien, dass es sich zum Teil auch um unsichere Daten handelt. Das „Handbuch österreichischer Autorinnen und Autoren jüdischer Herkunft“ kann ebenso wie das „Biographische Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933“ zweifelsohne Fehler aufweisen:

- CZERNETZ KARL (PSEUD. KONSTANTIN, THOMAS)
- DEUTSCH HANS (DEUTSCH-RENNER)
- FLEISCHNER WALTER
- GEIRINGER ALFRED
- GOTTLIEB ALEXANDER
- HUPPERT HUGO
- KOPLINIG HILDE (GEB. HILDE OPPENHEIM, HILDE KOPLINIG-OPPENHEIM)
- KOSTMANN JENÖ
- LAST SIEGMUND (PSEUD. U.SILA)
- LEHR ANTONIE (PSEUD. EDITH, ANNETTE LEFÉVRE)
- MAREK FRANZ (URSPRÜNGLICH FRANZ FEUERLICHT, KARL ROHRER, LEO, CLAUDE, MARCEL)
- MARGULIES FRED
- NITSCHKE ROLAND (URSPRÜNGLICH ROLAND KARL FREUND)
- POLLAK MARIANNE (GEBORENE SPRINGER)
- POLLAK OSCAR
- PRAGER THEODOR (TEDDY)
- REISCHER ALFRED
- ROSENZWEIG WILHELM (PSEUD. ROWI)
- SCHIFFER KARL
- SCHOLZ WILLI
- SCHÖNWIESE ERNST
- SELIGER KURT (PSEUD. HANS CONRAD)
- SICHROVSKY HARRY
- STEINER HERBERT
- STEINER PAUL
- STERN MAX (PSEUD. OTTO GLASER)
- WANDER FRED
- WEIGEL HANS (PSEUD. SVEN LINDBOURG,

JULIUS WEIGEL, JULIUS HANSEN, HERMANN KIND)

- WEST FRANZ (DECKNAME THALER; BIS 1938 WEINTRAUB)
- ZUCKER-SCHILLING ERWIN (PSEUD. ANTON WIENER, FRANZ SCHILLING, F. SCHNEIDER, HUGO WIENER, ERWIN ZUCKER)

1946 kehrten nach Österreich zurück:

- ACHT PETER (URSPR. OSKAR MAURICY)
- AUSCH KARL (DECKNAME PELZ)
- DEUTSCH JULIUS
- FREI BRUNO (EIGENTLICH BRUNO FREISTADT, BENEDIKT FREISTADT; PSEUD. KARL FRANZ)
- FUCHS ALBERT
- GOLDSCHMIDT HANS EBERHARD (PSEUD. HANS FISCHHOF)
- HANNAK JAQUES (PSEUD. JOHANN JAKOB HANNAK, H.SCH., LOISL SCHACKERL)
- HORNIK-STRÖHMER ANNA
- JORDAN FRED (URSPR. FRED ROTBLATT)
- LEICHTER OTTO
- LUSTMANN ELIAS (AUCH ELEK LUSTMANN)
- MAREINER HILDE (VEREHEL. HILDE NÜRENBERGER)
- MARGULIES PAULA
- MOLDEN ERNST
- PRAWY MARCEL (PSEUD. MARCELL FRYDMANN RITTER VON PRAWY)
- PRIESTER EVA (GEB. EVA FEINSTEIN; EVA HORNIK)
- ROSENSTRAUCH EDITH (AUCH ERICH KÖNIG, GEB. EDITH KÖNIGSBERG)
- SACHER-MASOCH ALEXANDER VON
- SAILER KARL HEINZ
- SPIEL HILDE (VEREHEL. DE MENDELSSOHN; VEREHEL. FLESCH-BRUNNINGEN)
- STEINER WILHELM VIKTOR (PSEUD. THOMAS, AUSTRIACUS)
- TOCH JOSEF
- VERKAUF WILLY (PSEUD. ANDRÉ VERLON, WILLY VERKAUF-VERLON)
- WANTOCH SUSANNE
- WEBER HARRY
- WEST ARTHUR (URSPR. ARTHUR ROSENTHAL, PSEUD. WALTER NORDEN)
- WINTERBERG HANS

1947 kamen folgende Journalistinnen und Journalisten nach Österreich zurück:

- BLAUKOPF KURT (PSEUD. H.E. WIND)
- FRISCHAUF MARIE (PSEUD. MITZI, GEB. PAPPENHEIM, MARIA HEIM, MARIA FRISCHAUF-PAPPENHEIM)

- FUCHS MARTIN
- FURTMÜLLER CARL (PSEUD. KARL SCHRATT, KARL MOLITOR)
- GRÜNDORFER WILHELM (PSEUD. WILLIAM GREEN, HANS WOLFGANG)
- GRÜNWALD LEOPOLD (PSEUD. JAN KUBAL)
- KRANZ MARIO (URSPR. MAXIMILIAN KRANZ)
- KURZ OSKAR
- LÖWY ADOLF (PSEUD. GEORG LÖWY, GEORG LENZ, G.L., G.A. LÖWY)
- MAGAZINER ALFRED
- MONTESER THEODOR
- TAUSIG FRANZISKA (GEB. FRANZISKA GATTNER)

1948 waren folgende Heimkehrer zu verzeichnen:

- BARAZON HEINZ (URSPR. HEINRICH KOHN)
- BRONNER GERHARD
- CARWIN HEINZ (URSPR. HEINZ KARPELES, PSEUD. KARLHEINZ ESPE)
- COLVER MARCO
- HAKEL HERMANN
- JENSEN FRITZ (URSPR. FRIEDRICH ALBERT JERUSALEM)
- LAKENBACHER ERNST (PSEUD. ERNST BACHER, BACHER, ERNST)
- REITLINGER FRIEDRICH FRANZ LUDWIG
- STERN JOSEF LUITPOLD (PSEUD. JOSEF LUITPOLD)
- WITTNER VICTOR (PSEUD. VIVO)

1949 kehrten heim:

- ALLINA HEINRICH
- EPLER ERNST
- ERMERS MAX (MAXIMILIAN ROSENTHAL)
- HOFMANN MARTHA (PSEUD. MELITTA HOLL)
- KALMER JOSEPH (BIS 1947 JOSEPH KALMUS)
- KATZ LEO (PSEUD. JOEL AMES, FRANZ WICH, LEO WEISS, MAUS)
- MAUTNER KLARA (VEREHEL. KLARA MANNHEIM)
- POLGAR ALFRED (EIGENTLICH ALFRED POLAK, PSEUD. ALFRED POLLAK, ARCHIBALD DOUGLAS, ALFRED POLLACK)
- REICH HANNS LEO
- TROLLER GEORG STEFAN
- VIERTEL BERTHOLD (PSEUD. EUROPÄENSIS, PAROLLES)

- WECHSBERG JOSEPH

Aus der folgenden Übersicht ergibt sich, dass zwischen 1950 und 1960 (und folgend) lediglich ein kleiner Personenkreis zurückkam:

1950

- FREUNDLICH ELISABETH (PSEUD. ELISABETH LANZER)

1951

- MARKSTEIN HEINZ
- PFEIFER KARL (PSEUD. PETER KOROLY, ELI)
- TORBERG FRIEDRICH (FRIEDRICH KANTOR-BERG; FRIEDRICH EPHRAIM KANTOR)

1953

- FISCHER ALFRED JOACHIM
- JACOB HEINRICH EDUARD (PSEUD.: HENRY EDWARD JACOB, ERIC JENS PETERSEN)
- SCHIFF LISE
- UNGER IMMANUEL

1954

- HABE HANS¹⁸ (JANOS JEAN BEKESSY, PSEUD. ANTONIO CORTE, JOHN RICHLER, HANS WOLFGANG, FRANK RICHARD, FREDERICK GERT)
- SCHEU FRIEDRICH

1955

- FRISCHAUER PAUL

1956

- CHARIM ALEXANDER (URSPR. ALEXANDER HOROWITZ)

1958

- FLESCHE-BRUNNINGEN HANS (PSEUD. VINCENT BRUN, JOHANNES EVANGELISTA, LUITPOLD VINZENZ EDLER VON BRUNNINGER FLESCHE)
- MEYSELS LUCIAN

1959

- MEYSELS THEODOR (AUCH MEISELS)

¹⁸ Das Rückkehrdatum von Hans Habe wurde im *Handbuch der österreichischen Autorinnen und Autoren jüdischer Herkunft* mit „1953“ angegeben. Hans Habe schreibt in

seiner Lebensgeschichte „Ich stelle mich“, dass er 1954 nach Wien zurückkehrte.

1960 und auch danach:

- BENEDIKT ERNST MARTIN (PSEUD. ERICH MAJOR, ERNST MARLISS, ERNST MARTIN)
- FRIED ERICH
- GRUNWALD HENRY
- KOHN PAUL (PSEUD. PETER ANDERS)
- KULCSAR ILSE (GEB. POLLAK, VEREHEL. BAREA)
- PÓR LEO (PSEUD. LEO BAUER)
- STERNFELD ALBERT

Folgende Journalistinnen und Journalisten sind zwar nach 1945 nach Österreich zurückgekehrt, der Zeitpunkt ihrer Remigration ist jedoch vorerst ungeklärt und bedarf noch weiterer Recherchen:

- HIRSCHFELD LUDWIG (verstorben 4.5.1945 in Österreich)
- SCHEUER GEORG (PSEUD. GEORGES LAGRANGE, LANGER, DR. MATZNER, JAUQUES HUBERT)
- SCHIDROWITZ LEO
- SCHILDER ELISABETH (PSEUD. LUISE ZELLHOF)
- SCHLAMM WILLIAM SIEGMUND (WILLI SCHLAMM)
- SESSLER THOMAS (PSEUD. GABRIEL PETER HANNO ZEIZ, GABRIEL THOMAS, PETER THOMAS)
- SIEGELBERG MARK

Das Verhältnis zwischen den „Daheimgebliebenen“ und den Remigranten

Ihre Eindrücke nach der Rückkehr aus dem Exil im Mai 1950 schildert Elisabeth Freundlich wie folgt:

Zunächst ließen wir uns durch die Stadt treiben, sie war mir völlig fremd geworden. Die Häuser schienen zusammengeschrumpft, ich hatte eben lange zwischen Wolkenkratzern gelebt; so schäbig waren sie, verwahrlost, rauchgeschwärzt, mit hässlichen Narben von Einschüssen abgeblättert

der Verputz. Dazwischen Ruinen, wenn auch nicht jene Trümmerfelder, die wir zuvor in München und Frankfurt gesehen hatten. Schäbig waren die Menschen gekleidet, scheel und misstrauisch ihr Blick, wenn man mit ihnen ins Gespräch zu kommen suchte.[...]. Tatsächlich hat sich die Kluft zwischen den Hiergebliebenen – und damit sind auch solche gemeint, die ein reines Gewissen haben dürfen – und denen, die man davongejagt hat, nie wieder ganz geschlossen. Und dennoch: Wie in einem Lied besungen, schäumte auf dem Heldenplatz der Flieder wie eh und je und wusste nicht, was sich hier zuge tragen hatte; in der Prater-Hauptallee reckten die Kastanien die weißen und roten Kerzen in ihrer ganzen Pracht in die Luft und das alles, wonach ich mich die ganzen Jahre geseht hatte, machte mich wehrlos gegen vieles andere.¹⁹

Alfred Polgar schrieb im Jahr 1949 über die ersten Augenblicke der Begegnung mit Freunden:

Gestorben oder in weite Welt zerstreut sind die Freunde, die vor langer Zeit der Emigrant in der Heimat ließ. Die alten guten Bekannten dort aber sind naturgemäß alte schlechte Bekannte geworden. Wechselseitige Versicherungen des Ein-ander-ganz-unverändert-Findens füllen, mit der Regelmäßigkeit eines Rituals, die ersten Augenblicke der Begegnung.²⁰

Der Heimatbegriff

Georg Stefan Troller (er schrieb u.a. für Axel Corti die Filmtrilogie „Wohin und zurück“) unternahm nach dem Zweiten Weltkrieg den Versuch, nach Österreich zurückzukehren:

Ich habe ja versucht zurückzukehren, hatte aber nicht das Gefühl, dass mich irgendjemand braucht, verlangt, ruft. [...]. Ich erwartete, dass die Bewohner meiner ehemaligen Heimat vom Wiedersehen mit mir so überwältigt sein würden, dass sie mich auf den Knien bitten würden, zu verzeihen und dazubleiben. Nichts dergleichen geschah.²¹

¹⁹ Elisabeth Freundlich: *Die fahrenden Jahre*. Wien 1992, S. 133f.

²⁰ Alfred Polgar: *Notizbuch von einer Europa-Reise (1949)*. In: Wolfgang R. Langenbucher/Fritz Hausjell (Hg.):

Vertriebene Wahrheit. Journalismus aus dem Exil. Wien 1995, S. 365.

²¹ Vgl. *Jüdische Portraits. Fotografien und Interviews von Herlinde Koelbl*. Frankfurt/Main 1989, S. 246.

Er war davon überzeugt, dass es keine Wiederkehr gebe. In der Hoffnung, doch noch Fuß zu fassen, kehrte er im Herbst 1949 nach Wien zurück. „Aber Wien war nicht an mir interessiert.“²²

Troller studierte dann zwei Monate in Wien Theaterwissenschaft und bekam im November 1949 ein amerikanisches Stipendium für die Sorbonne in Paris. „Seitdem bin ich in Paris, ohne dass ich es je als Heimat empfunden hätte.“²³ Er hatte immer den Wunsch nach Integration in den deutschen Kultur- und Sprachraum. Den Begriff der Heimat definiert er so: „Das bisschen Heimat, dass ich brauche, trage ich mit mir herum. So schön es auch ist, nach Wien zurückzukommen – Heimat in dem Sinne, dass man sich ohne Einschränkung zugehörig fühlt, habe ich nicht und brauche ich auch nicht mehr.“²⁴

Ähnlich aber wesentlich härter klingen die Worte Henry Grunwalds: „Ich betrachte Österreich nicht mehr als meine Heimat. Österreich ist der Ort, wo ich durch Zufall oder Schicksal geboren wurde. [...] Meine Heimat ist Amerika.“²⁵

Erich Fried hingegen bezeichnete Österreich als seine Heimat: „Österreich ist ganz eindeutig meine Heimat, und ich werde nie eine andere Heimat haben.“²⁶

Zur Frage der „inneren Emigration“

Zur Diskussion steht auch noch die Frage, ob die bisher in der Literatur knapp beantwortete Frage der „inneren Emigration“ im Journalismus von 1938 bis 1945 auch mitbehandelt wird. Es gab bekanntlich auch Journalisten und Journalistinnen, die nicht emigrierten, oder nicht emigrieren konnten, sondern versteckt bei Freunden in Österreich geblieben sind:

- CHARMATZ RICHARD
- DEUTSCH PAUL
- GELLER ALEXANDER
- HIRSCHMANN MAURICE
- HORN OTTO
- TAUBER ELSA (VEREHEL. ELSA SCHMIDT)
- TAUSSIG JOSEF

²² Ebd.

²³ Ebd.

²⁴ Ebd.

²⁵ Ebd., S. 97.

ROBERT BRUM wurde 1938 ins Arbeitslager Knittelfeld überstellt, wo er mehr als vier Jahre verbrachte. Ab August 1945 konnte er als Sportredakteur beim *Wiener Kurier* seine journalistische Tätigkeit fortsetzen; daneben war er als Sportredakteur für die Österreichische Radioverkehrs-AG (RAVAG) tätig.

Während des Zweiten Weltkrieges war RUDOLF KALMAR im Konzentrationslager Dachau interniert; er konnte ab 1945 im Redaktionsstab der Tageszeitung *Neues Österreich* und ab 1947 seine journalistische Tätigkeit ausüben.

LEOPOLD LANGHAMMER war 1938/39 im Konzentrationslager Buchenwald inhaftiert; nach 1945 war er Mitarbeiter der Tageszeitung *Neues Österreich*.

VINZENZ OSTRY verbrachte ab 1938 dreizehn Monate in politischer Haft im Konzentrationslager Buchenwald; auch er konnte ab 1945 seine journalistische Tätigkeit in der Redaktion der Tageszeitung *Neues Österreich* aufnehmen. Die Zeit zwischen 1939 und 1945 bedarf noch weiterer Recherchen.

PETER RINDL war 1938 bis 1945 im Konzentrationslager Dachau und Buchenwald interniert; wurde ab 1947 Mitarbeiter zahlreicher Zeitungen u.a. *Die Furche*, *Die Freiheit*, *Neues Österreich* und der *Arbeiter-Zeitung*.

Schlussbemerkungen

Im Alter von 43 Jahren schrieb Hans Habe seine Lebensgeschichte „Ich stelle mich“. Zu diesem Zeitpunkt wusste er offensichtlich noch nicht, dass er sechs Jahre später seiner Heimat nochmals den Rücken kehren wird. Sein weiterer Lebensweg führte ihn 1960 in die Schweiz:

Im Frühjahr 1954 unternahm ich das Wagnis, das zu unternehmen ich mich so lange gescheut: ich fuhr nach Wien. Die letzten siebzehn Jahre waren ausgelöscht. Mit einem Dank und einem Gruß an die Fremde – und einem Morgengebet an die Heimat. [...] Ich bin heimgekehrt.²⁷

²⁶ Ebd., S. 69.

²⁷ Hans Habe: *Ich stelle mich. Meine Lebensgeschichte*. Wien, München, Basel 1954, S. 538.

Die unterschiedlichen Formen der Wahrnehmung des Heimkehrens, Aufgenommen-werdens etc. werden für eine größere Gruppe der aus dem Exil zurückgekehrten Journalistinnen und Journalisten in dieser Studie noch beantwortet werden.

Das Journalisten nach 1945 für lange Zeit von verschiedenen Machtgruppen in der Gesellschaft Zugemutete und ABERLANGTE war sicherlich vom faschistischen oder autoritären Geist der Diktaturen stark geprägt, stärker möglicherweise als vom demokratischen Geist derjenigen, die im Widerstand oder im Exil waren. Allerdings setzte sich die Mehrheit der Nachkriegsjournalisten dagegen nicht zur Wehr, da sich vermutlich auch

*deren Berufsbild und Selbstverständnis durch die journalistische Arbeit unter undemokratischen Verhältnissen verändert hatte.*²⁸

Diese kollektivbiographische Studie soll – durchaus kontrastierend zu den Leistungen derjenigen Journalistinnen und Journalisten, die im Land geblieben sind und dem autoritären Regime und dem Nationalsozialismus gedient haben – ermöglichen, künftig den genauen Blick auf jene Journalistinnen und Journalisten zu richten, welche es geschafft haben, nach Österreich zurückzukehren und durch ihre journalistischen Leistungen wesentlich zur Entwicklung des Journalismus in Österreich in den ersten Jahrzehnten der Zweiten Republik beigetragen haben.

Literatur

Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (Hg.): *Jahrbuch 2003*. Wien 2003.

Freundlich, Elisabeth: *Die fahrenden Jahre*. Wien 1992.

Habe, Hans: *Erfahrungen*. München 1977.

Habe, Hans: *Ich stelle mich. Meine Lebensgeschichte*. Wien, München, Basel 1954.

Handbuch österreichischer Autorinnen und Autoren jüdischer Herkunft 18. bis 20. Jahrhundert. hg. von der Österreichischen Nationalbibliothek. München 2002.

Hausjell, Fritz: *Zerstörte journalistische Kritik. Folgen von Austrofaschismus und Nationalsozialismus für den österreichischen Journalismus. Forschungsstand und offene Fragen*. In: *Publizistik*, Heft 3/1993, S. 335-352.

Jüdische Portraits. Photographien und Interviews von Herlinde Koelbl. Frankfurt/Main 1989.

Kostmann, Jenö: *Zeitzeuge*. In: Friedrich Stadler (Hg.): *Vertriebene Vernunft II. Emigration und Exil österreichischer Wissenschaft*. Wien, München 1988. S. 836-842.

Krauss, Marita: *Heimkehr in ein fremdes Land. Geschichte der Remigration nach 1945*. München 2001.

Langenbacher, Wolfgang/Hausjell, Fritz (Hg.): *Vertriebene Wahrheit. Journalismus aus dem Exil*. Wien 1995.

Neugebauer, Wolfgang/Ganglmair, Siegwald: *Remigration*. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): *Jahrbuch 2003*. Wien 2003, S. 96-102.

Polgar, Alfred: *Notizbuch von einer Europa-Reise (1949)*. In: Langenbacher, Wolfgang/Hausjell, Fritz (Hg.): *Vertriebene Wahrheit. Journalismus aus dem Exil*. Wien 1995. S. 364-367.

Reumann, Maria: *Der Filmkritiker Hans Winge. Eine biographische Studie zu Remigration im Bereich des Journalismus während der Besatzungszeit in Österreich*. Wien, Diplomarbeit 1991. >>

²⁸ Fritz Hausjell: *Zerstörte journalistische Kritik. Folgen von Austrofaschismus und Nationalsozialismus für den*

österreichischen Journalismus. Forschungsstand und offene Fragen. In: *Publizistik*, Heft 3/1993, S. 348.

Röder, Werner/Strauss, Herbert A. (Hg.): *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933*, Bd. 1: *Politik, Wirtschaft, öffentliches Leben*. München, New York, London u.a. 1980.

Röder, Werner/Strauss, Herbert A. (Hg.): *International Biographical Dictionary of Central European Émigrés 1933-1945. The Art, Sciences and Literature*. Volume II, Part 1: A-K, Part 2: L-Z,

Part 3: Index. München, New York, London u.a. 1983.

Schätzke, Andreas: *Rückkehr aus dem Exil. Bildende Künstler und Architekten in der SBZ und frühen DDR*. Berlin 1999.

Stadler, Friedrich (Hg.): *Vertriebene Vernunft II. Emigration und Exil österreichischer Wissenschaft*. Wien, München 1988.

Christiane PERNOLD (1962)

Von 1978 bis 1998 in einer Wiener Rechtsanwaltskanzlei als Angestellte tätig; Mai 1995 bis Dezember 1996 Lehrgang „Schriftstellern und Journalismus“ an der Kunstschule Zürich; seit Wintersemester 1999/2000 Studium der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft sowie der Theater-, Film- und Medienwissenschaft an der Universität Wien.

Käthe Leichter – eine Kommunikatorin, die verstummen musste

Agnes Broessler

Wien, den 20.6.1938.
An Dr. Marianne Leichter,
Roßauerlande 7, 1090 Wien.

Liebe, liebe Mummi. Heute habe ich Deine Karte vom 11. bekommen. Ich bin so froh, dass es Dir gut geht. Du brauchst Dir wirklich keine Sorgen um mich zu machen.

Du fragst, ob Franzl ins Freie kommt. Aber das ist nicht so wichtig, weil wir ja zusammen Ausflüge machen. Wegen des Ausreisegesuchs wird alles Nötige veranlaßt, sei ganz unbesorgt und hab' nur Geduld, es geht ja ohnehin alles seinen guten Gang. An Onkel Furrer haben wir uns schon gewendet. Also Du siehst, es wird an nichts vergessen.

Der Franzl und ich vertragen uns sehr gut. Ich kann Dir nicht sagen, wie nett er ist. Wir freuen uns so oft wir beisammen sind.

Viele liebe Grüße von allen und Pussi von Deinem Heinz.

Diese Postkarte wurde von dem damals knapp vierzehnjährigen Heinz Leichter, dem ältesten Sohn von Käthe Leichter, Ende Juni 1938 an seine Mutter in die Untersuchungshaft in der „Liesl“, dem berühmten Gefängnis an der Roßauer Lände, geschickt. Diese Karte und eine Reihe anderer befanden sich in einem Aktenkonvolut an Beweismaterial im Volksgerichtshofprozeß gegen „Frieda Nödl und andere“. Sie wurden in der Zeit zwischen Juni und August 1938, also während der ersten Phase von Käthe Leichter's Untersuchungshaft, verfaßt. Es ist anzunehmen, dass sie „abgefangen“ worden sind und die Adressatin sie nie zu Gesicht bekommen hat.¹ Obwohl sie größtenteils privater Natur sind und

daher das Bild Käthe Leichters in der Forschung nicht gravierend verändern sondern bescheiden ergänzen, haben sie doch Aufmerksamkeit in der Szene der „Käthe-Leichter-Forscher“ erregt.²

Egal ob als Jüdin, Sozialistin oder Frauenpolitikerin – Käthe Leichter war in der Vergangenheit und ist auch in der Gegenwart immer wieder Thema der zeitgeschichtlichen, aber auch der kommunikationshistorischen Forschung.³

Abgesehen von ihren bahnbrechenden wissenschaftlichen Studien im Auftrag der Gewerkschaften und der Arbeiterkammer Wien, die maßgebliche Orientierungsrichtlinien für gewerkschafts- und gesellschaftspolitische Verbesserungen der Ersten sowie teilweise auch in der Zweiten Republik boten, liegt ein wesentlicher Aspekt ihrer auf uns noch heute wirksamen Faszination in ihrer kommunikativen Kompetenz, in ihrem Talent zur Motivation zu Teamarbeit. Gelang es ihr doch in den 20er und 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts ein „Frauennetzwerk“ aufzubauen, dessen Mitgliederzahl nicht nur an die 100 Personen umfasste, sondern in deren Reihen auch frauen- und gesellschaftspolitische Protagonistinnen wie Rosa Jochmann sowie Pionierinnen wissenschaftlicher Arbeit wie Marie Jahoda mitwirkten.

Marianne Katharina Pick wird 1895 als Tochter einer begüterten, jüdisch assimilierten Wiener Familie geboren. 1918 promoviert sie an der Universität Heidelberg in Staatswissenschaften, da an der Wiener Universität der Studienabschluss für Frauen damals noch nicht möglich ist. Von 1919 bis 1925 arbeitet sie dank der Vermittlung von Otto Bauer in der Sozialisierungskommission

¹ Das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW) und der Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung (VGA) bestätigten später, dass diese zufällig gefundenen Dokumente der bisherigen Forschung nicht bekannt waren.

² Eine wichtige Lücke zur Geschichte der Familie Leichter und damit zur Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie schließt die 2003 im Böhlau Verlag erschienene Publikation von Heinrich Berger/Gerhard Botz/Edith Sauer (Hg.): *Otto Leichter: Briefe ohne Antwort. Aufzeichnungen aus dem Pariser Exil für Käthe*

Leichter 1938-1939. Das darin veröffentlichte Brieftagebuch von Otto Leichter an seine Frau wurde von österreichischen Historikern ebenfalls zufällig, und zwar im Moskauer Staatsarchiv, entdeckt.

³ Siehe beispielsweise die 1992 im Verlag Ueberreuter 1992 erschienene und von Wolfgang R. Langenbacher herausgegebene Publikation *Sensationen des Alltags. Meisterwerke des österreichischen Journalismus* sowie Margit Wolfsberger: *Käthe Leichter. Eine Kommunikatorin der Ersten Republik*. Dipl.Ar., Univ. Wien 1996.

mit. 1921 erfolgt die Heirat mit dem späteren Redakteur der sozialistischen *Arbeiter-Zeitung* Otto Leichter. 1924 und 1930 werden ihre beiden Söhne, Heinz (später: Henry) und Franz geboren. Im Juni 1925 beginnt Käthe Leichter mit dem Aufbau eines Frauenreferats in der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien. Vor dieser Initiative flossen frauenpolitische Forderungen selbst von Seiten der Gewerkschaften nur ansatzweise in die sozial- und wirtschaftspolitische Diskussion ein. In der Realität aber gewann dieses Thema während des Ersten Weltkrieges ebenso wie in der Ersten Republik durch die zunehmende Erwerbstätigkeit der Frauen mehr und mehr an Aktualität. Die vom AK-Frauenreferat erstellten systematischen Erhebungen und Berichte zur Erwerbsarbeit von Frauen fokussieren schließlich Fragen wie „So leben wir...1320 Industriearbeiterinnen berichten über ihr Leben“ (1932) oder „Wie leben die Wiener Heimarbeiter?“ (1928). Die bedrückenden Ergebnisse dieser Studien – so mußten beispielsweise zwei Drittel der befragten Hausgehilfinnen täglich länger als 13 (!) Stunden arbeiten – machen eine intensive Öffentlichkeitsarbeit notwendig. Anno 1927 gelingt es Käthe Leichter durch die Konzeption einer mit „Frauenarbeit“ betitelten Beilage in der Gewerkschaftszeitung *Arbeit & Wirtschaft* eine entsprechende mediale Plattform zu schaffen. Dort kommen nicht nur Funktionärinnen und Wissenschaftlerinnen zu Wort, auch den Stimmen von Arbeiterinnen wird ein Forum geboten. In den ersten drei Jahren kann Leichter rund hundert Frauen zur Mitarbeit bewegen. Viele von ihnen schreiben zum ersten Mal in ihrem Leben einen Beitrag für eine Zeitschrift. Die tiefe Verunsicherung dieser Laien in redaktioneller Hinsicht, aber Spezialisten in eigener Sache brachte Rosa Jochmann, damals Betriebsrätin in der Chemieindustrie, folgendermaßen zum Ausdruck: „Ich war voller Entsetzen, es quälte mich wochenlang; wie sollte denn ich etwas schreiben? Aber Käthe gab nicht nach ... natürlich hat Käthe unsere Beiträge überarbeitet und eingerichtet, denn wir waren ja Stümper.“⁴ Ein ebenso bunt gemischter Redakteurstab ist auch bei dem 1930 vom AK-Frauenreferat herausgegebenen „Handbuch der Frauenarbeit in Österreich“ tätig. Dieses noch nach 1945 als Standardwerk zur Frauenforschung gültige Buch thematisiert auf 674 Seiten alle Dimensionen und Probleme der Frauen in der Arbeitswelt.

„Was weiß die Frau Doktor um die Sorgen einer Metallarbeiterin?“

Das Käthe Leichters Initiativen nicht sofort begeistert aufgenommen wurden, mit welcher Skepsis die Arbeiterinnen der vermeintlich praxisfernen „Frau Doktor“ vielmehr begegnen, belegen die Erinnerungen von Rudolfine Muhr. Im Krisenjahr 1929 lernt Muhr, Betriebsrätin und Funktionärin der Metallarbeiter, auf einer Betriebsrätinnenkonferenz Käthe Leichter kennen. Die Eindrücke der Konferenz schildert Muhr 1952 folgendermaßen:

Käthe Leichter spricht dort ...über ‚Die Frau in der Gewerkschaft‘. Ihren Namen kenne ich wohl schon, denn sie ist Redakteurin der Frauenbeilage im ‚Metallarbeiter‘. Eigentlich gefallen mir ihre Artikel, sie treffen immer den Nagel auf den Kopf. Trotzdem bin ich mißtrauisch, als ich die Einladung erhalte. Was weiß die Frau Doktor um die Sorgen einer Metallarbeiterin? Was von unserem Kampf im Betrieb, der von Tag zu Tag härter wird? Was weiß sie davon, wie müde wir nach acht Stunden Arbeit sind, weil das Tempo, vom Fließband diktiert, immer rascher wird?⁵

Doch Käthe Leichter weiß zu überzeugen.

„Radiostunden für arbeitende Frauen“

Auch in Anna Boschek, seit 1919 erste Gewerkschafterin im Parlament und ab 1928 Vorsitzende der Frauensektion der Freien Gewerkschaften, findet Käthe Leichter eine praxiserfahrene Partnerin. Die Palette der sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Verbesserungen, die das Duo in den folgenden Jahren der gemeinsamen Arbeit anregt und denen die beiden schließlich auch zur Durchsetzung verhelfen, reicht vom Achtstundentag, über die Gewerbeinspektion, die Krankenversicherung, die gewerkschaftliche Freiheit bis zu den Mindestlöhnen auch für Hausangestellte. So manche der von Boschek und Leichter artikulierten Forderungen – „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, eine bessere Berufsausbildung für Mädchen sowie das gesellschaftlich wenig anerkannte Problem der Doppelbelastung für berufstätige Frauen – bestimmen die frauenpolitische Diskussion bis in die Gegenwart und sind damit

⁴ Zitiert in: Herbert Steiner (Hg.): *Käthe Leichter. Leben und Werk*. Wien: Europaverlag 1973, S. 76.

⁵ Rudolfine Muhr: *Erinnerungen*. In: *Die Frau*, 21.2.1952

Wegen des Ausreisegewandes wird alles Nötige veranlaßt, sei
 ganz unbesorgt und hab nur Geduld, es geht ja ohnehin alles
 seinen guten Gang. Am Ende Februar haben wir was schon
 gemeldet. also Du siehst, es wird an nichts vergessen.
 Der Franz und ich vertragen uns sehr gut. Ich kann Dir nicht
 sagen, wie nett er ist. Wir freuen uns so oft wie beisammen sind.
 Viele liebe Grüße von allen und Russi von ^{Siegen} ~~den~~
 viele liebe Russi ~~von~~ ^{den}
 von
 dem
 Franz

Postkarte von Heinz und Franz Leichter an Käthe Leichter, 20.6.1938. Bundesarchiv Berlin, VGH 5683/A3.

bis heute ungelöst. Neuerlich beweist Käthe Leichter Innovationskraft sowie das nötige Sensorium zum Erkennen bestehender medialer Nutzungsmöglichkeiten: Um relevante Information für berufstätige Frauen publik zu machen, aber auch zur politischen Bewusstseinsbildung und aktiven Gewinnung von Funktionärinnen setzen Käthe Leichter und Anna Boschek auf das damals neue Medium Radio. Gemeinsam können sie ab 1929 eine monatliche halbstündige „Radiostunde für arbeitende Frauen“ bei der RAVAG durchsetzen. Von Anfang 1929 bis Oktober 1933 gibt es 45 Radiovorträge über Frauenarbeit.⁶ Tonbandaufzeichnungen oder Manuskripte dieser Hörfunksendungen sind leider nicht erhalten. Einzig verbliebene Quellen sind Rezensionen über die Sendungen in der Zeitschrift *Arbeit & Wirtschaft*. So sind heute wenigstens Einblicke in die Themenwahl möglich: „Die Frau als Betriebsrat“, „Aus dem Leben einer Fabrikarbeiterin“, „Arbeit an der Schreibmaschine“ oder „Grundsätzliches zur Berufswahl der Mädchen“.⁷

„So will es unsere bürgerliche Regierungsweismehrheit“

Inhaltlicher Schwerpunkt der publizistischen Tätigkeit Käthe Leichters ab den beginnenden

30er Jahren ist die Warnung vor dem aufkeimenden Faschismus. Unterstützung bekommt sie dabei unter anderem von Wilhelmine Moik, in der Ersten Republik Mitarbeiterin der Frauensektion der Freien Gewerkschaften und nach 1945 erste langjährige ÖGB-Frauenvorsitzende. Vergleicht man den – trotz argumentativer Unterschiede – doch sehr aufpeitschenden und kämpferischen Stil von Mock und Leichter so dürfte die Zusammenarbeit zur gegenseitigen Befruchtung geführt haben. So schreibt beispielsweise Wilhelmine Moik in der *Arbeiter-Zeitung* vom 27.4.1931 zum Thema „Wieder kommt der Muttertag“:

Freuet Euch, Mütter des Proletariats, nun gibt es wenigstens einen Tag im Jahre, an dem eure Leistungen anerkannt werden. Blumen werden Euch gebracht, Süßigkeiten überreicht.... Muttertag! Was leistet der Staat, um das Los der Mütter erträglicher zu machen, um die Bürde, die auf ihren Schultern lastet, zu erleichtern? Diesmal wird der Muttertag im Zeichen der Entrechtung der Mütter stehen... Mütter! In Hinkunft sollt Ihr eure Kinder nicht mehr durch sechsundzwanzig Wochen stillen, weil Mehrleistungen der Krankenkassen abgebaut werden müssen. Zwölf Wochen Stillprämie muß genügen. In der Angestellten-

⁶ Wolfsberger, *Käthe Leichter*, S. 194 ff.

⁷ *Arbeit & Wirtschaft*, Jahrgänge 1929 bis 1933.

NR. 1
GEGRÜNDET
VON
Herrn Franz
Leichter

NR 13
ERSCHEINT
ZWEI
MALE
IN DER
WOCHEN

~~PFUI~~

Wir sind Die Sozialisten
Wir haben
keine Angst
von den ~~Hitler~~ und den
Hitler

~~pfui Hitler pfui~~

Arbeitgeber sollen mer
Recht
haben als die bekornen
Frau
PFUINALIS
PFUI PFUI PFUI
~~HITLER~~



Franz Leichter, Kinderzeichnung, aus „Österreichbestand der NS-Beuteakten im Staatsarchiv Moskau, Bestand 1410, Otto Leichter“. Zur Verfügung gestellt durch Univ.Doz. Dr. Heinrich Berger, Institut für Wirtschafts-und Sozialgeschichte an der Universität Wien.

versicherung lauten die Vorschläge gar nur auf sechs Wochen Stillprämienleistung ... Mütter! Die Kinderambulatorien der Krankenkassen sollen gesperrt werden. Was braucht ihr auch wegen jeder Kleinigkeit, die einem eurer Kinder fehlt, gleich ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen? Mütter! Hört gut zu: Ihr habt in Zukunft die Aufgabe, die Erkrankungsfälle in euren Familien einzuschränken. An Stelle der ärztlichen Hilfe kann doch wieder der Rat der Nachbarin oder die Diagnose des Dürrkräutlers treten. So will es unsere bürgerliche Regierungsweismehrheit.

Und Käthe Leichter formuliert in einem Flugblatt der Revolutionären Sozialisten 1936:

Muttertag? Den ‚Muttertag‘ feiern sie! Mit Eßpaketen, mit Festreden, mit Medaillien wollen sie die Mütter vergessen lassen, was sie in Wirklichkeit an ihnen verbrauchen haben. Muttertag? Kann es einen Muttertag geben für die Mütter der 300 im Februar 1934 von den Maschinengewehren und den Kanonen des Austrofaschismus hingemordeten Freiheitskämpfer? Kann es einen Muttertag geben für die Mütter der 13 Gehenken? Wie sieht der Muttertag der Frauen Weissel, Swoboda und Münichreiter und der vielen anderen aus, die mit ihren verwaisten Kindern um den Gatten und Vater weinen?

Käthe Leichter hat die Nazi-Gräuel nicht überlebt. Während ihrem Mann Otto und den beiden Söhnen auf abenteuerliche Weise die Flucht gelang und diese schließlich über mehrere Zwischenstationen in die USA emigrieren konnten, wurde Käthe Leichter nach mehrmonatiger Haft in das KZ Ravensbrück deportiert und im Frühjahr 1942 ermordet. Aus den wenigen

Dokumenten, die aus dieser Zeit in Ravensbrück erhalten sind, aber auch aus Zeitzeugenberichten nach 1945, ist zu entnehmen, dass Käthe Leichter bis zuletzt Optimismus, Würde und auch ihre fast hellseherische Fähigkeit zur politischen Analyse bewahren konnte und über den Weg der intellektuellen Beschäftigung bemüht war, geistig einen Weg aus der Hölle zu finden: „Käthe mußte die schwerste Straßenarbeit verrichten und Ziegel auf die Schiffe auf der Havel verladen. Ihre Hände waren blutig, eiteren und waren zerrissen. So entstand das Gedicht ‚Kleiner roter Ziegelstein‘ und später das Gedicht ‚An meine Brüder‘, das von einer jungen Kommunistin auswendig gelernt wurde und so erhalten blieb.“⁸ Trotz der Fülle der literarischen Auseinandersetzung mit dem Holocaust, gehört „An meine Brüder“ m.E. doch nach wie vor zu den berührendsten Dokumenten zu diesem Thema:

*Bruder, schreckst auch Du des Nachts empor aus wirren Träumen,
sind es Bilder, Tags bewußt, die Nachts den Schlaf umsäumen?
Warst Du heute Nacht bei Weib und Kind?
Ich war bei meinen Kleinen. Deckte beide zu und sprach:
‚Mutter kommt bald, brav sein und nicht weinen!‘
Die Lampe warf ihr Licht auf Buch und Sofaecke,
wir saßen still, meine Mann und ich, nichts daß die Kinder weckte.
Da schreckte ich auf. Fahl schien der Mond auf eiserne Gestelle.
Und so liege ich unter so vielen und doch so einsam und kalt.
Ich in Ravensbrück, du in Sachsenhausen, Dachau oder Buchenwald.*

Agnes BROESSLER (1961)

Dr., Redakteurin und Mitarbeiterin der Abteilung Dokumentation der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien. Forschungsschwerpunkt: Gewerkschaftliche Frauenpolitik in Österreich. Derzeit Arbeit an einer Biographie über Wilhelmine Moik, erste langjährige ÖGB-Frauenvorsitzende nach 1945 (Publikation: 2005).

Dieser Artikel ist eine für *medien & zeit* modifizierte Fassung des Beitrages „Ein Genie der Freundschaft“: *Käthe Leichters Frauennetzwerk in der Publikation „Man ist ja schon zufrieden, wenn man arbeiten kann.“ Käthe Leichter und ihre politische Aktualität*, Mandelbaum Verlag 2003.

⁸ Steiner, *Käthe Leichter*, S. 197.

Glauchau – ein Zentrum der sozialdemokratischen Presse am Vorabend bzw. während des Sozialistengesetzes*

Matthias John

Zwar wurde schon in den zwanziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts eine recht fundierte Pressegeschichte der Schönburgischen Landen – deren Hauptort die Stadt Glauchau war – vorgelegt, doch finden sich darin nur wenige Hinweise auf die Historie der dortigen sozialdemokratischen Presse.¹ Dem Autor dieser Geschichte können kaum politische Motive unterstellt werden, vielmehr war diese Episode schon damals weitgehend im historischen Dunkel versunken. In der Studie von Günter Benser aus dem Jahre 1956 über die frühe Entwicklung der Arbeiterbewegung im sächsischen Industriegebiet Glauchau-Meerane wird die Existenz einer sozialdemokratischen Presse in diesem Raum nicht einmal mehr erwähnt.² Selbst die sehr quellenintensive Spezialstudie von Helmut Neef über den *Erzgebirgischen Beobachter*³ enthält keine Bemerkung darüber, dass die Anfang 1878 in Schneeberg herausgegebene *Erzgebirgische Freie Zeitung* später in Glauchau fortgeführt wurde und dass der seit 1. Juli 1886 in Chemnitz verlegte *Erzgebirgische Beobachter* die Fortsetzung des bis dahin in Glauchau erscheinenden gleichnamigen Blattes war.

Der geistige Vater der sozialdemokratischen Lokalpresse in Westsachsen und damit auch in Glauchau war Johann Most. Am 22. April 1872 hielt er hier eine programmatische Rede über die Aufgabe der Presse, von der die Überwachungsbehörden eine stenographische Mitschrift anfertigen

ließen. Auch wenn sie in weiten Passagen vor allem tiefe Einblicke in sein anarchistisches Denken gewährt, so enthält sie doch auch beachtenswerte Ausführungen zum Wesen der bürgerlichen Presse, deren Organe nach Most nichts anders seien „als die großen Lügenposaunen der Gegenwart, als die Hämmer, womit dem Volke und besonders den Arbeitern die Nägel in den Kopf hineingeschlagen werden sollen.“ Um dem Paroli bieten zu können, sei es erforderlich, dass in allen Orten, vornehmlich in Fabrik- und Arbeiterstädten, eigene Blätter gegründet würden. Nach diesen Ausführungen brachte der Versammlungsleiter Hermann Albert eine Resolution ein, wonach alles aufgeboten werden solle, um in Glauchau „ein eigenes Arbeiterorgan“ zu schaffen. Johann Most begründete dann ausführlich diesen Antrag, wobei er detailliert auf die in Chemnitz bei Gründung der *Freien Presse* gesammelten Erfahrungen einging; zugleich betonte er, dass ein Blatt wie der *Volksstaat* zum „Führen des lokalen Kampfes“ ungeeignet sei. Nur durch ein Lokalblatt könnten „die engeren Verhältnisse beleuchtet und kann das Nächstliegende gehörig gezeißelt werden.“ Darum möge alles getan werden, um ein solches Lokalblatt – „wenn auch nicht gleich jetzt, so doch bald, in nicht zu später Zeit“ – ins Leben zu rufen. Er schloss seine Ausführungen zur Resolution mit folgender Bemerkung: „Es muß soweit kommen, daß es keinen Ort mehr gibt, wo die Arbeiter zahlreich vertreten sind, der nicht selbst ein solches Organ besitzt.“⁴

* Die nachfolgenden Darlegungen wären ohne die Unterstützung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft undenkbar: Seit Januar 2003 fördert sie im Rahmen ihres Archivprogramms ein Erschließungsprojekt zur sächsischen Pressegeschichte in großzügigster Weise. Dabei konnte der Autor auch die diesem Beitrag zugrunde liegenden Akten ermitteln. Sachthematische Regesten zu einigen dieser Faszikel wurden bereits in den *Beiträgen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, Heft 1/2003, veröffentlicht; außerdem werden sie in vollständiger Form als selbständige Publikation im Trafo-Verlag Berlin erscheinen.

¹ Fritz Resch: *Die Geschichte des Zeitungswesens im Schönburgischen*. Glauchau 1921. Dabei handelte sich um den vollständigen Nachdruck einer Artikelserie, die in folgender Zeitschrift erschienen war: *Die Heimat. Monatsschrift zur Belebung des Heimatsinnes, der*

Heimatkunde und der Heimatforschung. Nr. 1-4/1921.

² Günter Benser: *Zur Herausbildung der Eisenacher Partei. Eine Untersuchung über die Entwicklung der Arbeiterbewegung im sächsischen Industriegebiet Glauchau-Meerane. Mit einem Dokumentenanhang.* (= Schriftenreihe Beiträge zur Geschichte und Theorie der Arbeiterbewegung, H. 8), Berlin 1956.

³ Helmut Neef: *Vor 110 Jahren erschien der „Erzgebirg. Beobachter“ Ein Beitrag zur Geschichte der sozialistischen Presse.* In: *Regionalgeschichtliche Beiträge aus dem Bezirk Karl-Marx-Stadt*, H. 8, Karl-Marx-Stadt 1987, S. 39 ff.

⁴ Kreisarchiv Chemnitzer Land, Stadt Glauchau, Acten des Stadtraths zu Glauchau, Anzeigen über Gesellschaften, Vereine sowie über abzuhaltende öffentliche Versammlungen betreffend, A 221 [alte Signatur: Lit. G/Rep. II/No. 6/Vol. II], Bl. 129 ff.

Im Sommer 1875 fanden dann mehrere sozialdemokratische bzw. vom hiesigen Volksverein organisierte Versammlungen statt, die dem Thema Presse gewidmet waren: Am 10. Juli lautete ein Tagesordnungspunkt: „Die officöse Presse und ihre Trabanten“⁵; am 7. August wurden dann u.a. „Die parteiischen, gehässigen und wahrheitswidrigen Berichte des *Glauchauer Tageblatts u. Anzeigers* gegen die Arbeiterbewegung“ behandelt,⁶ am 19. und 23. August wurde schließlich „Das Erscheinen eines neuen Localblattes“ bzw. „Die Gründung eines Localblattes *Die Glauchauer Nachrichten*“ besprochen.⁷

Schon wenige Tage später, am 1. September, erschien die erste Nummer des neuen Blattes, wobei der Druckort noch im historischen Dunkel liegt; jedenfalls handelte es sich noch nicht um die Glauchauer Genossenschafts-Buchdruckerei. Wann genau diese Genossenschaft gegründet wurde, konnte in den Quellen bisher nicht ermittelt werden. Allerdings war für den 11. Dezember 1875 eine Volksversammlung einberufen worden, deren zweiter Tagesordnungspunkt lautete: „Die Errichtung einer Genossenschaftsbuchdruckerei.“ Als Referent war Hermann Albert den hiesigen Behörden angezeigt worden.⁸ Auch wenn bisher kein Versammlungsprotokoll ausfindig gemacht werden konnte, spricht doch alles dafür, dass hier beschlossen wurde, die Genossenschaft zu Beginn des neuen Jahres ins Leben treten zu lassen. Als ihr Gründungstag kann wohl der 29. Januar 1876 gelten. Die Eintragung in das Handelsregister des Amtsgerichts Glauchau erfolgte dann am 3. März.⁹ Laut Statut bezweckte die Genossenschaft den „Betrieb einer Buchdruckerei, verbunden mit Buchhandel“, wobei das dafür erforderliche Kapital durch Anteilscheine in Höhe von 30 Mark aufgebracht wurde.¹⁰ Ihr Sitz befand sich in einem in der

Glauchauer Brüderstraße 18 gelegenen Haus, das im Laufe des Jahres 1875 um- und ausgebaut worden war.¹¹ Von den beiden Hausbesitzern stand August Eduard Junghänel der Sozialdemokratie zumindest nahe, allerdings vermied er es, sich in der Öffentlichkeit als Sozialdemokrat zu bekennen oder gar zu betätigen.

Auf jeden Fall fungierte die Genossenschafts-Buchdruckerei in den folgenden Jahren als Druckerei und Verlag der *Glauchauer Nachrichten*. Später, das heißt im Jahre 1877, kamen noch der *Volksfreund für Lichtenstein, Callenberg und Umgegend* und im Laufe des Jahres 1878 die *Volkszeitung für Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf und Umgegend* sowie die *Erzgebirgische freie Zeitung* hinzu. Die führenden Köpfe der Genossenschaft waren zunächst Julius Quaas, Hermann Franz und Christian Friedrich Teichert als Vorstand,¹² später (ab ungefähr 1878) Friedrich August Schlesinger als alleiniger Vorsteher und Julius Hermann Ketzler als Aufsichtsratsvorsitzender bzw. nach Erlass des Sozialistengesetzes als Liquidator.¹³ Prokurist der Genossenschafts-Buchdruckerei soll übrigens der Mitbegründer des ADAV und der SDAP, Julius Vahlteich, gewesen sein.¹⁴

Schlesinger und Ketzler gehörten ebenso wie Franz zu den führenden Persönlichkeiten der Glauchauer Sozialdemokratie: Friedrich August Schlesinger, geboren im Jahre 1842, hatte frühzeitig das Weberhandwerk ergriffen und gehörte allen hier existierenden Arbeitervereinen an, nämlich dem Verein „Arbeiter-Stern“, dem Arbeiter-Leseverein, später Arbeiter-Fortbildungsverein, und schließlich dem am 1. Oktober 1867 gegründeten Volks-Verein zu Glauchau. In diesen Vereinen übte er auch immer wieder Funktionen aus. Am 15. Dezember 1879 verzog

⁵ Ebenda, Bl. 258.

⁶ Ebenda, Bl. 259 f.

⁷ Ebenda, Bl. 261 und Kreisarchiv Chemnitzer Land, Stadt Glauchau, Acten des Stadtraths zu Glauchau, den Volksverein betreffend, A 221 [alte Signatur: Lit. V/Rep. II/No.7].

⁸ Kreisarchiv Chemnitzer Land, Stadt Glauchau, Acten des Stadtraths zu Glauchau, Anzeigen über Gesellschaften, Vereine sowie über abzuhaltende öffentliche Versammlungen betreffend, A 221 [alte Signatur: Lit. G/Rep. II/No. 6/Vol. II], Bl. 266.

⁹ Siehe dazu Fritz Resch: *Die Geschichte des Zeitungswesens im Schönburgischen*. In: *Die Heimat. Monatsschrift zur Belebung des Heimatssinnes, der Heimatkunde und der Heimatforschung*, Nr. 3/1921, S. 19.

¹⁰ Paragraph 2 und 10 des Statuts der Genossenschafts-

Buchdruckerei (eingetragene Genossenschaft) zu Glauchau, Chemnitz o.J. [1876].

¹¹ Siehe Kreisarchiv Chemnitzer Land, Stadt Glauchau, Acten, Catastrations-Protocolle über den Gebäudekomplex No. 69 Abth. A des Brandversicherungscatasters für Glauchau enthaltend, No. 69/Abth. A, Bl. 1 ff.

¹² Resch, *Die Geschichte des Zeitungswesens im Schönburgischen*, S. 19.

¹³ Siehe Bekanntmachung in: *Glauchauer Nachrichten. Volksblatt für Stadt und Land*, Nr. 247, 22. 10. 1878.

¹⁴ Siehe *Der Kampf der deutschen Sozialdemokratie in der Zeit des Sozialistengesetzes 1878 – 1890. Die Tätigkeit der Reichs-Commission*. Hrsg. v. Leo Stern (= Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3/I), Berlin 1956, S. 126.

er nach Oberschlema, wo sich seine Spuren verlieren.¹⁵ Julius Hermann Ketzler, geboren am 2. Oktober 1844 in Oberlangenu, stand außer dem Aufsichtsrat der Genossenschaft auch zeitweise dem Arbeiter-Fortbildungsverein vor und gehörte in den Jahren 1878/79 dem Vorstand des hiesigen Volksvereins an. Nach Auflösung der Genossenschaft zog er sich aus dem politischen Leben weitgehend zurück und starb hochbetagt am 18. Mai 1939 in Glauchau.¹⁶ Beide gehörten auch von 1873 bzw. 1874 bis 1876 bzw. 1877 der Glauchauer Stadtverordnetenversammlung an.¹⁷

Bereits am 21. Oktober 1878, dem Tag des Inkrafttretens des Sozialistengesetzes, schrieb der Glauchauer Bürgermeister Martini an den Kreishauptmann Dr. Hübel, dass es „in höchstem Grade wünschenswerth“ sei, die vier in der Genossenschaftsdruckerei erscheinenden Blätter „rein socialdemokratischer Farbe“ einzuziehen.¹⁸ Tags darauf wurde in den *Glauchauer Nachrichten* eine Erklärung veröffentlicht, wonach die Redaktion des Blattes alles vermeiden wolle, was „zu einem Einschreiten gegen das Blatt führen könnte“ und bat deshalb die Leser „um freundliche Nachsicht.“ Gleichzeitig wurde mitgeteilt, dass

Schlesinger und Ketzler gehörten ebenso wie Franz zu den führenden Persönlichkeiten der Glauchauer Sozialdemokratie.

der Verlag aufgegeben und die vier besagten Zeitungen fortan von Hermann Franz verlegt werden würden.¹⁹ Franz – geboren im Jahre 1834 in Lichtenstein und Weber von Beruf – gehörte ebenso wie Schlesinger dem Verein „Arbeiter-Stern“ und dem Volks-Verein zu Glauchau an. In beiden Vereinen hatte er über Jahre hinweg den Vorsitz inne, weshalb er auch am 8. August 1875 in einem Brief an August Bebel darüber klagte, dass es schwierig geworden sei, geeignete junge Führungskräfte zu rekrutieren, „weil man sich daran gewöhnt hat, mir u. Alberten (das ist Hermann Albert – M. John) alles auf den Hals zu schmeißen.“²⁰ Seit Mitte der 1870er Jahre war er auch – mit Unterbrechungen – Mitglied der Glauchauer Stadtverordnetenversammlung und vom 5. Januar 1892 bis zum 31. Dezember 1903 gehörte er sogar dem hiesigen Stadtrat an. Auf Grund seiner hier erworbenen Verdienste wurde ihm im Jahre 1904 der Ehrentitel eines Stadtrats verliehen. Wenige Jahre später, am 14. November 1910, verstarb er in Glauchau.²¹

In der am 22. Oktober 1878 ausgesprochenen Bitte, das der Genossenschaft entgegengebrachte Vertrauen auf Hermann Franz übertragen zu wollen,²² sah das Fürstlich und Schönburgische Gerichtsamt zu Glauchau nicht zu Unrecht einen Beweis dafür, dass die früheren Verbindungen zur Sozialdemokratie nicht unterbrochen worden

¹⁵ Die biographischen Angaben zu Schlesinger beruhen auf folgenden Quellen: Kreisarchiv Chemnitzer Land, Stadt Glauchau, Wohnungsbogen nach Eigentümern und Mietern, unfol.; ebenda, Acten des Stadtraths zu Glauchau, den Verein Arbeiter-Stern betreffend, A 221 [alte Signatur: Lit. A/Rep. II/No. 4/Vol. I], Bl. 13 R.; ebenda, Acten des Stadtraths zu Glauchau, den Arbeiter-Leseverein, jetzt Arbeiterfortbildungs-Verein betreffend, A 221 [Lit. A/Rep. III/No. 19/Vol. I], Bl. 5 ff. u. 30 R. sowie ebenda, Acten des Stadtraths zu Glauchau, den Volks-Verein betreffend, A 221 [Lit. V/Rep. II/No. 7], Bl. 22 u. 42.

¹⁶ Diesen biographischen Angaben liegen folgende Quellen zugrunde: Kreisarchiv Chemnitzer Land, Stadt Glauchau, Wohnungsbogen nach Eigentümern und Mietern, unfol.; ebenda, Acten des Stadtraths zu Glauchau, den Arbeiter-Leseverein, jetzt Arbeiterfortbildungs-Verein betreffend, A 221 [Lit. A/Rep. III/No. 19/Vol. I], Bl. 33 u. R. sowie ebenda, Acten des Stadtraths zu Glauchau, den Volks-Verein betreffend, A 221 [Lit. V/Rep. II/No. 7], Bl. 42.

¹⁷ Kreisarchiv Chemnitzer Land, Stadt Glauchau, Acten des Stadtraths zu Glauchau, die Wahl der Stadtverordneten betreffend, A 228 [alte Signatur: Lit. W/Rep. I/No. 9/Vol. VII/Lok. 2], Bl. 43, 152 R., 188 R., 291 f. u. 295 R.

¹⁸ Kreisarchiv Chemnitzer Land, Stadt Glauchau, Acten des Stadtraths zu Glauchau, die zur Ausführung des Sozialisten-Gesetzes vom 21. October 1878 getroffenen Maasregeln betreffend, A 266 [alte Signatur: Lit. S/Rep.

II/No. 47/Vol. I], Bl. 3 u. R.

¹⁹ Anzeige „An unsere Leser!“ und Bekanntmachung in: *Glauchauer Nachrichten. Volksblatt für Stadt und Land*, Nr. 247, 22. 10. 1878.

²⁰ Schreiben von Hermann Franz an August Bebel, 08.08.1875. Zit. in: Thomas Welskopp: *Das Banner der Brüderlichkeit. Die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz.* (= Historisches Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Reihe Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 54. Hrsg. v. Dieter Dowe und Michael Schneider), o.O. [Bonn], o.J. [2000], S. 146.

²¹ Die biographischen Angaben über Hermann Franz fußen auf folgenden Quellen: Kreisarchiv Chemnitzer Land, Stadt Glauchau, Wohnungsbogen nach Eigentümern und Mietern, unfol.; ebenda, Acten des Stadtraths zu Glauchau, den Verein Arbeiter-Stern betreffend, A 221 [alte Signatur: Lit. A/Rep. II/No. 4/Vol. I], Bl. 1; ebenda, Acten des Stadtraths zu Glauchau, den Volks-Verein betreffend, A 221 [Lit. V/Rep. II/No. 7], Bl. 221, Bl. 1 ff.; ebenda, Acten des Stadtraths zu Glauchau, die Wahl der Stadtverordneten betreffend, A 228 [alte Signatur: Lit. W/Rep. I/No. 9/Vol. VII/Lok. 2], Bl. 43, 119 R. u. 229 f. sowie ebenda, Acten des Stadtraths zu Glauchau, Rathsmitglieder betreffend, A 219, und zwar die der Akte vorangestellte Übersicht über die Mitglieder des Glauchauer Stadtrats u. Bl. 135 ff.

²² Anzeige „An unsere Leser!“ in: *Glauchauer Nachrichten. Volksblatt für Stadt und Land*, Nr. 247, 22. 10. 1878.

seien.²³ Deshalb ordnete diese Behörde am 6. November die Auflösung der Genossenschaft an,²⁴ wogegen die Leipziger Anwälte Bernhard bzw. Otto Emil Freytag Widerspruch einlegten.²⁵ Der mehrere Monate dauernde Rechtsstreit endete damit, dass eine Generalversammlung im Juni/Juli 1879 beschloss, die Selbstauflösung der Genossenschaft bis zum Verkauf der vorhandenen Maschinen zu verschieben, was auch von den städtischen Behörden akzeptiert wurde.²⁶ Allerdings wurde der entsprechende Beschluss, wie aus einer Eintragung im Handelsregister des Amtsgerichts Glauchau hervorging, erst am 10. November 1881 gefasst.²⁷

Am 16. November 1878 wurden die an diesem Tage erschienenen Nummern der *Glauchauer Nachrichten*, der *Volkszeitung für Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf und Umgegend* sowie des *Volksfreundes für Lichtenstein, Callenberg und Umgegend* wegen eines darin unter der Überschrift „Zeitgemäßer Vorschlag“ veröffentlichten Artikels verboten, „und dieses Verbot auch auf das fernere Erscheinen“ der genannten Zeitungen erweitert, weil sie auch nach Inkrafttreten des Sozialistengesetzes „durch eine gehässige Zusammenstellung von allerhand Nachrichten“ über dessen Handhabung „der Umsturzpartei“ dienen würden.²⁸ Die dagegen vom Verleger Hermann Franz eingelegte Beschwerde wurde am 13. Januar 1879 von der Reichs-Kommission verworfen.²⁹

In der Zwischenzeit hatte sich die hiesige Sozialdemokratie bereits ein neues Organ geschaffen: Seit Mitte Dezember 1878 erschien als Ersatz für die drei verbotenen Blätter und wohl auch für die *Erzgebirgische Freie Zeitung* das *Glauchauer Wochenblatt*, dessen verantwortlicher Redakteur Friedrich August Schlesinger war und das im Verlag von A. F. Kahlert herausgegeben und gedruckt wurde.³⁰ Nahezu ein Jahr fanden die Behörden

keinen Vorwand, um dieses Blatt zu verbieten. Am 11. September 1879 untersagten sie jedoch die Verbreitung der Nummer 211 des *Glauchauer Wochenblatts* wegen eines Versammlungsberichts und erweiterten dieses Verbot wiederum auf das fernere Erscheinen der Zeitung. Die Tendenz des gesamten Aufsatzes bestünde darin, „Propaganda für die Umsturzpartei zu machen, Unfrieden unter der Bevölkerung zu erregen und das Leserpublikum gegen Regierung und Behörden aufzuwiegeln.“ Seit dem erstmaligen Erscheinen des *Glauchauer Wochenblattes* spiele darin, so die Kreishauptmannschaft Zwickau in ihrem Beschluss, die sozialdemokratische Bewegung die Hauptrolle und werde in in ebenso raffinierter wie versteckter Weise „die verderbliche Agitation“ fortgesetzt, „welche von den Organen der Sozialdemokratie vor dem Erscheinen des Reichsgesetzes vom 21. October 1878 in offener Weise betrieben wurde.“³¹ Eine von August Friedrich Kahlert – einem Buchdruckereibesitzer, der in der Glauchauer Sozialdemokratie nicht in Erscheinung getreten war – dagegen eingelegte Beschwerde wurde am 28. November 1879 von der Reichskommission „als unbegründet“ zurückgewiesen.³² Es sei vorweggenommen: Diese Verbotsverfügung war – und schon allein diese Tatsache ist besonders bemerkenswert – das letzte aufrechterhaltene Verbot eines sozialdemokratischen bzw. der Sozialdemokratie nahestehenden Organs in Glauchau. Des weiteren sei bemerkt, dass die im Folgenden behandelten bzw. genannten Presseorgane in der wissenschaftlichen Literatur bisher keine Erwähnung fanden.

Bereits am 16. September 1879 hatte Kahlert dem hiesigen Stadtrat angezeigt, eine neue periodische Zeitschrift unter dem Titel *Glauchauer Volksfreund. Zeitung zur Unterhaltung und Belehrung für Jedermann* herausgeben zu wollen. Dieses Blatt erschien freilich nicht, statt dessen meldete Julius Quaa am 25. des gleichen Monats die Herausgabe der *Glauchauer Abend-Zeitung*

²³ Kreisarchiv Chemnitzer Land, Stadt Glauchau, Auflösung der Genossenschafts-Buchdruckerei Glauchau aufgrund des Sozialistengesetzes 1878/79, A 266, Bl. 18 R. u. 19.

²⁴ Ebenda, Bl. 16 ff.

²⁵ Ebenda, Bl. 26 u. 29 ff.

²⁶ Bl. 114 R. u. 116 R.

²⁷ Handelsregister des Amtsgerichts Glauchau, Bl. 427. Siehe dazu Resch, *Die Geschichte des Zeitungswesens im Schönburgischen*, S. 19.

²⁸ Kreisarchiv Chemnitzer Land, Stadt Glauchau, Acten des Stadtraths zu Glauchau, die zur Ausführung des Sozialisten-Gesetzes vom 21. October 1878 getroffenen Maasregeln betreffend, A 266 [alte Signatur: Lit. S/Rep. II/No. 47/Vol. I], Bl. 27 ff.

²⁹ *Der Kampf der deutschen Sozialdemokratie in der Zeit des*

Sozialistengesetzes 1878 – 1890. Die Tätigkeit der Reichs-Kommission. Hrsg. v. Leo Stern (= Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3/I), a.a.O., S. 12 f. u. 86 ff.

³⁰ Kreisarchiv Chemnitzer Land, Stadt Glauchau, Acten des Stadtraths zu Glauchau, die zur Ausführung des Sozialisten-Gesetzes vom 21. October 1878 getroffenen Maasregeln betreffend, A 266 [alte Signatur: Lit. S/Rep. II/No. 47/Vol. I], Bl. 46 ff.

³¹ Ebenda, Bl. 125 ff.

³² *Der Kampf der deutschen Sozialdemokratie in der Zeit des Sozialistengesetzes 1878 – 1890. Die Tätigkeit der Reichs-Kommission.* Hrsg. v. Leo Stern (= Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3/I), a.a.O., S. 16 u. 125 ff.

und *Geschäfts-Anzeiger* an. Dieses Blatt, von dem noch am selben Tage eine Probenummer ausgegeben worden war, erschien dann seit dem 28. September regelmäßig. Die *Glauchauer Abend-Zeitung* wurde von der sechs Tage zuvor angemeldeten Druckereifirma „Quaas und Junghänel“ verlegt und gedruckt, und zwar in demselben Gebäude, auf denselben Maschinen und mit denselben Arbeitern wie die *Glauchauer Nachrichten* oder das *Glauchauer Wochenblatt*.

Während Quaas, wie es in einem Bericht an die Kreishauptmannschaft Zwickau hieß, „als ein sehr eifriger Anhänger der Sozialdemokratie“ bekannt sei und offiziell als Verleger wie auch als Redakteur des Blattes fungiere – allerdings sprachen ihm die hiesigen Behörden für eine redaktionelle Tätigkeit die geistige Befähigung ab –, wussten die Polizeibehörden über den Webermeister August Eduard Junghänel nur zu berichten, dass er sozialistische Bestrebungen huldige. Wer die Redaktion des Blattes tatsächlich innehatte, ließ sich in den Quellen nicht mehr eindeutig ermitteln: Es wurde seinerzeit vermutet, dass ein ehemaliger Redakteur der *Glauchauer Zeitung*, Bernhard Kleespieß, das neue Blatt redigiere, allerdings wurde auch nicht ausgeschlossen, dass August Friedrich Schlesinger daran beteiligt sei.³³ Am 20. Dezember bemerkte die Kreishauptmannschaft dazu, dass im Moment nur das Neuerscheinen des ganz offensichtlich sozialdemokratischen Blattes zur Kenntnis genommen werden könne und dass vom Glauchauer Stadtrat eine genaue Durchsicht der einzelnen Nummern der *Glauchauer Abend-Zeitung und Geschäfts-Anzeiger* erwartet werde, um in der Lage zu sein, sofort einzuschreiten, falls das in Gemäßheit von Paragraph 11 des Sozialistengesetzes angezeigt sei.³⁴ Auch wenn der Stadtrat zu Glauchau mehrmals versuchte, ein Verbot

der Zeitung herbeizuführen, gelang ihm das nicht.³⁵

Am 4. Januar 1881 zeigte Eduard Junghänel den hiesigen Behörden an, dass an diesem Tage das Redakteursamt offiziell von Julius Quaas auf Friedrich Bielich, bislang Buchhalter und Spezialkorrespondent des *Zwickauer Tageblatts*, übergehe.³⁶ Daraufhin fragte der Glauchauer beim Zwickauer Rat u.a. an, was dort über die politische Gesinnung des Bielich bekannt sei.³⁷ Im Antwortschreiben wurde dann überraschenderweise mitgeteilt, dass es in dieser Beziehung keinerlei Bedenken gebe, zumal er sich in Zwickau als Gegner sozialdemokratischer Bestrebungen gezeigt habe.³⁸ Allerdings musste der Glauchauer Rat wenige Tage später an die Kreishauptmannschaft Zwickau berichten, dass Friedrich Bielich – ungeachtet der Einschätzung des dortigen Stadtrats – hier „eine sehr scharfe Schreibweise“ habe, weshalb eine „um so strengere Überwachung“ der *Glauchauer Abend-Zeitung und Geschäfts-Anzeiger* für nötig erachtet werde.³⁹ Bevor es dazu kommen konnte, teilte Friedrich Bielich bereits am 28. März des gleichen Jahres mit, dass er Glauchau wieder verlassen werde und deshalb das Redakteursamt niederlege, zumal die ihm zur Verwaltung übertragene Buchdruckerei schon am 4. Januar von Eduard Junghänel an die Gebrüder Stein vermietet worden sei.⁴⁰

Am 30. März 1881 informierte Gustav Stein darüber, dass er fortan unter dem Titel *Der Beobachter. Sächsische Volkszeitung und Geschäftsanzeiger* sechsmal wöchentlich ein neues Blatt herausgeben werde.⁴¹ Am gleichen Tage ging die Buchdruckerei offiziell in den Besitz der aus Wiesbaden bzw. Frankfurt/Main stammenden Gebrüder Stein über.⁴² Allerdings vermuteten die Glauchauer Polizeibehörden wohl nicht zu Unrecht, dass

³³ Ebenda, Bl. 137 f.

³⁴ Ebenda, Bl. 169.

³⁵ Siehe u.a. ebenda, Bl. 170 f. u. 194 f. Es entspricht somit nicht den Tatsachen, wenn Fritz Resch das Gegenteil behauptete (*Die Geschichte des Zeitungswesens im Schönburgischen*. In: *Die Heimat. Monatschrift zur Belebung des Heimatssinnes, der Heimatkunde und der Heimatforschung*. Nr. 3/1921, S. 19).

³⁶ Kreisarchiv Chemnitzer Land, Acten des Stadtraths zu Glauchau, die Angelegenheiten der Presse betreffend, A 128 (alte Signatur: Lit. P/Rep. II/Vol. II), Bl. 8.

³⁷ Ebenda, Bl. 9.

³⁸ Ebenda, Bl. 11 u. R.

³⁹ Ebenda, Bl. 14.

⁴⁰ Ebenda, Bl. 16 u. R.

⁴¹ Ebenda, Bl. 18 u. R. Im Anhang zu dem von Rudolf Knaack und Wolfgang Schröder verfassten Beitrag über *Gewerkschaftliche Zentralverbände, Freie Hilfskassen und die*

Arbeiterpresse unter dem Sozialistengesetz. Die Berichte des Berliner Polizeipräsidenten vom 4. September 1886 und 28. Mai 1888 (in: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands*, Bd. 22: Studien zur Entwicklung der Arbeiterbewegung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Hrsg. v. Wolfgang Schröder u. Gustav Seeber, Berlin 1981, S. 352ff.) wurde ein „Verzeichnis der sozialdemokratischen bzw. gewerkschaftlichen Zeitschriften“ abgedruckt. Darin fand sich auch der in Glauchau herausgegebene *Beobachter. Sächsische Volkszeitung und Geschäftsanzeiger*. Allerdings waren die entsprechenden Angaben zur Erscheinungsweise, zum Gründungs- und Einstellungs-jahr des Blattes zumindest unexakt (vgl. ebenda, S. 440).

⁴² Kreisarchiv Chemnitzer Land, Acten des Stadtraths zu Glauchau, die Angelegenheiten der Presse betreffend, A 128 (alte Signatur: Lit. P/Rep. II/Vol. II), Bl. 19 u. R.

die Redaktion des Blattes in den Händen des mit der Familie Stein verwandten Rechtsanwalts Reinhold Schrapf liege,⁴³ welcher der Sozialdemokratie durchaus nahestand und auch einige Jahre dem Norddeutschen bzw. Deutschen Reichstag angehört hatte, wobei er als sozialdemokratischer Kandidat gewählt worden war, sich aber dann der Fraktion der Deutschen Volkspartei anschloss. Die städtischen Behörden bescheinigten der Redaktion, dass sie sehr vorsichtig zu Werke gehe, „um mit den Bestimmungen des Sozialistengesetzes nicht etwa in directen Widerspruch zu gerathen“, doch sei sie bemüht, „in heimlicher und versteckter Weise[,] die Unzufriedenheit der arbeitenden Bevölkerung zu erregen.“ Die Auflage des Blattes solle 1.200 Exemplare betragen, wovon 250 bis 300 in Meerane, 150 in Crimmitschau und die übrigen Stücke in Glauchau, Altwaldenburg sowie Umgebung verteilt werden würden.⁴⁴

Seit dem 4. Januar 1882 wurde dann das Blatt auch in Chemnitz herausgegeben, und zwar unter der Bezeichnung *Der Beobachter. Chemnitzer Volkszeitung und Geschäftsanzeiger*. Auch wenn die Polizeibehörden der Redaktion noch am 18. Januar attestierten, dass sie „z. Zt. sehr vorsichtig“ sei, verbot doch die Kreishauptmannschaft Zwickau drei Tage später zwei Nummern der Chemnitzer wie auch der Glauchauer Ausgabe des *Beobachters*, weil darin die Regierung und die Volksvertretung in einem unter der Überschrift „Zur Reform der Knappschaftskassen“ erschienenen Artikel „auf das Heftigste“ angegriffen werde. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, dass das dauerhafte Verbot dieser beiden Blätter beantragt werde. In diesem Zusammenhang stellten auch die Behörden langwierige Untersuchungen darüber

an, ob der dreimal wöchentlich in Gera erscheinende *Beobachter. Thüringische Volkszeitung und Geschäftsanzeiger* – einem Blatt, das der Forschung bislang auch namentlich völlig unbekannt war⁴⁵ – mit dem in Chemnitz und in Glauchau herausgegebenen gleichnamigen Blatt identisch sei. Zwar wurde diese Zeitung auch in Glauchau gedruckt, doch hatte sie einen eigenen Verleger und Redakteur, nämlich den seinerzeit bekannten Karl Brätter, der zu den Initiatoren des Eisenacher Gründungskongresses der SDAP gehörte und erster sozialdemokratischer Abgeordneter im Landtag des Fürstentums Reuß jüngere Linie war.⁴⁶ Allerdings konnte weder die Identität des Geraer mit dem Chemnitzer und Glauchauer *Beobachters* nachgewiesen noch das Verbot aufrechterhalten werden. Und das um so mehr, als es den Anschein hatte, dass der Chemnitzer ebenso wie der Glauchauer *Beobachter* mehr ein Organ der Sächsischen bzw. Deutschen Volkspartei als der SDAP war; so führte Gustav Stein in seiner Beschwerdeschrift gegen die Verbotsverfügung u.a. an, dass Hermann Albert als Führer der hiesigen Sozialdemokratie alles getan habe, um die Verbreitung des Blattes zu verhindern, und der *Beobachter. Sächsische Volkszeitung und Geschäftsanzeiger* in der Presse als „ein gut demokratisches Blatt“ bezeichnet worden sei.⁴⁷ Es ließ sich nicht mehr ermitteln, ob die Haltung Alberts tatsächlich auf den Charakter des Blattes oder vielmehr auf den vom Wydener Kongress gefassten Beschluss zurückgeführt werden muss, wonach „die derzeitigen politischen und wirtschaftlichen Zustände in Deutschland durchaus nicht geeignet sind, neue Zeitungen für die sozialdemokratische Partei zu gründen“ und deshalb derartigen Projekten entschieden entgegengearbeitet werden müsse.⁴⁸ Am 23. März 1882 gab die

⁴³ Ebenda, Bl. 26.

⁴⁴ Zu dem vorstehenden vgl. ebenda, Bl. 25 R.

⁴⁵ Selbst in den Arbeiten von Ulrich Heß über die Entwicklung der sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Presse in Thüringen, die auf einer umfassenden Auswertung aller thematisch relevanten Quellen beruhen, wurde dieses Blatt namentlich nicht erwähnt (siehe Ulrich Heß: *Die sozialistische Presse in Thüringen bis zum Fall des Sozialistengesetzes*. In: *Rudolstädter Heimathefte. Beiträge zur Heimatkunde des Kreises Rudolstadt*. 1959, H. 9/10, S. 257 ff.).

⁴⁶ Zu seiner Biographie siehe u.a. Wilhelm Heinz Schröder: *Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867 – 1933. Biographien – Chronik – Wahldokumentation. Ein Handbuch*. [= Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Im Auftrag der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien hrsg. v. Rudolf Morsey, Gerhard A. Ritter und Klaus Tenfelde, Bd. 7], Düsseldorf 1995, S. 104 und 468; Dieter Fricke: *Handbuch zur Geschichte der deutschen*

Arbeiterbewegung 1869 bis 1917 in zwei Bänden. Bd. 1. Berlin 1987, S. 23, 164 u. 508; Ulrich Heß: *Die sozialistische Presse in Thüringen bis zum Fall des Sozialistengesetzes*. In: *Rudolstädter Heimathefte. Beiträge zur Heimatkunde des Kreises Rudolstadt*. 1959, H. 9/10, S. 261 und 268 [Anmerkung 8] und derselbe: *Geschichte Thüringens 1866 bis 1914*. Aus dem Nachlass hrsg. v. Volker Wahl, Weimar 1991, S. 60 u. 62.

⁴⁷ *Der Kampf der deutschen Sozialdemokratie in der Zeit des Sozialistengesetzes 1878 – 1890. Die Tätigkeit der Reichs-Commission*. Hrsg. v. Leo Stern (= Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3/1), a.a.O., S. 155.

⁴⁸ *Protokoll des Kongresses der Deutschen Sozialdemokratie. Abgehalten auf Schloß Wyden in der Schweiz, vom 20. bis 23. August 1880*. Zürich 1880, S. 49. In: *Die Kongresse der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands unter dem Sozialistengesetz. T. I: Fotomechanischer Neudruck der Protokolle vom Parteikongreß auf Schloß Wyden 1880, Parteikongreß in Kopenhagen 1883 und Parteitag in St. Gallen 1887*. Leipzig 1980.

Reichs-Kommission jedenfalls der Beschwerde statt und hob das am 21. Januar durch die Kreishauptmannschaft Zwickau ausgesprochene Verbot wieder auf.⁴⁹

Allerdings erschien das Blatt erst nach mehrmonatiger Unterbrechung wieder: Gustav Stein zeigte Ende September dem Glauchauer Stadtrat an, dass er nach dem Urteil der Reichs-Kommission nunmehr den *Beobachter* provisorisch herausgeben und redigieren werde.⁵⁰ Zwei Wochen später ging dann die Redaktion auf Julius Theodor Grahl über.⁵¹ Die vom hiesigen Stadtrat an die Polizeiverwaltungen seiner früheren Wohnorte – Apolda, Chemnitz, Dresden und Harzgerode – gerichteten Anfragen ergaben außer der Tatsache, dass er in der sächsischen Haupt- und Residenzstadt ein sozialdemokratisches Presseorgan bis zu diesem Verbot – dabei handelte es sich wohl um die *Dresdner Volkszeitung* – gedruckt haben sollte, nichts Auffälliges.⁵² In der Folgezeit führte das Blatt nur noch ein Schattendasein: Der verantwortliche Redakteur wechselte in immer kürzeren Abständen, die Zeitung erschien zeitweise nur noch dreimal wöchentlich – mittwochs, freitags und sonnabends – und die Auflage sank auf geschätzte 500 Exemplare.⁵³

Am 4. Oktober 1883 ging schließlich die Redaktion des Blattes in die Hände von Friedrich Wilhelm Göttert über,⁵⁴ womit nochmals ein kurzer Aufschwung des *Beobachters. Sächsische Volkszeitung und Geschäftsanzeiger* verbunden war. Die Zeitung erschien bald wieder mit Ausnahme des Sonntags täglich.⁵⁵ Im Sommer 1884 übernahm er dann auch gemeinsam mit dem Kaufmann und Redakteur Theodor Sust die Buchdruckerei. Beide gründeten am 2. August

eine offene Handelsgesellschaft.⁵⁶ Neben dem *Beobachter* – der seit dem 16. Oktober 1884 nur noch viermal, aber dafür in zwei verschiedenen Ausgaben erschien: in Glauchau und Umgebung als *Beobachter. Sächsische Volkszeitung und Geschäftsanzeiger* und in Aue, Eibenstock, Löbnitz, Schneeberg und Schwarzenberg als *Beobachter. Volkszeitung und Geschäftsanzeiger für das Erzgebirge*⁵⁷ – wurden hier in der Folgezeit auch zwei Gewerkschaftsblätter redigiert, verlegt und gedruckt: Seit dem 2. August 1884 das unter dem Titel *Glück auf* herauskommende *Fachblatt zur Belehrung und Unterhaltung für Berg- und Hüttenarbeiter aller Branchen*⁵⁸ und vom 5. Februar 1885 an die bislang in Gera erschienene *Deutsche Manufacturarbeiter-Zeitung. Organ für die Interessen der deutschen Manufacturarbeiter aller Branchen*.⁵⁹ Allerdings erschien schon wenige Monate später, nämlich seit dem 2. Mai 1885, das Fachblatt *Glück auf* nicht mehr in Glauchau, sondern in Crimmitschau,⁶⁰ und seit Ende Dezember des gleichen Jahres wurde die *Deutsche Manufacturarbeiter-Zeitung* ebenso wie der *Beobachter. Sächsische Volkszeitung und Geschäftsanzeiger* nicht mehr hier herausgegeben.⁶¹ Die letztgenannte Zeitung erschien fortan bei C. G. Ludwig in Chemnitz, der sie dort unter dem Titel *Die Presse* und für den Reichstagswahlkreis 17 – Glauchau, als *Glauchauer Beobachter* erscheinen ließ.⁶²

Damit endete die Geschichte der in Glauchau herausgegebenen sozialdemokratischen bzw. der Sozialdemokratie nahestehenden Presseorgane. Die Ursache für das jähe Ende dürfte zunächst einmal darin gelegen haben, dass sich in jenen Jahren der Schwerpunkt der sozialdemokratischen Bewegung in Westsachsen von Glauchau Chemnitz verlagerte. Das offenbarte sich nicht

⁴⁹ *Der Kampf der deutschen Sozialdemokratie in der Zeit des Sozialistengesetzes 1878 – 1890. Die Tätigkeit der Reichs-Kommission.* Hrsg. v. Leo Stern (= Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3/I), a.a.O., S. 17 f. u. 154 ff.

⁵⁰ Kreisarchiv Chemnitzer Land, Stadt Glauchau, Acten des Stadtraths zu Glauchau, die Angelegenheiten der Presse betreffend, A 128 [alte Signatur: Lit. P/Rep. II/Vol. II], Bl. 29 u. R.

⁵¹ Ebenda, Bl. 31 R.

⁵² Ebenda, Bl. 32 R. u. ff.

⁵³ Ebenda, Bl. 39 ff., insbesondere Bl. 40 R. u. 42 R.

⁵⁴ Ebenda, Bl. 38. Allerdings übernahm er das bereits bestehende Blatt und gab keine neue Zeitschrift, wie Fritz Resch behauptete, unter dem gleichnamigen Titel heraus (vgl.: Fritz Resch: *Die Geschichte des Zeitungswesens im Schönburgischen.* In: *Die Heimat. Monatsschrift zur Belebung des Heimatssinnes, der Heimatkunde und der Heimatforschung.* Nr. 3/1921, S. 20).

⁵⁵ Ebenda, Bl. 43.

⁵⁶ Ebenda, Bl. 44 R. u. Fritz Resch: *Die Geschichte des*

Zeitungswezens im Schönburgischen. In: *Die Heimat. Monatsschrift zur Belebung des Heimatssinnes, der Heimatkunde und der Heimatforschung.* Nr. 3/1921, S. 20.

⁵⁷ Kreisarchiv Chemnitzer Land, Stadt Glauchau, Acten des Stadtraths zu Glauchau, die Angelegenheiten der Presse betreffend, A 128 [alte Signatur: Lit. P/Rep. II/Vol. II], Bl. 47.

⁵⁸ Ebenda, Bl. 44 R.

⁵⁹ Ebenda, Bl. 48.

⁶⁰ Ebenda, Bl. 51 R. u. ff.

⁶¹ Ebenda, Bl. 56. Somit erweisen sich fast alle Angaben bei Fritz Resch über das Ende der sozialdemokratischen Presse in Glauchau, die vor allem auf mündlichen Mitteilungen beruhen, als falsch; so behauptete er, dass Sust den *Beobachter. Sächsische Volkszeitung und Geschäftsanzeiger* nach dem Tode Götterts im Dezember 1885 allein herausgegeben habe und dass die Zeitung vermutlich seit 1887 in Chemnitz gedruckt worden sei. „Nach anderen Angaben soll sie erst 1890 nach dort übersiedelt sein.“ (Fritz Resch: *Die Geschichte des Zeitungswesens im Schönburgischen.* In: *Die Heimat. Monatsschrift zur*

zuletzt im Stimmenanteil der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen: Während die SDAP im Jahre 1878 im Reichstagswahlkreis Sachsen 17 – Glauchau insgesamt 11.579 Stimmen erhielt, waren es im Wahlkreis Sachsen 18 – Chemnitz „nur“ 9.899. Bei den nächsten Wahlen im Jahre 1881 verlor sie dann in Glauchau nahezu 5.000 Wähler, gewann aber in Chemnitz über 500 Stimmen hinzu.⁶³ Der ungefähr zur gleichen Zeit einsetzende immer raschere Wechsel im Redakteursamt und in der Erscheinungsweise dürften der Qualität des *Beobachters. Sächsische Volkszeitung und Geschäftsanzeigers* abträglich gewesen sein. Allerdings war eine Inhaltsanalyse der Zeitung nicht möglich, da dieses Blatt mit Ausnahme von wenigen Einzelnummern, die in Zusammenhang mit der Erarbeitung dieses Beitrages erstmals in den Akten nachgewiesen werden konnten,⁶⁴ nicht überliefert ist. Schließlich erweckt es den Anschein, als ob die letzten Buchdruckereibesitzer, Friedrich Wilhelm Göttert und Theodor Sust, ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten bzw.

die Erfolgsaussichten ihrer Zeitungsprojekte überschätzten; jedenfalls findet sich im Schreiben des Glauchauer Stadtrats an die Kreishauptmannschaft Zwickau vom 27. April 1886 die Bemerkung, dass die Maschinen der Firma Göttert & Sust – vormals A. G. Stein'sche bzw. Genossenschafts-Buchdruckerei – durch das Gericht bereits teilweise versteigert worden seien.⁶⁵ Die offene Handelsgesellschaft Göttert & Sust erlosch schließlich im Februar 1887.⁶⁶

In diesem relativ frühen wie auch abrupten Ende dürfte wohl auch ein Grund dafür liegen, dass Glauchau bisher nirgendwo als Zentrum der frühen sozialdemokratischen Presse erwähnt oder gar gewürdigt wurde. Hinzu kommt, dass in späteren Jahrzehnten aus bislang noch unbekanntem Gründen nie wieder der Versuch unternommen wurde, hier oder auch in den Nachbarstädten Crimmitschau und Meerane ein lokales sozialdemokratisches Parteiblatt zu gründen, so dass diese Tradition schon lange vor 1933 verloren ging.

Matthias JOHN (1952)

1971-75 Studium in Leipzig; 1980 Promotion. 1975-91 Assistenz an der Uni Leipzig. 1989-91 Habil-Aspirantur. 1991 Evaluation („sehr förderungswürdig“), Entlassung u. Abbruch der Aspirantur. 1993-95 Tätigkeit beim Rat der Stadt Leipzig. 1993-97 Lehrbeauftragter an der Uni Leipzig. 1997-98 Tätigkeit am Sächs. Staatsarchiv Leipzig. 1998-2001 u. seit 2003 verantwortlicher Bearbeiter eines VW- bzw. DFG-Erschließungsprojektes zur sächsischen Pressegeschichte. Zahlreiche Publikationen, zuletzt *Ferdinand Bender. Sein Weg vom Anarchisten zum Gewerkschaftsführer* (2004). Zahlreiche Artikel in wissenschaftlichen Jahrbüchern, u.a. im *Jahrbuch für Kommunikationsgeschichte* sowie in Fachzeitschriften.

Belebung des Heimatssinnes, der Heimatkunde und der Heimatforschung. Nr. 3/1921, S. 20.) Tatsächlich war Theodor Sust bereits im Jahre 1885 nach Chemnitz übersiedelt. Ernst Heilmann schrieb in seiner *Geschichte der Arbeiterbewegung in Chemnitz und dem Erzgebirge* (a.a.O., S. 200) dazu folgendes: Der nunmehr in Chemnitz erscheinende *Beobachter* habe sich „bei aller vorsichtigen Zurückhaltung um die Chemnitzer Arbeiterbewegung ebenso große Verdienste wie sein Redakteur“ erworben. „Denn der alte Sust, dem sehr zu statten kam, daß er der Partei offiziell nicht angehörte – dem formellen Beitritt vollzog er im Einverständnis mit den Genossen erst vor der Reichstagswahl 1887 – wurde bald ein unermüdlicher Versammlungsredner, der außerordentlich viel zur Ausbreitung der Arbeitervereine beitrug.“ Am 20. Februar 1890 kandidierte er sogar bei den Reichstagswahlen im 20. sächsischen Wahlkreis; allerdings blieb seine Kandidatur erfolglos [vgl.: Ebenda, S. 220. Aus unverständlichen Gründen blieb Theodor Sust im biographisch-statistischen Handbuch *Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Reichstagskandidaten 1898-1918*. Barb. v. Wilhelm Heinz Schröder (= Handbücher zur

Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Im Auftrage der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Barb. v. Hans Booms u. Rudolf Morsey, Bd. 2), Düsseldorf o.J. (1986)]. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes trat er in den Dienst der dortigen Ortskrankenkasse, für die er bis zu seinem Tod am 26. Oktober 1904 tätig war (siehe: *Geschichte der Arbeiterbewegung in Chemnitz und dem Erzgebirge*, a.a.O., S. 231).

⁶² Siehe dazu auch Dieter Fricke: *Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1869 bis 1917 in zwei Bänden*. Bd. 1. Berlin 1987, S. 535.

⁶³ Vgl. ebenda, Bd. 2, Berlin 1987, S. 730 f.

⁶⁴ Diese befinden sich in folgender Akte: Kreisarchiv Chemnitzer Land, Stadt Glauchau, Acten [...] den Arbeiter-Unterstützungs-Verein betreffend, A221 [alte Signatur: Lit. A/Rep. II/Nr. 47].

⁶⁵ Ebenda, Bl. 55 R.

⁶⁶ Fritz Resch: *Die Geschichte des Zeitungswesens im Schönburgischen*. In: *Die Heimat. Monatsschrift zur Belebung des Heimatssinnes, der Heimatkunde und der Heimatforschung*. Nr. 3/1921, S. 20.

Rezensionen

HEINZ LUNZER/VICTORIA LUNZER-TALOS: *Peter Altenberg. Extracte des Lebens. Einem Schriftsteller auf der Spur.* (In Zusammenarbeit mit Andrew Barker, Hermann Böhm, Bernhard Denkinger, Georg Gausgusch, Marcus G. Pattka, Gerd Pichler, Ursula Storch und Patrik Werkner). Salzburg-Wien-Frankfurt/M.: Residenz Verlag 2003, 224 Seiten.

Dieses großformatige reich bebilderte Buch erschien anlässlich der Ausstellung gleichen Titels im Literaturhaus und im Jüdischen Museum Wien (22.1.-27.4.2003), ist aber viel mehr als ein Ausstellungskatalog. Der Inhalt folgt zwar den Stationen der Ausstellung, aber die 65 Einzelbeiträge fügen sich ob ihrer inhaltlichen Fülle und ihres analytischen Anspruches zu einer Art Monographie. Peter Altenberg ist einer der wenigen Journalisten, wenn wir ihn denn so bezeichnen wollen, dessen Kanonbildung erfolgreich war. Trotzdem kann hier viel Neues ausgebreitet werden, was nicht zuletzt den reichen Archivbeständen an Briefen Altenbergs zu verdanken ist. Aber auch darüber hinaus gibt es ergiebige Bestände, so z.B. die Alben mit Ansichtskarten, die Altenberg hinterlassen hat und die zahllosen Objekte, die er in seinem Hotelzimmer zusammengetragen hat. Sein bürgerlicher Name war Richard Engländer. Sein Werk begann er als 37-Jähriger 1896 mit dem Bändchen „Wie ich es sehe“. In den nächsten über 20 Jahren veröffentlichte er zwölf weitere Bücher, meistens im bekannten Berliner S. Fischer Verlag, immer Kurzprosa, sodass am Ende über 2000 Texte erschienen waren. So mussten diese Ausstellung und dieses Buch diese journalistisch-literarische Figur nicht erst entdecken, sondern konnten seine Schlüsselrolle für den Mythos „Wien 1900“ bekräftigen und die Überlebensfähigkeit seines Werkes bestätigen. Es war immerhin Rainer Maria Rilke, der Peter Altenberg den „Verkünder des modernen Wien“ nannte und fand, dass in dessen Skizzen Wien plötzlich seine Sprache gefunden habe.

Auch Franz Kafka soll von seinen kleinen Anekdoten beeindruckt gewesen sein. Der Altenberg-Kenner Andrew Barker weist sogar einigermaßen überzeugend nach, dass Kafka sich bei einzelnen seiner Werke von Altenberg inspirieren ließ. Diese ersten Beiträge markieren den Rang des

hier Portraitierten. Dann folgt das Buch der Chronik seines Lebens. Bewegend in diesen ersten Jahren, wie der Gymnasiast Richard Engländer versucht, den bürgerlichen Normen seiner Herkunftsfamilie gerecht zu werden und folglich studiert (Jura, Medizin, Botanik), dieses abbricht und dann eine Buchhandelslehre in Stuttgart beginnt, auch rasch wieder abbricht, noch einmal eine Universität aufsucht (Graz) und doch immer auf der Flucht ist. Langsam muss seine Familie zur Kenntnis nehmen, dass der Sohn sich einem normalen Bildungsweg verweigert. 1882, Richard war 23, ließ sich der besorgte Vater von einem Arzt bestätigen, dass sein Sohn an einer Überempfindlichkeit des Nervensystems leide und deshalb für einen Beruf nicht geeignet sei. Noch in der elterlichen Wohnung entwickelte er seinen, die üblichen Tag-Nachtzeiten auf den Kopf stellenden, Lebensrhythmus. Der Vater schickte ihn auf monatelange Landaufenthalte, um dem Rest der Familie und dem Gesinde das Zusammenleben mit diesem ungeratenen Kind zu ersparen. Er begann mit dem Alkoholkonsum, um sich bei Tag die nötige Ruhe für den Schlaf zu holen. Solange die väterliche Firma florierte und auch der ältere Bruder bereit war, Richard finanziell zu unterstützen, ging dieses Leben einigermaßen gut, aber 1904 ging die Firma in Konkurs. Nun musste und wollte der Sohn aus gutbürgerlichem Hause ein Leben als Bohémien führen. Seine Schwester Marie erinnerte sich: „Er beugte sich liebevoll hinab zu allen Verachteten und Ausgestoßenen, verstand den Leidensweg der Dirnen und der kleinen Varieté-künstler, der in stummer Pflichterfüllung dahinlebenden Dienstmädchen und aller Dienenden; er wurde der Anwalt der gequälten Pferde und rief laut um Erbarmen für die armen misshandelten Kinder; ihnen galt seine tiefste Liebe und ihnen hat er das gesamte Ertragnis seines literarischen Nachlasses gewidmet.“ (S. 37)

Heute nennen wir ein solches Selbstverständnis „anwaltschaftlichen Journalismus“. Dass Peter Altenberg zu einem solchen Denken fand, hing wohl auch mit seinem Judentum zusammen. Damit kämpfte er, wie Victoria Lunzer-Talos dokumentiert, sein Leben lang. Anders als seine Geschwister, seine Eltern und die Mehrzahl der jüdischen Zeitgenossen Wiens vor 1900, vermochte Altenberg nicht den gängigen Antisemitismus zu ignorieren, zu verarbeiten. Er ent-

wickelte im Gegenteil eine „elementare emotionale selbsthassartige Selbstabwertung seiner jüdischen Person“. (S. 53) Später war er sich mit Karl Kraus in diesem aggressiven Antisemitismus einig. Trotzdem ist die rassistische Rage, in die sich Altenberg hineinschrieb, schwer erträglich. Dass dazu noch Deutschstümelei kam, steigert nur diese Irritation. Arthur Schnitzler, der das ganz nah beobachtete, notierte in seinem Tagebuch: „Irrsinn des Antisemitismus.“ (S. 56) Im Alter von 40 Jahren trat Altenberg dann aus dem Judentum aus.

So oft das auch schon Thema war, muss auch hier den Kaffeehäusern ein längerer Abschnitt gelten. Zwar schrieb Peter Altenberg wenig, was explizit dem Kaffeehaus galt, dabei aber wohl die treffendsten Gedichte zur Literatursoziologie dieser Wiener Institution. In diese Welt führte er sich mit seinem Schriftstellernamen Peter Altenberg ein. Aus ihr heraus entstanden Ende des 19. Jahrhunderts seine ersten Publikationen. Er fand damit seine verlegerische Heimstatt gleich im S. Fischer Verlag in Berlin. Über die Entstehung des ersten Buches berichtete Hedwig Fischer: „Auf Peter Altenberg bin ich stolz, denn ich habe ihn ‘entdeckt’. Aus einer großen Pappschachtel packte ich große lose Blätter mit einer großen losen Handschrift aus, die mich beim ersten hinschauen an eine Frauenhandschrift denken ließen. Gleich beim ersten Lesen hatte ich ein gutes Gefühl für die kleinen locker gefüllten Skizzen: Jugendliebe und Zauber des alten Österreich lagen darin ... Mein Mann fand mich in Tränen über dem Manuskript und das war die beste und wortloseste Empfehlung zur Annahme.“ (S. 77)

Der Titel dieses Buches war programmatisch und stand für das ganze, von jetzt an in regelmäßiger Folge erscheinende Werk: „Wie ich es sehe“. Schon dieses erste Buch fand ein überaus positives Echo. Damit war ein Schriftsteller geboren, der sich selbst nicht für einen Dichter hielt. Die Beschreibung, die er einmal für sich selbst gab, passt eher für das Genre Journalismus: „Denn sind meine kleinen Sachen Dichtungen?! Keineswegs. Es sind Extracte! Extracte des Lebens. Das Leben der Seele, des zufälligen Tages in 2 bis 3 Seiten eingedampft, von Überflüssigem befreit ... ja, ich liebe das ‚ABGEKÜRZTE VERFAHREN‘, DEN TELEGRAMM-STIL DER SEELE!“ (S.88)

Diese Kürze seiner Texte prädestinierte ihn als Mitarbeiter von Tageszeitungen und Zeitschrif-

ten. Eine feste Anstellung und ein Brotberuf wurde daraus freilich nie. Und so macht einen großen Teil dieses Lebens und damit dieses Buches aus, wie sich Peter Altenberg erfindungs- und variantenreich durchs Leben schlägt. In den viel erzählten Anekdoten über sein Schnorrertum hört sich das recht amüsant und heiter an, in den hier gesammelten Dokumenten liest es sich eher wie die Geschichte eines tragisch verkommenden Genies. Einige hier in Text und Bild einfühlsam portraitierte Frauen und junge Mädchen spielen dabei eine wichtige Rolle. Diese pekuniären Sorgen waren oft begleitet von gesundheitlichen. Über beides konnte Peter Altenberg mit unglaublicher Intensität reden und schreiben, wie die hier ausgewerteten Briefe zeigen. Eine gewisse Kontinuität bekam seine Arbeit, als er 1905 für die *Wiener Allgemeine Zeitung* zum Referenten für die populäre und unterhaltende Alltagskultur gemacht wurde – eine erstaunliche redaktionelle Innovation zu dieser Zeit. Aber auch für seine anderen Werke bot ihm diese Zeitung einen häufigeren Veröffentlichungsort. Diese Jahre ab 1905 bis zum Ersten Weltkrieg ließen ihn endgültig zu einer Wiener Institution werden. In diese Zeit fällt auch seine Tätigkeit für das Kabarett Fledermaus. Die Rekonstruktion dieser nicht sehr langlebigen Einrichtung, von der nicht zuletzt Josef Hoffmanns Sessel gleichen Namens überlebt haben, gehört zu den schönsten Kapiteln dieses Buches – dank origineller Texte und einer begeistert findigen Illustration. Aber das gilt eigentlich für das ganze Buch: Es überschüttet uns mit einer überwältigenden Fülle der schönsten Bilder, Photographien, handschriftlichen Texte, Bildausschnitte und Postkarten. Vieles verdanken die Autoren und damit wir der Sammelleidenschaft von Peter Altenberg, sodass wohl kein Mangel an Material bestand. Wie aber mit diesem Material umgegangen wurde, das gibt diesem Ausstellungskatalog seinen Rang. Beispiel: Die Folge der Abschnitte über die Zimmer, in denen Peter Altenberg gelebt hat. Von seinem Zimmer in der Wohnung seines Bruders über das im Hotel London in der Wallnerstraße und schließlich die berühmte Klaus im Grabenhotel in der Dorotheagasse, die sich in der Ausstellung als Raum zur Besichtigung fand und die hier mit einem klug zusammen gestellten Bildmaterial vor dem geistigen Auge erstehen kann. Es dürfte nicht viele Schriftsteller und Journalisten geben, die der Nachwelt so lebendig bleiben können, wie Peter Altenberg aufgrund dieser Ausstellung und dem sie begleitenden Buch. Wer darin blättert und liest und sich festliest, entdeckt immer neue Ein-

zelheiten und immer neue Schönheiten des Bildmaterials. Aber nicht nur Peter Altenbergs Leben und sein Werk werden hier lebendig, sondern durch die vielen Zeitgenossen, die mit diesem Leben in Berührung kamen, auch die ganze Zeit und ihr kulturelles Leben. Gerade in der so anschaulich verlebendigten Retrospektive wird erkennbar, zu welcher Schlüsselzeit diese Figur gehörte. In den bis heute auf den Konzertpodien zu findenden Altenberg-Liedern von Alban Berg, die 1911 zusammen mit den Kindertotenliedern von Gustav Mahler uraufgeführt wurden und einen der größten Musikskandale Wiens auslösten, wird dies sinnfällig. Als er 1919 zwei Monate vor seinem 60. Geburtstag starb, hatte der Erste Weltkrieg dieses Österreich, in dem Peter Altenberg eine Figur der Moderne geworden war, zerstört. Aber schon die Zeitgenossen erkannten, dass sein Werk sich einem Kanon einreichte. Geradezu verschwenderisch instrumentiert auch dieses Buch seine Überlebenskraft. Wenn schon Peter Altenberg selbst an seiner Zugehörigkeit zur Dichtung zweifelte, warum nehmen wir es dann nicht als ein großes Beispiel für den Kanon (österreichischer) Journalismus? Nur nebenbei sei noch erwähnt: Wer Journalismusgeschichte nach dem methodischen Modell von Literaturgeschichte betreiben möchte, der findet hier reichlich Material, weil dieses Buch so offensichtlich quellennah gearbeitet ist.

Wolfgang R. Langenbucher

MARION KAPLAN (HG.): *Geschichte des jüdischen Alltags in Deutschland. Vom 17. Jahrhundert bis 1945.* München: C. H. Beck 2003, 638 S.

Diese Darstellung des jüdischen Lebens in Deutschland ist in mehrfacher Hinsicht als Korrektiv zu gegenwärtig Bekanntem zu werten. Wie die Herausgeberin Marion Kaplan einfürend erläutert, wurde die Geschichte der Deutschen mosaikartigen Glaubens bislang entweder „von ‚außen‘ analysiert“ (S. 9) oder „von ‚innen‘ untersucht“ (S. 9). Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich ersterer Prämisse verschrieben hatten, waren bestrebt, die Geschichte der deutschen Juden unter positiven Vorzeichen als Prozess der politischen Emanzipation oder unter negativen Parametern als Historie des Antisemitismus nachzuzeichnen. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die der Frage nach der Innenansicht nachgingen, dokumentierten dage-

gen die sozialen, wirtschaftlichen und religiösen Entwicklungen innerhalb der jüdischen Gesellschaft. Der vorliegende Band durchbricht dieses Schema und beleuchtet die Geschichte aus beiderlei Perspektiven, bedient sich dabei eines Quellenmaterials, das die Erhellung der alltäglichen Lebenswelt und damit eine Geschichte von „unten“ ermöglicht und nimmt vor allem von einer Tendenz Abstand: Es geht hier nicht um eine retrospektive Deutung der Entwicklungen ausgehend vom Holocaust. Völlig konträr dazu zeigen die Autorinnen und Autoren auf, von wie vielen Orientierungslinien das Leben der deutschen Juden bestimmt wurde, wie viele Kräfte wirksam waren und wie die Parameter Ausgrenzung, Vorurteil und Verfolgung – als zweifelsohne gegebene und belastende, nicht aber alles bestimmende Größen – zu verorten sind.

Vier Autorinnen und Autoren handeln die Alltagsgeschichte einer Epoche anhand einer gleich bleibenden inhaltlichen Struktur ab: Lebensumfeld und Wohnen, Familienleben, Kindheit und Ausbildung, Arbeit, religiöses Leben und soziale Beziehungen bilden die sechs Themenblöcke, innerhalb derer der Alltag der Deutschen mosaikartigen Konfession nachgezeichnet wird. Tagebücher, Memoiren, Archive der Kommunen und Antworten der Rabbiner auf Fragen nach der Vereinbarkeit des Verhaltens mit den religiösen Vorschriften erwiesen sich in diesem Kontext als fruchtbare Quellen.

Robert Liberles, Professor für jüdische Geschichte an der Ben Gurion Universität in Beer-Sheva und Autor der Periode 1618 bis 1780 räumt bereits im ersten Abschnitt, im Zuge der Darstellung der Wohnqualität der Juden, mit einem Stereotyp auf: Mögen die einprägsamen Schilderungen der jüdischen Ghettos in all ihrer Enge und Bedrücktheit vor allem durch Aufzeichnungen berühmter Schriftsteller wie Goethe und Börne auch weithin bekannt sein, sie waren für einen Teil, jedoch nicht für alle Juden im 17. Jahrhundert Lebensrealität. Wie Liberles anhand einzelner Beispiele expliziert, teilten sich in manchen Städten mehrere jüdische Familien ein zentral gelegenes Haus, während andernorts eine Wohnung an der Peripherie den Vorzug fand. Bedeutsam erweist sich nicht nur die Erkenntnis der überaus divergierenden Wohnorte und -räume, sondern auch die Rolle der jüdischen Bewohnerinnen und Bewohner als von unterschiedlichen Motiven geleitete, vor allem aber selbstbestimmt handelnde Individuen.

Anhand der „Memoiren der Glückel von Hameln“ bestreitet Liberles weite Strecken der

folgenden Abschnitte. Konsequenterweise wird damit der Fokus auf die nicht unwesentliche Rolle der jüdischen Frau als Erzieherin und Lehrerin der Kinder mit gehörigem Einfluss auf Heiratsentscheidungen sowie als wichtige Figur bei der Bewältigung des Alltags gelenkt. Während der Abwesenheit der als Händler und Kaufleute tätigen Männer sorgten die Frauen nicht nur für Haushalt und Kinder, sondern trieben auch die wirtschaftlichen Geschicke der Familie voran. Wie aus den Quellen deutlich hervorgeht, vollzog sich das gesellschaftliche Leben in der Neuzeit in abgeschlossenen jüdischen Zirkeln, meist im engen Kreis der Großfamilie. Juden und Christen begegneten einander im öffentlichen Raum, beschränkten ihre Kommunikation allerdings auf wirtschaftliche Bereiche.

Besonders anspruchsvoll wird das Schreiben dieser Geschichte des privaten Lebens im Zeitraum von 1780 bis 1871. Wie der Autor des Abschnitts – Steven M. Lowenstein – bereits einleitend schreibt, „waren die Unterschiede innerhalb des deutschen Judentums jener Epoche je nach Klassenzugehörigkeit und geographischer Lage besonders gravierend.“ (S.125) Nicht genug damit, erlebte das deutsche Judentum in diesen neun Jahrzehnten durch die Haskala, die jüdische Aufklärungsbewegung, eine maßgebliche Veränderung in Richtung Annäherung an die christliche Mehrheitsbevölkerung. So arbeitet Lowenstein mühsam regionale Entwicklungen durch Aufgreifen einzelner Biographien heraus, muss jedoch stets auf den geringen Regelcharakter dieser Darstellung verweisen und hinterlässt schließlich den Eindruck, dass bislang allein auf Mikrokosmen reduzierte Studien über die jüdische Alltagsgeschichte durchaus ihre Berechtigung haben.

Wesentlich übersichtlicher stellt sich die Situation ab 1871, dem Jahr der Einigung Deutschlands und der damit einhergehenden zumindest per Gesetz festgeschriebenen rechtlichen Gleichstellung der jüdischen Bevölkerung, dar. Wohl nicht zufällig zeichnet Marion Kaplan, Professorin für jüdische Geschichte an der New York University und Autorin des mehrfach ausgezeichneten Buches „Jüdisches Bürgertum“, für die Darstellung der Periode 1871 bis 1918 verantwortlich. Schließlich setzte die Freiheit der Wahl des Wohnorts eine Migration der deutschen Juden in die Städte in Gang, die nicht nur als geographische, sondern auch als soziale Bewegung, als großer Sprung auf der gesellschaftlichen Stufenleiter vom (Klein-)Händler zum vermögenden Kaufmann, Anwalt oder Freiberufler zu verstehen ist. Kaplan skizziert in der Folge, wie sich im Falle

der großstädtischen Juden die Unterschiede zur christlichen Mehrheitsbevölkerung reduzierten, während die Distanz zu den Glaubensgenossen in den Kleinstädten wuchs: Vornehmes, gebildetes und an deutscher Kultur und Lebensform orientiertes Bürgertum hier, in jüdischen Bräuchen, einer harten, arbeitsreichen Lebenswelt und ländlich-bäuerlichen Lebensbedingungen verhaftetes Kleinbürgertum dort. Egal ob bei der Erziehung der Kinder nach deutschen Werten der Sparsamkeit und Gründlichkeit, der in jüdischen Zirkeln besonders geförderten Schulbildung mit deutschen Klassikern, der Weiterbildung an der Universität oder der säkularisierten Lebenskultur in den Großstädten – die Autorin räumt der Rolle der Frauen stets einen wichtigen Platz ein. Aufschlussreich erweist sich diese Perspektive im Kontext der religiösen Bräuche. Das urbane Bürgertum verlagerte seine Religionsausübung bald vom öffentlichen in den privaten Bereich und damit in letzter Konsequenz in den Verantwortlichkeitsbereich der Frauen. Wie Kaplan erläutert, „ging die Privatisierung der Marginalisierung voraus.“ (S. 305) Der geringere Respekt vor weiblichen Aktivitäten und Werthaltungen ließ das Interesse der Kinder an jüdischem Brauchtum schwinden. Ohne entsprechende Unterstützung der Männer rangen die Frauen oft mühsam um eine Erziehung der Kinder im Sinne der jüdischen Glaubenstraditionen – und verloren diesen Kampf nicht selten. Am Ende dieser Entwicklung stand häufig eine Reduzierung des jüdischen Sabbats ebenso wie der Festtage auf Begegnungen und Feste im Kreis der Familie. Obwohl in dieser Periode der Hochblüte der deutsch-jüdischen Symbiose auch christlich-jüdische Vereine entstanden, lag das Zentrum des gesellschaftlichen Lebens für die Deutschen mosaikartigen Glaubens nach wie vor in der Familie bzw. bei Glaubensgenossen, kam es doch seit 1880 verstärkt zu antisemitischen Tendenzen, die einen kontinuierlichen Aufwärtstrend erfuhren. Spätestens im 1. Weltkrieg wurde ein erster Höhepunkt erreicht, weshalb Kaplan ihre Epochenbeschreibung mit folgenden Worten beendet: „Mit einem Schlag sahen Juden, ob in Uniform oder als zivile Kriegshelfer, ihre Integration in Frage gestellt; man ließ sie spüren – und sie spürten –, dass sie Außenseiter waren. Ihre kurzen Flitterwochen als scheinbar ‚richtige‘ Deutsche waren offenbar vorbei.“ (S. 343)

Der Verfasserin des vierten Teils (1918-1945) – Trude Maurer, Professorin für Osteuropäische und Neuere Geschichte an der Universität Göttingen – bleibt schließlich die Aufgabe überlas-

sen, jüdisches Alltagsleben unter zunehmenden Einschränkungen und Repressionen bis zum Leben außerhalb jeder vorstellbaren Kategorie, einer „vita in extremis“ zu beschreiben. Während die Einhaltung jüdischer Rituale durch die Fokussierung nach innen an Bedeutung gewann, gestaltet sich die Realisierung existentieller Bedürfnisse wie etwa das Beschaffen koscherer Nahrungsmittel sehr schwierig. Bereits im April 1933 erfolgte das gesetzliche Verbot der Schächtung, bis 1938 gewährte das „Reich“ den Import des Fleisches aus Dänemark, Holland und Polen, in der Folge wurde illegal über die holländische Grenze bezogen bzw. „schwarz geschächtet“. Ab Mitte 1941 war der Einkauf nur mehr in sogenannten „jüdischen Verkaufsstellen“ erlaubt. Wie Maurer festhält, hatte diese Einschränkung oft stundenlange Einkaufsmärsche zur Folge. Nahezu zynisch mahnt der Titel zu Kapitel 6 („Freizeit und Geselligkeit“) an, dennoch erschließen sich dadurch Sichtweisen, die aus heutigem Verständnis eine pointierte Vorwegnahme der Nürnberger Rassengesetze beschreiben.

Das vorliegende Buch empfiehlt sich in zweierlei Hinsicht nicht als Einstiegslektüre in die Geschichte des jüdischen Lebens: Einerseits widmet sich das Autorenquartett hierin der Klärung des Wie, der Frage nach den äußeren und inneren Vorgängen der historischen Entwicklung des Alltagslebens, spart allerdings die Antwort auf die Frage nach dem Warum aus. Wie die Herausgeberin in der Einführung schreibt, empfiehlt sich zur Erhellung der letzten Frage eine Lektüre der ebenfalls vom Leo Baeck-Institut initiierten Studie zur „Deutsch-jüdischen Geschichte in der Neuzeit“ (S.16), die seit kurzem unter gleichnamigem Titel vorliegt und als dessen Ergänzung und perspektivische Erweiterung sich dieser Band versteht.

Auch als schnell rezipierbare und leicht fassliche Lektüre, im Sinne eines simpel formulierten Leitfadens zur begrifflichen Festmachung und geistigen Verortung eines Prototyps jüdischer Mentalität, ist die Studie nicht zu verstehen. Die Alltagsgeschichte als solche existiert nicht, sondern es gibt viele verschiedene Lebenswege, bedingt durch divergierende Umwelten und unterschiedliche ökonomische Rahmenbedingungen. In diesem Sinne räumt dieses Abhandlung nicht nur mit bestehenden Stereotypen auf, vielmehr bereichert sie unser Wissen um die Vielfältigkeit der Lebensrealitäten und die breite Palette an Orientierungsmustern der jüdischen Bevölkerung Deutschlands von der Neuzeit bis zur Moderne. Wie eingangs erwähnt, betrachtet dieser Sammel-

band die jüdische Alltagsgeschichte unter einem völlig neuen integrativen Ansatz, erschließt sich aber nicht ohne weiteres voraussetzungslos.

Gaby Falböck

ARMIN EIDHERR (HG.): *Jiddische Kultur und Literatur aus Österreich. (= Zwischenwelt – Jahrbuch für antifaschistische Literatur und Exilliteratur, Band 8)*, Klagenfurt/Celovec: Dava-Verlag 2003, 275 Seiten.

Bis zum Anschluss an Hitlerdeutschland 1938 gab es in Österreich eine blühende jiddische Kultur, darunter auch eine rege literarische Tätigkeit. Heute gibt es keine hebräisch- oder jiddischsprachigen AutorInnen mehr in Österreich, die reiche kulturelle Tradition des Judentums der Jahrhundertwende ist größtenteils vergessen. Um das jiddische kulturelle Erbe Österreichs nicht vollkommen in Vergessenheit geraten zu lassen, beschäftigen sich ForscherInnen seit den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts mit Aspekten der jiddischen Kultur in der Monarchie. Im November 2001 fanden sie sich zur ersten wissenschaftlichen Tagung zum Thema „Jiddische Kultur und Literatur“ zusammen. Das internationale Symposium wurde von der Theodor Kramer-Gesellschaft, dem Institut für Germanistik der Universität Salzburg und der Internationalen Stefan Zweig-Gesellschaft veranstaltet. Der vorliegende Band enthält die Beiträge der TeilnehmerInnen des Symposiums sowie ausgewählte jiddische Gedichte mit Übersetzung.

Das Buch zeichnet sich durch seine thematische und disziplinäre Vielfalt aus: Unter den AutorInnen finden sich GermanistInnen, JudaistInnen, HistorikerInnen, TheaterwissenschaftlerInnen, einige kommen aus dem Bereich der Slawistik, der Komparatistik, oder sind selbst KünstlerInnen. Inhaltlich versuchte die Tagung die Ergebnisse von rund zehn Jahren wissenschaftlicher Auseinandersetzung mit jiddischer Kultur zu resümieren und neue Forschungsfelder zu eröffnen. TeilnehmerInnen aus sechs Ländern präsentierten empirische Bestandsaufnahmen zu den Leistungen und Besonderheiten jiddischer Literaten aus Österreich. Das Buch macht ihre Erkenntnisse nun einem breiteren Publikum zugänglich und somit auf die bisher verabsäumte Auseinandersetzung mit dem Thema aufmerksam.

Eine Besonderheit des Buches ist, dass es jiddische Gedichte im Original und einer hervorra-

genden Übersetzung – von Armin Eidherr, dem prominentesten Jiddisch-Übersetzer im deutschsprachigen Raum – präsentiert. Es handelt sich hierbei um Werke von Melech Chmelnizki, Melech Rawitsch und Mendl Najgreschl – Kleinode einer untergegangenen literarischen Tradition, die ohne dieser „Neuentdeckung“ und Übertragung ins Deutsche niemals einem breiteren Publikum zugänglich geworden und wohl für immer verloren gegangen wären.

Das Buch ist jedoch nicht nur historisch interessant, sondern hat durchaus aktuelle Bezüge: Mehrere Beiträge drehen sich um die Frage, inwiefern jiddische Literatur Identitätsprobleme und Fragen der Zugehörigkeit beleuchtet. Darunter fällt auch das Verhältnis zu Österreich.

Besonders interessant sind auch die vielfältigen – und oft nicht harmonischen – Beziehungen zwischen assimilierten Juden/Jüdinnen und der jiddisch-ostjüdischen Kultur, die den Jiddischismus explizit als Strategie gegen die Assimilation einsetzte. Das Buch zeichnet eine Entwicklung von Jiddisch nach, die von einer ausschließlich gesprochenen zu einer Schriftsprache führte. So wurde Jiddisch zunächst von assimilierten Juden/Jüdinnen als rückständig und unzivilisiert verachtet, galt als vulgärer Jargon, eventuell noch als Folklore. Im Zuge der Bemühungen um eine Anerkennung als Nationalität wandten sich Studenten der jiddischen Sprache zu und transformierten sie zu einer Kultursprache.

Das Buch zeigt die heterogenen literarischen und programmatischen Richtungen der jiddischen Literatur, den historisch-politischen und ökonomischen Kontext dieser Kultur, ihrer Akteure und ihrer Rezeption.

Zwei Beiträge befassen sich mit dem Einfluss der ostjüdischen Kultur auf deutschsprachige Autoren wie Franz Kafka, Stefan Zweig und Paul Celan. Umgekehrt geht es auch um die Frage, wie sich der Einfluss der deutschen Sprache auf Jiddisch auswirkte.

Die AutorInnen bieten unter anderem einen Überblick über die wichtigsten Zentren jiddischer Kultur in der Habsburgermonarchie: Czernowitz, Krakau, Lemberg und Wien. Sie beschäftigen sich mit verschiedenen Facetten des kulturellen Lebens von 1938 wie Theater, Prosa, Gedichte, Groschenromane und Liedgut auf Jiddisch.

Besonders interessant sind die Darstellungen von Wien in der jiddischen Literatur: Die Stadt wird als irdisches Paradies, als sicherer Hafen vor Pogromen, aber auch als Ort der Verlockungen und Gefahren dargestellt. Häufig schlagen sich

auch die realen negativen Erfahrungen der ostjüdischen Einwanderer nieder und sie schreiben über Armut, Verzweiflung, Sehnsucht nach der Heimat, Antisemitismus und Ausgrenzung.

„Jiddische Kultur und Literatur aus Österreich“ thematisiert ein lange vernachlässigtes, jedoch umso spannenderes Gebiet, bietet große Themenvielfalt und einen interdisziplinären Zugang. Das Buch ist nicht nur ein wissenschaftlich fundiertes und inhaltlich wichtiges Werk, sondern auch ein besonderes Lesevergnügen.

Eszter Bokor

PETER ZIMMERMANN/KAY HOFFMANN (Hg.): *Triumph der Bilder. Kultur- und Dokumentarfilme vor 1945 im internationalen Vergleich*. Konstanz: UVK 2003, 396 Seiten, br., 59 sw. Abb.

Mit dem 2003 erschienenen „Triumph der Bilder“ liegt Band 16 der Reihe „CLOSE UP Schriften aus dem Haus des Dokumentarfilms“ vor und die Herausgeber Peter Zimmermann (wissenschaftlicher Leiter im Haus des Dokumentarfilms) und Kay Hoffmann (wissenschaftlicher Mitarbeiter in ebendiesem) markieren damit eine doppelte Wegmarke. Handelt es sich bei vorliegendem Buch doch einerseits um eine „Vorarbeit“ für eine „umfassende Geschichte des Dokumentarfilms“ (S. 9), die 2005 erscheinen soll und andererseits bzw. konkreter um die – um sechs Aufsätze erweiterte – Dokumentation der Beiträge, zweier vom Haus des Dokumentarfilms veranstalteter Fachtagungen. Die erste, unter dem Titel „Triumph der Bilder. Der deutsche Kulturfilm der 20er und 30er Jahre im internationalen Vergleich“ im Jahr 2000 abgehaltene Tagung firmierte als Namenspatron für den nun vorliegenden Sammelband. Damit wird auch klar werden, dass der Titel zwar merklich mit Leni Riefenstahls „Triumph des Willens“ kokettiert, es sich aber nicht um ein „Riefenstahlbuch“ handelt, das an der Oberfläche der Prominenz haften bleibt. Zwar sind Verweise und Anmerkungen zu ihrer Person und ihren Filmen zahlreich vorhanden, explizit behandelt wird beides aber nicht. Der Triumph, den die Bilder im hier formulierten Verständnis feiern, bezieht sich auf die Entwicklung neuer visuell-ästhetischer und technischer Standards im Dokumentarfilm der beschriebenen Zeitspanne.

Die 20 Aufsätze (die umfangreiche Einführung von Zimmermann und Hoffmann nicht einge-

rechnet) gliedern sich in drei thematische Blöcke, mit durchlässigen Trennlinien zwischen den Bereichen; es handelt sich mehr um verschiedene Erschließungsperspektiven und Fokussetzungen als um Abgrenzungen.

Den ersten Abschnitt prägt „Der Kulturfilm in Deutschland“, wobei schnell klar wird, dass „der Kulturfilm“ in dieser Eindeutigkeit nicht existiert. Ausgehend von Frühstformen des Dokumentarfilms wird die Vielzahl der Entwicklungen und Ausdifferenzierungen der Filmformen – die als Kulturfilm bzw. auch als dokumentarischer Film subsumiert wurden – auch im chronologischen Verlauf deutlich gemacht.

Speziell in den Aufsätzen von Kreimeier (*Vielfältige Wege zu „Kraft und Schönheit“? Aspekte des dokumentarischen Films in Deutschland zwischen 1918 und 1933*, S. 40-58). und Brandt (*Vom Lehrfilm zum Kultur und Propagandafilm. Entwicklung und Kontroversen*, S. 74-104) wird dabei eines der Probleme dieses Buches merkbar:

Die Autoren, so scheint es, versuchen ein weitgestecktes Thema, das nicht nur durch Raum-Zeit-Parameter umfassend ist, sondern auch durch die vielen Unterkategorien, Ausprägungen und Erscheinungsformen des Dokumentarfilms eine steigende Komplexität nach Innen aufweist, möglichst vollständig in relativ kurzen Texten zu verpacken. Kreimeier etwa teilt seinen achtzehnteiligen Beitrag in die Untersektionen „Avantgarde; Kulturfilm; Wochenschau; Filme von Parteien und politischen Organisationen; Die Kulturfilmabteilung der Ufa; Die Genre-Frage; Kolonial-, Expeditions- und ethnographische Filme; Naturfilme, Der deutsche Bergfilm; Deutsche Städtebilder, Werbefilme und ihre Produzenten; Industriefilme“ um letztlich „Einige zentrale Fragen“ aufzuwerfen. Den einzelnen Punkten kann dabei freilich kaum mehr Zuwendung als ein zweimaliges Ausatmen zuteil werden, ein Umstand der selbst bei üppigem Lungenvolumen Abstriche in Breite oder Tiefe der Befassung nötig macht. Abstriche, die aber nicht konsequent gezogen werden, wodurch die Aufsätze mit scharfen Schnitten zwischen Zeiträffer, Totaleinstellungen und Extremgroßaufnahmen wechseln.

Auch bei Brandt zeigt sich dieser rasante Wechsel, wenn er „Das private Institut für Kulturforschung“ vorstellt (S. 77), den Aufbau der UFA-Kulturabteilung anfügt (S. 78) und über „Die frühe Kontroverse: Was war der erste Kulturfilm?“ (S. 79) wieder zum Institut für Kulturforschung zurückfindet und dessen „weitere Arbeitsbereiche“ skizziert (S. 82ff.) Es soll hier nun nicht der Eindruck entstehen, die (stellvertretend für

den gesamten Band) angesprochenen Aufsätze würden keine wertvolle Information beinhalten – das Gegenteil ist der Fall. Gerade die Fülle an Information die angerissen wird ist es, die dem Leser zwar das Repertoire der möglichen Annäherungen vorführt, ihn aber letztlich wegen notwendig mangelnder Tiefenschärfe vielfach unbefriedigt entlässt. Wo sich der Band eingegrenzten und konkreteren Themen zuwendet hat er hingegen seine stärksten Momente.

Der zweite thematische Block, „Der dokumentarische Film im internationalen Vergleich“ bietet eine umfangreiche Länderschau, in der die Autoren mit jeweils sehr unterschiedlichen Zugängen Einsichten in nationale Kultur- und Dokumentarfilmszenen eröffnen. In den Aufsätzen zu Großbritannien (Brian Winston) und den USA (Urichio, William; Roholl, Marja) stehen mit John Grierson bzw. Pare Lorentz konkrete Filmschaffende, ihr Werk, vor allem aber ihr Verhältnis zum politischen System im Mittelpunkt. Winston bricht diese Rolle auf den schönen Begriff der „Public Servants“ herunter (ein Begriff mit der neben Grierson und Lorentz auch Riefenstahl, Turim und andere bezeichnet werden, vgl. S. 147), was durch die Schilderung der Auftragsabhängigkeit zur Finanzierung der Filme verdeutlicht und von Winston durch ein Sprichwort auf eine schlichte Formel gebracht wird: He who pays the piper calls the tune (S. 147) – wer zahlt schafft an. Das faschistische Italien wird in zwei Beiträgen behandelt, wobei Quaresimio den italienischen Dokumentarfilm als solchen behandelt und Schenk anhand von Ruttmanns „Acciaio“ das Verhältnis zwischen Futurismus, Realismus und Faschismus diskutiert. Diese Diskussion mündet in der Feststellung, dass Ruttmann, seine avantgardistische Filmkunst deshalb in den Dienst der faschistisch/nazistischen Propaganda stellen konnte, „weil sein Interesse vor allem der Filmform gilt, und der Inhalt nur eine Funktion im Formenzusammenhang von Film und Gesellschaft zu sein scheint“ (S. 232). Das erinnert frappierend an die, auch immer wieder in der Debatte um Leni Riefenstahl gestellte Frage, ob sich ein Film wirklich in Inhalt und Form trennen lässt und ob der Filmemacher sich von einem der beiden distanzieren kann, da es ihm/ihr nur um das andere gegangen sei. Vielleicht fällt eine solche Unterscheidung der Filmwissenschaft leichter als der Kommunikationswissenschaft, hier wird sie nicht weiter ausgeführt. Dafür geht der internationale Rundblick weiter, Beiträge zu Russland, Frankreich, Holland, Spanien und Schweden schließen ihn ab.

Der internationale Vergleich ist damit noch nicht zu Ende, denn der Abschnitt wird durch Beiträge von Thomas Elsaesser (*Technical Constraint or Political Compliance. Documentary Styles of the 1920s and 1930s in an International Context*, S. 121-143) und Nico de Klerk (*The Moment of Screening. What Non-Fiction Films can do*, S. 291-304) umrahmt. Besonders de Klerk hebt sich von den anderen Beiträgen des Bandes ab und bringt eine gänzlich neue Sichtweise in den bis hier stattgefundenen Diskurs ein. Er schreibt wider die Unvollständigkeit der Betrachtung, die unvermeidlich ist, solange der Film allein im Zentrum des Interesses steht.

Er plädiert für eine Historiographie, die berücksichtigt, welche Programme dem Publikum zu bestimmten Zeiten oder an bestimmten Orten angeboten wurden. Nationale Filmgeschichten befassen sich üblicherweise nur mit kommerziell veröffentlichten einheimischen Produktionen und nicht mit all dem, was einem einheimischen Publikum vorgeführt wurde, was die Menschen tatsächlich gesehen haben. Gerade die Vorführsituation, oft mit festen Programmen, die aus mehreren (Kurz-)filmen samt musikalischen Zwischenspielen und ähnlichen Unterbrechungen (S. 291) bestanden, verleiht den Fragen was gesehen wurde und unter welchen Bedingungen gesehen wurde eine zu wenig beachtete Relevanz, auch für die Rezeption „Propagandafilme im Zweiten Weltkrieg“ im dritten Abschnitt. Kay Hoffmann schreibt über die „Deutsche Wochenschau als Kriegspropaganda“ (S. 305-318) und Karl Prümm macht die Grenzen der NS-Propaganda, anhand der Kompilationsfilme „Feldzug in Polen“ und „Sieg im Westen“ dort aus, wo sie vermeintlich ihren Höhepunkt finden sollte – im Krieg (*Modellierung des Unmodellierbaren. NS-Kriegspropaganda im Film und ihre Grenzen*, S. 319-332).

Brian Winston behandelt in seinem zweiten Beitrag zu diesem Band den Britischen Dokumentarfilm während des Zweiten Weltkriegs (S. 333-342) bevor Michael Renov – interessante Vergleiche zum Amerika nach dem 11.9.2001 ziehend – mit „The Construction of Race and Nation in Capra's Why We Fight Series“ (S. 344-358) den Abschluss bildet.

Zur Nutzung des Buches bleibt zu bemerken, dass der „Triumph der Bilder“ kein Nachschlagewerk ist und auch nicht so gehandhabt werden kann. Zu unterschiedlich, spezifisch und individuell sind die Zugänge der einzelnen Autoren zu ihren Themenbereichen, zu wenig in eine verbindliche Systematik gebracht sind die Befunde,

zu wenig Raum ist gegeben, um eine annähernde Vollständigkeit zu reklamieren. Allerdings liegt in dieser Inhomogenität auch die Stärke des Buches. Durch die Unterschiedlichkeit der Perspektiven wird man dem Thema auf verzweigten Wegen nähergebracht, und auch wenn diese Wege mitunter unbefriedigende Endmarken erreichen, werden jene Dimensionen angedeutet, die eine „umfassende Geschichte des Dokumentarfilms“ berücksichtigen müsste. Die Latte für diese liegt damit sehr hoch.

Christian Schwarzenegger

MOSHE ZUCKERMANN (Hg.): *Medien – Politik – Geschichte*. (= Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 31). Göttingen: Wallstein Verlag 2003. 448 Seiten.

Unter dem sehr allgemein formulierten Titel „Medien-Politik-Geschichte“ versammelt Moshe Zuckermann im „Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte“ (2003) vierzehn Beiträge zu einem Themenfeld, das von AutorInnen aus dem Bereich der Geschichte und spezieller aus der Sozial-, Literatur- und Kommunikationsgeschichte bestellt wird. Leider sind einleitend noch nicht alle Dimensionen hinreichend erläutert, auf denen sich die Beiträge in diesem Jahrbuch wieder finden; Zuckermann gibt lediglich eine kurze Hinleitung zu den meist als konkrete Fallstudien auftretenden Beiträgen, die Abstrahierung und Zusammenführung bleibt dem Leser jedoch genauso überlassen wie die Rückführung der Erkenntnisse zum Ausgangsdreieck Medien-Politik-Geschichte.

Der mit dem Titel suggerierte Anspruch des Bandes (der überdies noch Beiträge zum Spezialthema „Wagner im Kontext“ versammelt, die zurückgehend auf eine Tagung nur randständig mit dem Titel des Bandes zu tun haben, daher auch in dieser Besprechung außer acht gelassen werden sollen) ist, die Dreiecksbeziehung Medien-Politik-Geschichte mit Erkenntnissen aufzufüllen und zumindest für noch zu erläuternde Teilbereiche der politischen resp. der Medienöffentlichkeit Fragen zu beantworten, die auf relevante Relationen zwischen diesen Strukturen mit ihren spezifischen Faktoren und Leistungen abzielen.

Der ambitionierte Anspruch des Bandes lautete, die Funktion von „Print- und elektronischen Massenmedien im historischen Prozeß“ zu untersuchen und dies medienhistorisch, motivanaly-

tisch und rezeptionstheoretisch zu analysieren. (S. 10) „Bezeichnenderweise“, so Zuckermann, zogen es alle AutorInnen vor, sich mit elektronischen Medien in einem sehr eng gefassten Zeit-horizont zu befassen. So widmet sich der Großteil der Beiträge der Vermittlung der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts in Dokumentation und Fiktion in Rundfunk, Film und Fernsehen – fokussiert auf Präsentation und Repräsentation, Darstellung und Darstellbarkeit der beiden Weltkriege und vor allem des Nationalsozialismus in elektronischen „Massenmedien“. So schwierig der Umgang mit Begriffen wie „Massenmedien“ auf der einen Seite, ist die Frage nach der Bewertung (die stets die Gefahr zur Überbewertung in sich trägt, wie sich im Laufe der Lektüre zeigt) auf der anderen Seite. Dennoch ist der enge thematische und zeitliche Fokus der inhaltlichen Konsistenz des Bandes nicht abträglich – einzig der Titel hätte treffender formuliert werden müssen.

Ein erstes Ensemble von Aufsätzen widmet sich der Filmgeschichte. Günter Riederer formuliert den Titel seines Beitrags gar als Imperativ: „Den Bilderschatz heben“. Er bezieht sich auf die methodischen Probleme im Umgang mit filmischen Darstellungen der Weltkriege und des Nationalsozialismus – nach dem „linguistic turn“ in den Kulturwissenschaften müsse sich die Film-analyse im Sinne eines „pictorial turn“ „neu“ orientieren. Sein Plädoyer läuft darauf hinaus, die Geschichtswissenschaft um ikonographische Elemente anzureichern – nicht zuletzt darin begründet, Sehen – und nicht Lesen – als „Schlüsselqualifikation einer postindustriellen Kommunikations- und Informationsgesellschaft“ (S. 39) zu betrachten. Die Herausforderung an die Forschung sei es, das Spannungsfeld zwischen „Verstehen“ und „Erklären“ auszuloten. (Ebd.)

Barbara Ziereis spürt anhand dreier Kriegsfilme aus der Zeit der Weimarer Republik den Repräsentationen des „Eigenen“ und des „Anderen“ nach. „Freunde“, „Feinde“ und „Frauen“ unterlagen schon in der Frühzeit des Kriegsfilms Klischeebildungen, wie es sich anhand der Fallbeispiele zeigen lässt. So lassen sich die als „typisch“ bezeichneten Rollenbilder ablesen: „Die Front ... als Sphäre des Männlichen, die Heimat als Sphäre des Weiblichen“ (S. 60)

Philipp von Hugo untersucht die Einflüsse von Zensur und Filmförderung auf die Kriegsfilmproduktion in der frühen Bundesrepublik: Er ordnet somit der Rolle des (Kriegs-)Films die Einfluss-sphäre des Politischen über. Seine Frage, „wie und durch wen“ Krieg in die Kinos kommt und

„wie unterschiedliche Publikumsgruppen das Dargebotene rezipieren“ (S. 63), wurde jedoch lediglich für den ersten Teil beantwortet: Zwar wolle er „nicht einem politischen Reduktionismus und Funktionalismus das Wort reden“ (S. 89), dennoch sei aus der Analyse der Filmpolitik der fünfziger Jahre und damit zusammenhängend der (politischen) Einflüsse auf die Darstellung des Zweiten Weltkriegs deutlich herauszulesen, dass „nicht eine positive Darstellung der Bundeswehr, sondern eine affirmative Darstellung der Wehrmacht ... das filmpolitische Gebot der Stunde war“. (Ebd.) Als „weitaus schwieriger zu beantwortende“ Frage (S. 91) bleibt die nach der Rezeption allerdings weiter offen.

Thomas Lindenberger legt einen ähnlichen Fokus an seine Untersuchung der DDR-Filmpolitik an, zeigt anhand der DEFA-Filmproduktion, dass die Überlegenheit des „Eigenen“ („Guten“) über das „Anderen“ („Böse“) in DDR-Filmen durch die Verknüpfung von patriarchalischen Geschlechterstereotypen mit dem innerdeutschen Systemkonflikt suggeriert werden. Trotz der Diffamierung des Westens durch die Adaption von Elementen des westdeutschen Heimatfilms, blieben die Darstellungen von „Volksaufständen in den Potemkinschen Dörfern des Westens“ selbst in der „sozialistischen“ Filmproduktion Ausnahmefälle. (S. 124)

Robert R. Shandley, der den Wahrheitsgehalt dieses Filmgenres untersuchte, kommt ebenfalls zu dem Schluss, dass aus den Filmen die Art und Weise abzulesen sei, wie die nationalsozialistische Vergangenheit – als Ausdruck des Entstehungszusammenhanges – dargestellt wurde und – als Ausdruck politischer Interventionen – dargestellt werden sollte. Bezogen auf die Kriegsfilme: „They have very little to add to the historical data of the Nazi period. But they tell us much about how the popular culture of the period in which they were made ... told stories about the recent past“ (S. 102)

Dem zweiten thematischen Schwerpunkt des Jahrbuches (Rundfunk der Nachkriegszeit) sind zunächst die Beiträge von Ulrike Weckel und Inge Marszolek gewidmet. Weckel zeigt anhand des Vergleichs der Hörspiel-, Bühnen- sowie der Filmfassung von Wolfgang Borcherts „Draußen vor der Tür“ wie sich die Darstellung und Darstellbarkeit der NS-Vergangenheit und der Geschlechterrollen entwickelte und stellt darüber hinaus beispielhafte Überlegungen zu einer Rezeptionsgeschichte des Radios und zu den vielfach nicht erschlossenen Quellen (neben – professionellen – Kritiken in Printmedien vor allem

auch – „laienhafte“ – Leserbriefen) an. Sie plädiert abschließend dafür, die Erfahrungen aus dieser Rezeptionsgeschichte auf andere Themen umzulegen. So sei eine wesentliche Frage, welche Annahmen der These der kollektiven Verdrängung Vorschub geleistet haben – aus der Rezeptionsgeschichte könne man Gegenteiliges ablesen. Vielmehr müsse im konkreten Einzelfall genauer überprüft werden, „worüber öffentlich wie geredet bzw. geschrieben wurde und worüber nicht, oder genauer: worüber man sprach, wenn man über Nationalsozialismus, Antisemitismus, Schuld und Verantwortung lieber schweigen wollte“. (S. 161)

In diesem Sinne beschreibt auch Marszolek anhand der Sendungen von Radio Bremen, dass in den Nachkriegsjahren durchaus über die NS-Zeit berichtet wurde, allerdings die Frage des Holocaust so gut wie nicht thematisiert wurde. Im Sinne einer „neuen Kommunikationsgeschichte“ plädiert sie für umfassendere theoretische und methodologische Zugänge: Neben Institution, Technik und Programm müssten die „Aneignungslogiken und die Entfaltung von Nutzerroutrinen“ in den Blick genommen werden. Anhand des Fallbeispiels Radio Bremen – und der Repräsentation der NS-Vergangenheit in den Sendungen der Jahre 1946-1952 – versucht Marszolek, einen Beitrag dazu zu liefern, Rundfunkgeschichte als Geschichte von Mediendispositiven zu schreiben. Die Klärung der Frage nach den medialen Diskursen – manifestiert in den Dimensionen Erinnerung, Repräsentation von NS-Vergangenheit, Verlust von Nation und Neupositionierung Westdeutschlands in Europa – sei jedoch ohne Einbeziehung der „gesellschaftlichen Praxis“ nicht möglich: „Medientexte ... werden nur angeeignet, wenn sie sich an den Lebenswelten, den kollektiven und individuellen Narrativen, den Deutungsmustern und den Erwartungen der Konsumenten orientieren.“ (S. 180)

Die thematische Trias wird durch Beiträge zur Darstellung der NS-Vergangenheit im Fernsehen komplettiert. Wulf Kansteiner präsentiert eine quantitative Auswertung von mehr als 1.200 Sendungen über die NS-Zeit, die von 1963 bis 1993 im ZDF liefen. Die NS-Verbrechen machten demnach 17 Prozent der Darstellungen aus, der Zweite Weltkrieg hingegen 31 Prozent. In den siebziger Jahren und seit dem Ende der achtziger Jahre habe sich die Zahl der Sendungen jeweils verringert. Die qualitative Auswertung, die zugleich auch zeitgenössische Kritiken berücksichtigt, zeigt – nicht überraschend –, dass Täter, Zeugen und Mitläufer in den Fernsehdarstellungen

weitgehend ignoriert wurden und NS-Verbrechen kaum dargestellt wurden. Ähnliche Ergebnisse bringt Judith Keilbach. Sie betrachtet die Rolle des Zeitzeugen in den Dokumentationen über den Nationalsozialismus. Während diese in den sechziger Jahren noch als „Experten“ und „Beglaubigter“ auftraten, hätten ihre emotionalen Auftritte seit den neunziger Jahren dazu geführt, dass die Unterscheidungen zwischen Tätern und Opfern verschwommen. Als (vorläufiges) Fazit sieht Keilbach die Verschiebung in den Rollenkonzeptionen von Zeitzeugen in längerfristigen Funktionsverschiebungen im Fernsehen und seinen technischen Möglichkeiten begründet, sowie im Genre des Dokumentarfilms, vor allem hinsichtlich des Fokus auf Personen- oder Strukturgeschichte. Die Inszenierung von Zeitzeugen sei also (fernseh)historischen Kontextualisierungen unterworfen.

Oliver Marchart, Vräth Öhner und Heidemarie Uhl steuern dem Band eine spezifisch österreichische Sichtweise bei: Sie betrachten anhand der Fernsehserie „Holocaust“ (Ausstrahlung 1979) unterschiedliche „Lesarten eines Medienereignisses zwischen globaler Erinnerungskultur und nationaler Vergangenheitsbewältigung“. Eingebettet in den medialen und geschichtspolitischen bzw. –kulturellen Kontext wird schließlich nach der „Universalisierung“ der Holocaust-Erinnerung gefragt (S. 309). Abgesehen davon, dass die retrospektive Definition eines „Medienereignisses“ zwangsweise im Sand verlaufen muss, zeigen die Daten zur Rezeptionsgeschichte dieser Serie – hauptsächlich zu verstehen als Anschlusskommunikation über das Thema, weniger über die Sendung – die Brisanz und Relevanz von Erinnerungskultur. So könne „Holocaust“ als frühe Intervention in das Narrativ der österreichischen „Vergangenheitsbewältigung“ gesehen werden. Darüber hinaus zeige das Beispiel der österreichischen Rezeption, dass die „Partikularisierung“ der „Holocaust“-Erzählung, ihre Aufladung mit nationalen Bedeutungsebenen, eine entscheidende Voraussetzung sei für die Universalität, die die Holocaust-Erinnerung heute habe. (S. 327) Gegenwärtig drohe aber eine „Entleerung“ dieser Erinnerung an den Holocaust. Mit Blick auf die von Daniel Levy und Natan Sznaider formulierte Tendenz zur „Kosmopolitisierung“, stellen die Autoren fest, dass aufgrund der „Massenkultur“ und ihrer sog. Demokratisierungs- und Universalisierungsfunktionen auch die Erinnerungskultur globalisiert werde, damit in weiterer Folge Holocaust relativiert werde und letztlich das Singuläre dieses Ereignisses verschwindet.

„Ein Diskurs und eine Rhetorik, die vormals dem Gedenken an den Holocaust zugeordnet worden wären, sind nun frei verfügbar. Sie haben sich von dem Ereignis, auf das sie sich bezogen hatten, abgekoppelt. In ihrem Plädoyer für die Universalisierung der Erinnerung an den Holocaust übersehen Levy und Sznajder, daß am konsequenten Ende dieses Entleerungsprozesses der Holocaust selbst aus der Erinnerung verschwinden könnte.“ (S. 334)

Die Betrachtung der Inhalte zeigt, dass sich die Schwierigkeiten in der Einordnung des Themas in einen größeren Zusammenhang, in die Politik- und Gesellschaftsgeschichte, sowie die Beantwortung der daraus resultierenden übergeordneten Forschungsfragen wie ein roter Faden durch den Band ziehen. Was der Titel des Jahrbuches verspricht, können die Einzelstudien und -betrachtungen demnach auch nur bedingt einlösen. Dies soll nicht als spezifisch für den Einzelfall geltender Vorwurf verstanden werden, vielmehr kranken viele Untersuchungen über die Darstellung und Darstellbarkeit von Geschichte, speziell: der nationalsozialistischen Vergangenheit und des Holocaust, an Sedimenten aus Schuld, Verantwortung und dem, was man wohl *political correctness* nennt. Zu sehr scheinen auf AutorInnen im Themenfeld der (Medien- und Kommunikations-)Geschichte (noch immer) spezifische Vorannahmen einzuwirken, die jedoch letzten Endes hauptsächlich in einer Ausklammerung dessen enden, was zu untersuchen wäre: „der“ Wirkung auf „das“ Publikum. Die Anführungszeichen weisen bereits auf den Grund dieser Ausklammerungen hin: Die Wirkung und das Publikum gibt es genauso wenig wie Massenmedien wie man sie noch in der eher deskriptiv und normativ orientierten Zeitungswissenschaft gekannt haben mag. Vielmehr werden allzu oft Wirkungen postuliert oder erst gar nicht diskutiert – als Ausnahmen sind hier jene Beiträge anzuführen, die ihren Blick zumindest in einer theoretischen oder methodologischen Annäherung auch und vor allem auf die Rezipienten, mithin: die „Wirkung“ richten. Die Erörterung des Vermittlungsaspekts beschränkt sich oft auf den Produzenten und intendierte Wirkungen auf Rezipienten, lässt diesen aber weitgehend unberücksichtigt. Neben dieser normativen Perspektive fällt die Betrachtung der erfolgten Kommunikationsleistung

denkbar gering aus: den Rezipienten und in weiterer Folge der Rezeption von Geschichte in Film, Fernsehen und Radio wird (noch?) zu wenig Aufmerksamkeit beigemessen. Wenngleich die Erforschung dieser Phänomene aufgrund der spärlichen Quellenlage und schon allein aus forschungsökonomischen Gründen schwierig ist, hätte man sich an vielen Stellen doch eine Diskussion dessen erwartet. So bleibt vielfach der Eindruck, dass Geschichte in elektronischen Medien ein Produkt aus Machtverhältnissen in den Bereichen Medien und Politik (mit ihren je eigenen Selbst- und Rollenbildern sowie Ansprüchen) seien, was jede/r einzelne Rezipient/in mit diesen Inhalten macht, wird kaum beleuchtet.

Dieser unterbelichtete Fleck in der Forschungslandschaft führt dazu, dass das Gros der Forschung noch immer an den (natürlich nicht gänzlich) falschen Hebeln und Quellen ansetzt, daher nur zu bedingt validen und haltbaren Ergebnissen kommt. Namentlich sei hier die in alten Blackbox-Schemata verhaftete Annahme des direkten Einflusses des Medieninhalts auf die Rezipienten erwähnt, der etwa auch in der Frage der Darstellung von Geschichte über Gebühr angenommen wird. Summa summarum hellt auch dieser Band nur einen Teil dieser blind spots auf. Auffallend ist auch, dass das Gros der Beiträge die Folgen für die politische Öffentlichkeit kaum thematisieren, sondern das Thema wesentlich häufiger aus einer Gender-Perspektive betrachten.

Dennoch bietet das Jahrbuch nicht bloß Stückwerk, sondern stellt aufgrund der eben genannten Defizite im Umkehrschluss eine Aufforderung dar, die Film-, Hörfunk- und Fernsehgeschichte vor dem Hintergrund des sozialen resp. kollektiven Gedächtnisses nicht „bloß“ als Medien-Geschichte zu erforschen und zu schreiben, sondern aus der Perspektive einer Kommunikations-Geschichte – als Kultur- und Sozialgeschichte – zu begreifen und betreiben, eingedenk der Wirkungen und Nicht-Wirkungen der Medien und ihrer Inhalte, berücksichtigend all die hellen Spots und blinden Flecken, mitbedenkend alle intendierten und nicht intendierten Folgen von Geschichtsdarstellungen.

Bernd Semrad

NEUERSCHEINUNG



Die Spirale des Schweigens. Zum Umgang mit der nationalsozialistischen Zeitungswissenschaft.

Der Band will erhellen, wie nach 1945 mit dem Erbe der NS-Zeitungswissenschaft in Deutschland und Österreich umgegangen wurde. Wie in anderen wissenschaftlichen Disziplinen verdeckten Jahrzehnte des Schweigens folgenreich personelle und inhaltliche Kontinuitäten, verhinderten die Remigration vertriebener ForscherInnen und behinderten die Modernisierung des Faches. Das noch junge Fach wurde durch die NS-Herrschaft in seiner vielfältigen Entwicklung jäh gebrochen, ab 1933 zunächst zu einer politischen Führungswissenschaft degradiert, danach zur Kriegswissenschaft. Willfähige Vollstrecker, junge Aufsteiger, angepasste Mitläufer und still Duldende benötigte dieses System.

Noch immer zeigen sich weiße Flecken in der Erkundung der „braunen“ Vergangenheit. Renommierete AutorInnen aus Deutschland, der Schweiz und Österreich stellen sich in diesem Buch brennenden Fragen nach Wurzeln der heutigen Kommunikationswissenschaft.

Bei Unzustellbarkeit
bitte zurück an:

ZN: 02Z033628 M

medien & zeit

A-1180 Wien, Postfach 442

P.b.b.,
Erscheinungsort Wien,
Verlagspostamt 1180 Wien,
2. Aufgabepostamt 1010 Wien